

# PROMETHEUS

## Menschen in sozialen Transformationen am Beispiel der Energiewende

Eine Literaturstudie im Auftrag der 100 Prozent erneuerbar stiftung  
von

Heike Walk, Melanie Müller und Dieter Rucht



ipb studie | Berlin, September 2015

Die Studie wurde erstellt vom Verein für Protest und Bewegungsforschung e.V. Der Verein hat eine Konsolidierung dieses Forschungsfeldes zum Ziel. Seine Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert.



PROMETHEUS von Heike Walk, Melanie Müller und Dieter Rucht ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Titelbild: Jörg Farys/Die Projektoren für: Die Wende – Energie in Bürgerhand

**Die AutorInnen:**

PD Dr. Heike Walk, Forschungszentrum für Umweltpolitik (ffu), Freie Universität Berlin

Dipl.-Pol. Melanie Müller, Freie Universität Berlin

Prof. em. Dr. Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Freie Universität Berlin

Die AutorInnen sind zudem Mitglieder des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung e.V. und des gleichnamigen Instituts.

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	2
Kapitel 1: Formen, Bedingungen und Trends des freiwilligen Engagements .....	5
1.1 Definitionen, Kriterien und Formen von Bürgerbeteiligung .....	6
1.2 Veränderte politische Rahmenbedingungen .....	10
1.3 Veränderungen der Beteiligung durch das Internet .....	12
1.4 Umfang, TrägerInnen, Formen und Inhalte des Engagements: Aktuelle Umfragen .....	13
1.5 Allgemeine Motive bürgerschaftlichen Engagements .....	16
1.6 Zur Rolle von Gruppen, Vereinen und Verbänden .....	19
1.7 Zwischenbilanz und Forschungslücken .....	20
Kapitel 2: Einstellungen und Verhalten zur Umwelt .....	22
2.1 Motive und Einstellungen zu Umwelt- und Klimaschutz.....	23
2.2 Lücke zwischen Wissen und Handeln .....	26
2.3 Umweltbewusstes Verhalten als Kosten-Nutzen-Abwägung.....	27
2.4 Umweltbewusstes Verhalten und das Allmende-Dilemma .....	28
2.5 Sozial-ökologische Kontextbedingungen.....	28
2.6 Lebensstile, soziale Milieus und sozialstrukturelle Merkmale .....	29
2.7 Bündelung von Motiven.....	32
2.8 Zwischenbilanz und Forschungslücken .....	33
Kapitel 3: Einstellungen und Akzeptanz in aktuellen Studien zur Energiewende .....	34
3.1 Energieversorgung und -verteilung: Mehrheit für erneuerbare Energien .....	35
3.2 Verkehr .....	37
3.3 Bauen .....	38
3.4 Änderungen des Alltagsverhaltens .....	40
3.5 Treibende Kräfte.....	44
3.6 Zwischenbilanz und Forschungslücken .....	52
Kapitel 4: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	53
4.1 Hauptbefunde der empirischen Forschung .....	54
4.2 Lücken der empirischen Forschung.....	55
4.3 Handlungsempfehlungen vorliegender Schriften und Studien.....	56
4.4 Plädoyer für eine demokratisch und nachhaltig gestaltete Zukunft.....	58
Literatur.....	62

## Einleitung

Die Gesellschaften der Gegenwart stehen vor großen Herausforderungen: Die rasch voranschreitende Globalisierung begünstigt manche Gruppen, aber benachteiligt andere. Der demografische Wandel belastet die sozialen Sicherungssysteme. Nicht zuletzt nimmt der ökologische Handlungsdruck aufgrund des sich global auswirkenden Klimawandels zu. Auf die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen soll mit aktiven Anpassungs- und Transformationsprozessen reagiert werden. Hierbei geht es um die Entwicklung von ökologisch verträglichen, sozial gerechten und nachhaltigen gesellschaftlichen Strukturen und Lebensformen.

Ein wichtiger Baustein einer solchen aktiven Transformation ist in Deutschland die sogenannte Energiewende.<sup>1</sup> Dafür sind die Bereitstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse über Problemlagen und Herausforderungen, die Veränderungen von Einstellungen und Handlungsweisen der Bevölkerung sowie eine fundierte Politikberatung von zentraler Bedeutung.

In allen mit der Energiewende zusammenhängenden Fragen kommen aufgrund unterschiedlicher Interessen und Zielvorstellungen auch unterschiedliche Konzepte ins Spiel. Somit bestehen auch Gestaltungsspielräume. Soll die Abhängigkeit von Energieimporten verringert werden, auch wenn dadurch – zumindest vorübergehend – Kostensteigerungen zu erwarten sind? Ist grundsätzlich eine zentrale oder dezentrale Energieversorgung anzustreben? Soll bei neuen Stromtrassen die kostengünstigste Lösung bevorzugt werden oder müssen auch andere Kriterien, etwa die soziale Akzeptanz und Umweltgesichtspunkte, zur Geltung kommen? Welche erneuerbaren Energiequellen sollen bevorzugt gefördert werden, welche Netzinfrastruktur gilt es zu schaffen? Soll die Erzeugung und Bereitstellung von Energie vorrangig in privatwirtschaftlicher, genossenschaftlicher oder staatlicher Hand liegen? Wie kann die Bürgerschaft in diese anstehenden Prozesse und Entscheidungen einbezogen werden?

Die zentralen Ziele der Transformation des Energiesystems in Deutschland wurden im Energiekonzept der Bundesregierung von 2010 festgelegt. Dazu zählen (1) der Ausstieg aus der nuklearen Stromgewinnung und (2) eine weitgehende Reduzierung CO<sub>2</sub>-emittierender Energieträger. Zugleich wird betont, dass das Erreichen dieser Ziele davon abhängt, dass „die künftige Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar ist“ (BMU 2010: 32). Wie diese Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit hergestellt werden kann, wird allerdings nur angedeutet. Umsetzungsvorhaben seien zu begründen, „relevante Zahlen und Fakten (...) in einer verständlichen Form der Öffentlichkeit zugänglich“ zu machen; es gelte einen „offenen Dialog über die die Bürgerinnen und Bürger interessierenden Fragen zu führen (BMU 2010: 32). Weiterführende Vorschläge von anderer Seite, bspw. einen parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende zu ernennen oder ein „Nationales Forum Energiewende“ zu

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Energiewende“ ist ein deutsches Fremdwort in mehreren Sprachen geworden. Auf internationaler Ebene wird aufmerksam beobachtet, ob und wie Deutschland es schafft, Atomausstieg und Klimaschutz gleichzeitig zu realisieren.

schaffen, wurden allerdings im Energiekonzept nicht aufgegriffen (Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung 2011: 10).

Der stufenweise Ausstieg aus der atomaren Energieerzeugung bis 2022 bei gleichzeitigem raschen Ausbau der erneuerbaren Energien ist zweifellos eine gewaltige Herausforderung, zumal sich dieses Vorhaben nicht auf eine technisch-organisatorische Dimension beschränken lässt. Für eine gestaltende Energiepolitik gibt es viele Ansatzpunkte (z.B. Steuern und Subventionen). Im Vordergrund der Energiewende stehen aber vor allem kooperative Instrumente (Allianzen, Dialoge, Leitbildkommunikation), mit denen die Menschen motiviert und aktiviert werden sollen, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Darin spiegelt sich die Einsicht, dass eine aktive und weitreichende Transformation im Umwelt- und Energiebereich nicht gelänge, wenn sie ausschließlich „von oben“ initiiert und durchgesetzt würde. Staatlich gestützte Aufklärung, finanzielle Anreize und gestalterische Eingriffe des Gesetzgebers sind notwendig, aber nicht hinreichend. Vielmehr bedarf es auch der Eigenverantwortung und Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen, die das vorhandene Wissen aufgreifen, ihre eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse beisteuern, sich an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligen und zudem bereit sind, ihr Alltagsverhalten im Sinne einer ökologisch und sozial nachhaltigen Transformation auszurichten. Der Erfolg der Energiewende, so unsere These, wird auch davon abhängen, ob kollektive Lernmöglichkeiten durch politische Partizipation ermöglicht werden. Erleichtert würde dies durch einen Ausbau vorhandener Beteiligungsmöglichkeiten wie auch durch neue Partizipationsformen. Zusätzlich könnten die Kommunikationsmöglichkeiten des Web 2.0 und der sozialen Netzwerke die Beteiligungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Anspruchsgruppen begünstigen. Vernetzungen lassen sich kostengünstig, schnell und mit großer Reichweite herstellen; Kompetenzen zu unterschiedlichen Spezialgebieten können aufgebaut und die bisherigen Wissensmonopole von ExpertInnen abgebaut werden.

Es gibt bereits eine Reihe von Ansätzen, die direkt oder indirekt das Vorhaben einer durch gesellschaftliche Initiativen geförderten Energiewende unterstützen: Der Bio-Konsum und die Nutzung regenerativer Energien im privaten wie im öffentlichen Wohnungsbau boomen. Es mehren sich die Bemühungen einer Re-Kommunalisierung und ökologischen Ausrichtung der Energieversorgung. Lokale Agenda 21-Initiativen haben eine Fülle an Projekten zur Förderung nachhaltiger Entwicklung hervorgebracht. Gesellschaftliche wie staatliche Initiativen können bei diesen und weiteren Entwicklungen ansetzen, diese gezielt fördern und in Verbindung mit den Erkenntnissen der Forschung zu zivilgesellschaftlichem Engagement der Energiewende zum Erfolg verhelfen.

Die Größenordnung der Herausforderungen, die offenkundigen Gestaltungsspielräume und Entscheidungszwänge, die Unsicherheiten über die Vor- und Nachteile bestimmter Konzepte, die Vielfalt und Verzweigtheit bestehender Initiativen und Widerstände im Zusammenhang mit der Energiewende haben zur einer Flut von Appellen, journalistischen Recherchen und Kommentaren, behördlichen und wissenschaftlichen Studien geführt. Insgesamt ist damit eine unübersichtliche Diskussions- und Faktenlage entstanden, die ihrerseits einen Bedarf an Orientierung und Sortierung, Klärung und Richtungsweisung nach sich zieht.

Diesem Bedarf soll die Studie „Prometheus: Menschen innerhalb sozialer Transformationen am

Beispiel der Energiewende“ Rechnung tragen, die von „100 Prozent erneuerbar stiftung“ in Auftrag gegeben wurde. Für diese Namensgebung stand die antike Sagenfigur des Prometheus (griechisch: der Vorausdenkende) Pate. Die Aufgabenstellung der Studie wird von der Stiftung mit folgenden Worten umrissen:

Die geplante Studie soll den interdisziplinären Forschungsstand bezüglich des Verhaltens, des Handelns, des Nicht-Handelns, deren Prädispositionen und Motive sowie bezüglich der dahinter stehenden Bedürfnisse von Menschen innerhalb von Transformationsprozessen und im Speziellen innerhalb des Energiewendeprozesses aufarbeiten. Von Interesse sind auch Fragen des Engagements (im Besonderen von Change Agents), der Motive und Formen und Einstellungen sowie weiterer Faktoren wie Zeit, Netzwerke etc., die dieses befördern.

Soweit möglich, sollen auf Grundlage dieses Wissens Handlungsfelder und -ansätze beschrieben werden, die eine humane Energiewende befördern.

Die zentralen Fragestellungen des Auftraggebers lauten:

- Wie ist der theoretische und praktische Wissenstand über Motivation und Gründe des Engagements und Nicht-Engagements im Allgemeinen und im Besonderen mit Blick auf die Energiewende?
- Welche Umstände befördern oder verhindern Engagement von Menschen an gesellschaftlichen Transformationsprozessen mit besonderem Blick auf die Energiewende?
- Welche Handlungsfelder und Anschlussfragen können festgestellt werden?

Als ein Team von drei AutorInnen haben wir uns bemüht, innerhalb einer Bearbeitungszeit von knapp drei Monaten diesen Auftrag zu erfüllen. Leitend war dabei die Vorgabe, eine „Metastudie“ zu erstellen, wie sie typischerweise im Falle einer zunehmend unübersichtlichen Diskussions- und Forschungslage gefragt ist. Wir konzentrieren uns somit auf eine Durchsicht und Übersicht des vorhandenen Wissens, also auf eine vom Auftraggeber vorgeschlagene „qualitative Sekundäranalyse“ unter dem Verzicht auf eigene empirische Datenerhebungen. Innerhalb des thematischen Rahmens und der Aufgabenstellung sind dabei die Fragen leitend, (1) was als gesicherter Wissensstand gelten kann, (2) was – teilweise auch gestützt auf in unterschiedliche Richtungen weisende Daten – umstritten ist und (3) welche Aspekte und Fragen derzeit als völlig offen bzw. ungesichert anzusehen sind. Lediglich in einigen Abschnitten des Schlusskapitels werden wir über den Rahmen einer Bestandsaufnahme hinausgehen und auch unsere eigene Position bezüglich künftiger Schritte andeuten.

Die Studie gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 führt in die breite empirische Forschung zu Bürgerbeteiligung ein, typisiert verschiedene Beteiligungsverfahren und stellt die Ergebnisse von Umfragen und Analysen zu neuen Formen und unterschiedlichen Motiven des Engagements vor. Kapitel 2 widmet sich den Studien zum Umweltverhalten. Es beschreibt die viel diskutierte Lücke zwischen Wissen und Handeln, stellt Einstellungen und Motive für umweltgerechtes Verhalten dar, geht auf die sozial-ökologischen Kontextbedingungen sowie sozialstrukturelle Komponenten ein, die eine Auswirkung auf das Umweltverhalten haben. Kapitel 3 konzentriert sich auf Studien, die sich mit der Energiewende beschäftigen. Hierbei werden Studien aus verschiedenen Bereichen (Energieversorgung, Verkehr, Bauen, Energieeffizienz, Alltagsverhalten) berücksichtigt. Weiterhin wird die Rolle treibender Kräfte für die Energiewende beschrieben. Kapitel 4 fasst die Ergebnisse

unserer Metastudie zusammen, identifiziert Handlungsfelder und Forschungslücken und schließt mit dem Plädoyer für eine demokratisch und nachhaltig gestaltete Energiewende.

## **Kapitel 1: Formen, Bedingungen und Trends des freiwilligen Engagements**

Wie in vielen anderen Politikfeldern werden auch im Umwelt- und Energiebereich die Forderungen nach mehr Partizipation lauter. Eine wachsende Zahl von politischen EntscheidungsträgerInnen und Unternehmen erkennt den Nutzen der Zusammenarbeit mit einer interessierten Öffentlichkeit an. Dadurch erhalten sie einen Einblick in die Bedürfnisse und Einschätzungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, können das Wissen der Menschen gezielter nutzen und Widerstände frühzeitig erkennen. Die Forderungen nach mehr Öffentlichkeitsbeteiligung stehen in engem Zusammenhang mit grundlegenden Veränderungen moderner Gesellschaften, was sich auch in einem Wertewandel zugunsten einer verstärkten Teilhabe an politischen Zukunftsprojekten sowie an der Planung und Realisierung von Industrie- und Infrastrukturprojekten zeigt.

Diese aktuellen Entwicklungen lassen in der Partizipationsforschung und auch in der Praxis von Partizipationsverfahren eine euphorische Stimmung entstehen. Geworben wird für eine „Kultur der Beteiligung“ (Alcantara et al. 2015), für „Bürgermacht“ (Roth 2011), für „dialogorientierte Beteiligungsinstrumente“ (Kersting 2008) und, ganz grundsätzlich, für eine „strong democracy“ (Barber 1984). Gerade die zuletzt genannte Forderung weist auf den damit verbundenen umfassenden gesellschaftlichen Wandel hin, der eine konstruktive Partizipationskultur voraussetzt und auch mit hervorbringt – eine Kultur, welche den Gemeinsinn und die gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu stärken vermag. Damit gerät vor allem eine Top-down-Politik in die Kritik. Gefordert und teilweise realisiert wird ein offener Austausch- und Mitwirkungsprozess, in dem die Kompetenzen der BürgerInnen Anerkennung finden. Wie hoch das Partizipationsniveau in einer demokratischen Gesellschaft sein sollte und welche Formen von Partizipation dem Idealbild von Demokratie entsprechen, ist allerdings umstritten (Steinbrecher 2009: 32 f.).

Auch zeigen Untersuchungen, dass sich in der Regel nur bestimmte Segmente der Gesellschaft für Beteiligung motivieren lassen (vgl. Abschnitt 1.4). Partizipation ist insgesamt in der Gesellschaft ungleich verteilt (Böhnke 2011; Bödeker 2012). Dies hat zum einen mit der Haltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Allgemeinen zu tun, aber auch mit der Attraktivität und Wirksamkeit einzelner Partizipationsformate. Es gibt einerseits ganz unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Bedeutung von Beteiligung für Transformationsprozesse und auch unterschiedliche Ziele und Funktionen einzelner Beteiligungsverfahren (Walk 2013). Aber es spielen auch die zur Verfügung stehenden Ressourcen der sich Beteiligenden, wie z.B. Zeit, Bildungshintergrund, politisches Interesse, Erfahrungen und technische Fähigkeiten (z.B. für Online-Beteiligung), eine große Rolle für die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement.

Die wachsende Beteiligung der BürgerInnen wird häufig als Reaktion auf zentrale Krisenerscheinungen der Demokratie wahrgenommen (Kersting 2008: 42 ff.). Angesichts sinkender Wahlbeteiligung und abnehmender Mitgliedschaft in politischen Parteien, gekoppelt mit einem sinkenden Vertrauen in die politischen Eliten, kommt es zu einer Legitimationskrise



demokratischer Systeme. Colin Crouch (2008) hat diese Phänomene mit dem Begriff der „Postdemokratie“ beschrieben und damit auf internationaler Ebene den politischen und wissenschaftlichen Diskurs über eine Aushöhlung der Demokratie bei Fortbestand ihres institutionellen Gefüges geprägt. Wahlen und Parlamente, so Crouch, erfüllen ihren ursprünglichen demokratischen Auftrag nur noch höchst unzureichend. Mittlerweile sieht dies auch ein Teil der Bevölkerung so. Es sind vor allem die etablierten Formen politischer Beteiligung, die Parteien und die „politische Klasse“ insgesamt, die unter Legitimationsdruck zu geraten scheinen (Seubert 2012: 115).

Dementsprechend werden in der Beteiligungsdebatte auch verstärkt Möglichkeiten teilweise neuer und insbesondere informeller partizipativer Verfahren diskutiert. Diese könnten die repräsentative Demokratie ergänzen, erweitern und mit neuem Leben füllen. Sie sollen die bestehenden formellen teilweise gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten (bspw. im Rahmen von Planfeststellungsverfahren) ergänzen. Gleichzeitig können sie helfen, die Demokratie als solche zu revitalisieren. So erwarten die meisten Experten, die im Rahmen einer von der RWE in Auftrag gegebenen Studie zur Akzeptanz von Großprojekten befragt wurden, prinzipiell von mehr Öffentlichkeitsbeteiligung einen zusätzlichen demokratischen Gewinn; insbesondere halten sie im Rahmen der Energiewende mehr Bürgerbeteiligung für notwendig (RWE 2013: 5).

## **1.1 Definitionen, Kriterien und Formen von Bürgerbeteiligung**

Die Frage, was unter Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung zu verstehen ist, wird je nach historischer Phase, gesellschaftspolitischer Einstellung und Interessenlage unterschiedlich beantwortet (Jonuschat et al. 2007). Partizipation umfasst allgemein, so Roland Roth, „das Recht, gehört zu werden und das Recht mitzuentcheiden“ (Roth 2013: 6). Max Kaase versteht unter Partizipation „Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1992: 682). Versuche, die Begriffe Partizipation und Bürgerbeteiligung voneinander abzugrenzen, haben sich bislang nicht durchsetzen können. Beide Begriffe werden in der Regel synonym verwendet. In der Praxis wie in der Theorie finden sich unterschiedliche Ansätze zur Reichweite und Ausgestaltung von Partizipation, die darauf hinweisen, dass hier auch unterschiedliche Vorverständnisse von Demokratie im Spiel sind.

Maßgeblich für die Diskussionen um den Beteiligungsbegriff ist immer noch die Definition der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahr 2002, auf die sich viele neuere Veröffentlichungen beziehen. Wesentliche Definitionsmerkmale bürgerschaftlichen Engagements sind dort: Freiwilligkeit, öffentlicher Bezug der Tätigkeit, Unentgeltlichkeit und ein enger Bezug zum Bürgerstatus:

„Der Bürgerstatus, das Innehaben von Rechten und Pflichten und die Zugehörigkeit zu einer ‚politischen Gemeinschaft‘ ist eine wesentliche Voraussetzung für Engagement. Der Bürgerstatus hat einen Vorrang vor allen anderen aktuellen und möglichen Zugehörigkeiten; denn mit diesem Status sind Rechte verbunden, die Bürgerinnen und Bürger brauchen, wenn sie bürgerschaftlich aktiv werden wollen. Entscheidend ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich wechselseitig als solche anerkennen. Rechtspositionen sind nur die Voraussetzung der Teilhabe an dieser Gemeinschaft: Das politische Gemeinwesen braucht

Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte nutzen, ihrer Verantwortung auch für Schwächere gerecht werden und damit aktiv nutzen.“ (Enquete-Kommission 2002: 58)

Um den Begriff der Öffentlichkeitsbeteiligung näher zu bestimmen, wird in der Literatur meist zwischen formellen (verfassten) und informellen (nicht verfassten) Verfahren unterschieden. Formelle Verfahren sind gesetzlich geregelt, bspw. Volksbegehren und -entscheide auf Landesebene sowie Bürgerbegehren und -entscheide auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus ist Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung und auch in Planfeststellungsverfahren vorgesehen. Im Gegensatz dazu gibt es informelle, gesetzlich nicht geregelte Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie werden freiwillig (und häufig zusätzlich) durchgeführt und haben lediglich konsultativen Charakter. Auch der Umgang mit den Ergebnissen solcher Verfahren, zum Beispiel einer langjährigen Mediation im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens (Geis 2005; Meister 2011), ist in der Regel nicht festgelegt.

Trotz vieler Studien zur Bürgerbeteiligung klafft nach wie vor eine große Lücke zwischen der Praxis, in der sich die Forderungen nach Partizipation in vielfältigen Planungsverfahren und Projekten durchgesetzt hat, und reflektierenden Analysen, die sich mit den demokratisierenden Wirkungen der unterschiedlichen Partizipationsprozesse befassen. Zwar haben Handbücher, Leitfäden bzw. Checklisten für Bürgerbeteiligung (bspw. der Stiftung Mitarbeit und des Netzwerks Bürgerbeteiligung) versucht Abhilfe zu schaffen. Doch diese Empfehlungen bleiben in der Regel auf konkrete, oftmals auf bestimmte Einzelfälle bezogene Praktiken beschränkt und geben keine Auskunft über die gesellschaftspolitischen bzw. demokratisierenden Wirkungen der Summe dieser Verfahren. Eine in diese Richtung gehende Ausnahme bildet die Untersuchung von Alcantara et al. (2015).

Mit Blick auf Infrastrukturprojekte weisen die meisten Studien mittlerweile darauf hin, dass Bürgerbeteiligung für die Verwaltung und beteiligten Unternehmen eine Art Frühwarnsystem darstellt, das die rechtzeitig über mögliche Fehleinschätzungen und Risikobewertungen der Projektträger informiert. Hinsichtlich einer frühzeitigen, systematischen und dadurch wirkungsvolleren Beteiligung der Öffentlichkeit hat der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in seiner „Richtlinie 7000“ zum Thema „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“ folgende Vorteile zusammenfassend benannt: Die Einbindung von lokalem Wissen bereichert die Planung von Technologie- bzw. Infrastrukturprojekten wesentlich und leistet wichtige Beiträge für notwendige Gutachten und zu berücksichtigende Probleme. Darüber hinaus werden damit die kommunikativen Beziehungen langfristig verbessert. Innovations- und Entwicklungsprozesse können vorangetrieben werden und gleichzeitig gesellschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigt werden (VDI-Richtlinie 7000 2014: 79).

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung erarbeitete im Jahr 2012 Qualitätskriterien für eine anspruchsvolle Bürgerbeteiligung ([www.netzwerk-buergerbeteiligung.de](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de)). Als sogenanntes „Lebendes Dokument“ sollen diese Gesichtspunkte ständig erweiterbar sein. Folgende Anforderungen werden in der ursprünglichen Fassung formuliert: „Gute Bürgerbeteiligung braucht 1) die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog, 2) Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen, 3) Gestaltungsspielräume, 4) einen Dialog auf Augenhöhe, 5) Verbindlichkeit und Verlässlichkeit, 6) eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses, 7) transparente Information, 8) die Mitwirkung aller, 9) das Lernen aus Erfahrung und 10) die Einbettung in eine

lokale Beteiligungskultur“.

Einige dieser Kriterien für Beteiligungsverfahren finden sich auch in anderen Handbüchern, Leitfäden sowie Empfehlungen zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung (Renn/Webler 1998; Heidelberger Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung 2012; Nanz/Fritsche 2012). Speziell dem Thema Energiewende und Beteiligung widmet sich die Broschüre „Bürger machen Energie“ vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg (2012).

Ein grundsätzliches Problem dieser Empfehlungen besteht darin, dass häufig verwendete Schlüsselbegriffe wie Dialog, Transparenz, Verbindlichkeit usw. nicht in ihrer konkreten Umsetzung spezifiziert werden. Auch wird ein für beteiligungswillige BürgerInnen zentrales Kriterium, die Ergebnisoffenheit der Verfahren, nur selten genannt und noch seltener in der Praxis umgesetzt. Formelle wie informelle Verfahrensbeteiligung setzen meist zu spät ein. Im Stadium der Planfeststellung sind bei Großprojekten meist schon die politischen Weichen zugunsten des Projekts gestellt. Einwendungen werden zwar gehört, aber vermögen kaum mehr eine Richtungsentscheidung zu beeinflussen. Es gibt unseres Wissens kein großes Infrastrukturprojekt, das durch Einsprüche im Planfeststellungsverfahren zu Fall gebracht worden wäre. Informelle Verfahren und insbesondere Mediations- und Schlichtungsverfahren kommen meist erst dann zum Einsatz, wenn sich Konflikte zugespitzt haben und nachträglich der Modus der Akzeptanzbeschaffung zur Geltung kommen soll. Entschiedene KritikerInnen sprechen in diesem Zusammenhang von einer „strategischen Einbindung“ (Wilk/Sahler 2014).

Zahlreiche Studien beschäftigen sich mit den unterschiedlichen Partizipationsverfahren und haben Kriterien für die Bewertung der diversen Verfahren entwickelt (z.B. Geißel 2008; Webler et al. 2001; Beierle/Cayford 2002). Ein oft zitiertes Stufenmodell, um die graduellen Möglichkeiten von Partizipation zu verdeutlichen, wurde von Sherry Arnstein vorgelegt. Sie unterscheidet zwischen Nicht-Partizipation, Quasi-Beteiligung und Partizipation und differenziert letztere nochmals in acht Stufen der sogenannten Partizipationsleiter (Arnstein 1969: 216 ff.). Zudem kann die Forderung nach mehr Partizipation unterschiedlich begründet sein: Emanzipatorische Motive richten sich vor allem auf ausgegrenzte Gruppen, die gestärkt und in politische Prozesse eingebunden werden sollen; bei demokratischen Motiven steht das gleichberechtigte Mitsprache- und Beteiligungsrecht verschiedener Gruppen im Vordergrund (Walk 2011: 135-136). Darüber hinaus finden sich instrumentelle Motive. Hierbei geht es darum, durch frühzeitige Einbeziehung bestimmter Gruppen mögliche Widerstände zu beseitigen: Bürgerbeteiligung wird dann zum „Herrschaftsinstrument“. Hierfür wird in der Literatur der aus der Betriebswirtschaft entlehnte Begriff „Akzeptanzmanagement“ verwendet (Wagner 2013). Noch deutlicher in seinem instrumentellen Charakter ist der Begriff des „outrage management“, unter dem die kommerzielle Agentur kmw beispielsweise eine „präventive Beratung bei LULU-Projekten („Locally Unwanted Land Use“) anbietet.<sup>2</sup>

Die Anwendung von Beteiligungsformen wird beeinflusst von unterschiedlichen Präferenzen, Graden des Durchsetzungsvermögens, der Innovationsfreudigkeit und des individuellen Engagements – vor allem der Durchführenden, zu einem geringeren Anteil auch der Teilnehmenden. Zudem lässt sich ein unterschiedliches Maß der Bekanntheit von

---

<sup>2</sup> Siehe: <http://www.outrage-management.de/>, zuletzt aufgerufen am 21.8.2015.

Partizipationsformen und damit verbundener Methoden feststellen: Waren es in den 1970er Jahren Zukunftswerkstätten, Planungszellen, Bürgerversammlungen und Modelle der Anwaltsplanung, in den 1990ern Runde Tische, Mediation und Agenda-Prozesse, so sind derzeit eher Online-Bürgerforen und im Energiebereich auch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten, z.B. in Bürgersolaranlagen und Energiegenossenschaften, angesagt. Die wissenschaftliche Diskussion über Qualität und Legitimität der unterschiedlichen Beteiligungsverfahren ist keineswegs einhellig. Kritisiert wird unter anderem die fehlende Vergleichbarkeit der vorliegenden Evaluationen (Hebestreit 2013: 76 f.; Kersting 2008: 281). In der Regel wird in Evaluationen von Beteiligungsinstrumenten der Einzelfall betrachtet. Eine instruktive Vergleichsstudie haben Beierle und Cayford vorgelegt, in der deutlich wurde, dass auch das soziale und politische Klima des Beteiligungsprozesses wichtig ist (Beierle/Cayford 2002).

Bestehenden Analysen und Typologien von Beteiligungsverfahren fehlt in der Regel entweder der theoretische Bezug oder aber die Aussagen bleiben sehr allgemein und sind damit nur schwer nachvollziehbar bzw. in die praktische Arbeit integrierbar (vgl. Hebestreit 2013). Eine Ausnahme bildet die Studie von Alcantara et al. (2015), die eine Einordnung und Klassifikation von informellen dialogorientierten Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung anhand klar benannter Kriterien und Konzepte vornimmt. Dazu werden in einer ausdifferenzierten „Partizipationsmatrix“ eine Vielzahl von Verfahren und deren konkrete Anwendungen anhand unterschiedlicher Dimensionen und entsprechender Kriterien eingeordnet. Dies ermöglicht, die diversen Verfahren unterschiedlichen theoretisch begründeten Demokratiekonzepten zuzuordnen (nach Inklusion, Transparenz und Empowerment). Wie schon ausgeführt (vgl. Abschnitt 1.1), existiert mittlerweile eine fast unüberschaubare Vielfalt an Beteiligungsformen bzw. Partizipationsverfahren. Die vorliegende Studie konzentriert sich auf Verfahren, die im Umwelt- und Energiebereich zur Anwendung kommen und wird in den Abschnitten 4.3 und 4.4 auf Handlungsempfehlungen eingehen.

Welches Verfahren für einen konkreten Beteiligungsprozess sinnvoll ist, hängt unter anderem ab von der Zahl der TeilnehmerInnen, der zur Verfügung stehenden Zeit und der Art der Beteiligung, d.h. ob es sich um einen Informations-, Konsultations- oder Mitbestimmungsprozess handelt. Auch kann eine Kombination mehrerer Methoden oder die Anwendung einzelner Elemente einer Methode Sinn machen. Es wird empfohlen, die Auswahl der eingesetzten Methode(n) bereits als Aufgabe des Beteiligungsprozesses zu verstehen. Heißenberger (2006) unterscheidet in ihrem Beitrag 1) projektbezogene Formen (die überschaubare Problemstellungen und konkrete Planungsvorhaben betreffen. Sie sind zeitlich begrenzt und führen meist zu sichtbaren Ergebnissen), 2) offene Formen (dazu zählen Gespräche, Umfragen, Diskussionen, Studien und Vereinbarungen, die keine Verpflichtung zur Regelmäßigkeit beinhalten), 3) parlamentarische Formen (diese sind durch Kontinuität und formale Strukturen gekennzeichnet und haben in der Regel eine rechtliche Grundlage). Für diese drei Formen gibt es wiederum unterschiedliche Methoden, etwa zur Ideen- oder Problemlösungsfindung (Zukunftswerkstätten, Metaplantechnik, etc.) sowie strukturierte Methoden, die unterstützend in einzelnen Projektphasen zur Anwendung kommen (z.B. Präsentationstechniken und Visualisierungsformen).

Mittlerweile existieren brauchbare internetbasierte Wegweiser, welche die auf unterschiedliche Bedürfnisse abgestimmten Verfahren beschreiben (z.B. [www.bürgergesellschaft.de](http://www.bürgergesellschaft.de); [www.partizipation.at](http://www.partizipation.at)). Auch legen erste Ergebnisse mit zielgruppenorientierten Beteiligungsver-

fahren, z.B. Parlamente für Kinder und Jugendliche, die Sinnhaftigkeit eines solchen Ansatzes nahe (Roth 2011: 276). Gerade in Kommunen spielen Beteiligungsverfahren eine immer stärkere Rolle, hierzu gehören Bürgerhaushalte (Holtkamp 2008; Franzke/Kleger 2010) und Mediationsverfahren in der Lokalverwaltung (Geis 2008).

## 1.2 Veränderte politische Rahmenbedingungen

Für die Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, die auch für viele Vorhaben im Zusammenhang mit der Energiewende zwingend vorgeschrieben sind, ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen (vgl. Schulze-Wolf/Köhler 2008). Diesen seit vielen Jahren praktizierten Beteiligungen wird in den vergangenen Jahren eine zusätzliche Bedeutung zugeschrieben. Ein Beispiel dafür ist der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (Bundesministerium des Innern 2012). Für Planfeststellungsverfahren werden eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die Herstellung einer größtmöglichen Transparenz gefordert.

Auch direktdemokratische Verfahren, namentlich Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene, sind formeller Natur und gesetzlich geregelt. Jährlich werden in deutschen Kommunen rund 300 Bürgerbegehren durchgeführt.<sup>3</sup> In einigen Kommunen wurde durch Ratsbeschluss ein paritätisch besetzter Arbeitskreis zur Erstellung eines Konzepts bzw. von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung gebildet. Der erfolgreichen Einführung direktdemokratischer Elemente auf kommunaler und Landesebene steht allerdings die Blockade auf Bundesebene gegenüber (Kost 2005). Außerdem sind viele direktdemokratische Verfahren durch Ausnahmeregelungen und Ausführungsbestimmungen zum Teil erheblich eingeschränkt. Beispielsweise stellt die Höhe der Unterschriftenquoten in Deutschland (zwischen 10 bis 13 %) eine große Hürde dar. In der Schweiz liegen die Quoten für die Unterschriftensammlung bei durchschnittlich unter 3 Prozent.

Jenseits dieser formellen Verfahren wurden einige politische Gremien zur Förderung der Bürgerbeteiligung geschaffen. Zum Beispiel hat das Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ eingerichtet. Dieser beschäftigt sich mit aktuellen Gesetzesvorhaben, die bürgerschaftliches Engagement betreffen, und ist mit der weiteren Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ befasst. Auf Länderebene sind Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Vorreiter einer beteiligungsorientierten Politik. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg erarbeitete ein Beteiligungskonzept und startete mit der für „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ zuständigen Staatsrätin zahlreiche Initiativen. Allerdings zieht diese nicht

---

<sup>3</sup> Vgl. die Datenbank Bürgerbegehren von Mehr Demokratie e.V. Online unter: [http://www.mehr-demokratie.de/bb-datenbank.html?&no\\_cache=1](http://www.mehr-demokratie.de/bb-datenbank.html?&no_cache=1), zuletzt aufgerufen am 9.8.2015.

nur von konservativer Seite Kritik auf sich.<sup>4</sup> Der Landtag in Rheinland-Pfalz hatte 2011 eine Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ eingesetzt, die im November 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Empfohlen werden u.a. eine frühzeitige Information über Planungsvorhaben sowie ein ergebnisoffener Beteiligungsprozess (Landtag RLP 2014).

Darüber hinaus hat sich eine Reihe von Organisationen und Institutionen dem Ausbau und der Weiterentwicklung von Beteiligung verpflichtet. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) setzt sich als trisektorales Netzwerk (hier sind die drei Sektoren Zivilgesellschaft, Markt und Staat gemeint) mit vielfältigen Informationen, Maßnahmen und Projekten für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft ein.

Im Jahr 2009 tagte zweimal das „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“, auf dem knapp 300 ExpertInnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft konkrete Vorschläge für den Ausbau der Engagementpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene erarbeiteten. In der Folge wurden in mehreren Bundesländern Netzwerke eingerichtet, um den Austausch- und den Abstimmungsprozess zwischen den AkteurInnen voranzubringen.

Ein wesentlicher Hemmschuh der politischen Steuerung liegt allerdings darin, dass die dauerhafte Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen oder Unterstützungsleistungen im Bereich der Bürgerbeteiligung (jenseits von Modellprojekten) durch Bundesmittel nicht möglich ist. Es bedürfte einer Grundgesetzänderung, um das „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern aufzuheben. Vor allem auf kommunaler Ebene besteht somit die paradoxe Situation, dass Bürgerbeteiligungsprojekte zu den sogenannten freiwilligen Leistungen zählen, die in Zeiten kommunaler Verschuldung am ehesten dem Rotstift zum Opfer fallen. Gleichzeitig wird Bürgerbeteiligung für die Entwicklung von Kommunen als zunehmend wichtig angesehen.

Trotz Finanzknappheit gibt es auf kommunaler Ebene zahlreiche Organisationen und Institutionen in den Feldern der Stadtplanung und -soziologie sowie der Sozialarbeit, die sich explizit auf lokale Partizipation in Fragen der Quartiersentwicklung, des Wohnens, der Stadtsanierung und/oder der Kulturförderung konzentrieren. Eine beachtliche Zahl lokaler Beteiligungsansätze wurde seit 1999 zudem im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“ gefördert. Bislang steckt allerdings die Kopplung dieser Programme mit umwelt-, energie- bzw. klimapolitischen Zielen noch in den Kinderschuhen, wobei Städte wie Berlin diese Möglichkeiten diskutieren und auch erste Ansätze dazu bestehen (siehe Kapitel 3).

In einem Vortrag zum Thema „Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene“ spricht Helmut Klages<sup>5</sup> von mehreren Phasen der Bürgerbeteiligung, die in den letzten Jahrzehnten beobachtet werden können. Die erste Phase, die sogenannte „partizipatorische Revolution“ (Kaase 1982), beginnt mit der Revolte an den Universitäten seit 1967 und ist durch spontane Aktionen sowie das Entstehen

---

<sup>4</sup> Der linksorientierte Politikwissenschaftler Peter Grottian urteilt: „Die Allianz ist so staatsintegrierend von oben konzipiert, trotz aller Beteuerungen zu einem selbsttragenden Netzwerk. Zugespitzt: Die Demokratie des Gehörtwerdens ist ein diffuses Konzept von oben und keine Ermutigung von unten“ (Grottian 2012; siehe auch Grottian 2015).

<sup>5</sup> In: e/newsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2014, zuletzt aufgerufen am 16.8.2015.

zahlreicher Bürgerinitiativen charakterisiert. Es folgt eine zweite Phase der „Bürgerbeteiligung“, in deren Verlauf unterschiedliche Methoden und Formen der Partizipation entwickelt wurden. Aktuell sei eine neue Phase der Bürgerbeteiligung zu beobachten, die andersartige Impulse mit sich bringt. Neu ist, dass von unterschiedlichen Seiten (aus der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wirtschaft) die Forderung erhoben wird, die Beteiligung solle institutionalisiert und auf Dauer gestellt werden. Damit geht einher, dass sich der Charakter der Bürgerbeteiligung verändert – hin zu einer verlässlichen, garantierten Qualität des politischen Alltags, die auch als ein Rechtsanspruch verankert wird.

### **1.3 Veränderungen der Beteiligung durch das Internet**

Das Internet hat das Bürgerengagement und die Beteiligungsformen stark verändert (Voss 2014). Es kann sowohl für formelle Verfahren, z.B. Online-Petitionen, als auch für begleitende, diskursive oder informellen Partizipationsangebote passende Instrumente zur Verfügung stellen. Insgesamt ist dieses Medium heute aus dem Alltag vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Beteiligung im Internet umfasst sowohl die Beteiligung an einem konkreten Anliegen als auch die Beteiligung am Medium Internet selbst.

Umfragen zu den Nutzungsformen des Internet wie Information, Unterhaltung/Spaß und Mitteilung/aktive Kommunikation ergeben, dass eine informationsorientierte Nutzung oft mit aktionsorientierten Nutzungsformen einhergeht. Informationssuche bildet in diesen Fällen eine Grundlage für aktive Beteiligung (DIVSI 2015: 10). Diese wiederum fördert die Aufnahme, Verarbeitung und Interpretation von Informationen. Allerdings sind die verschiedenen Formen der Beteiligung und Nutzung ungleich verteilt: Die Informationsfunktion überwiegt deutlich im Vergleich zur aktivistischen Nutzung (ebd.: 35). Laut Freiwilligensurvey nutzten 2004 erst 44 Prozent der Engagierten das Internet für ihre freiwillige Tätigkeit; 2009 waren es bereits 59 Prozent (BMFSFJ 2010: 37). Diese Tendenz gilt für alle Altersgruppen. Lediglich ab der Altersgrenze von 60 Jahren wird das Internet eher selten für freiwillige Tätigkeiten genutzt.

Die Befragten geben an, dass die Verbreitung von Informationen, Abwicklung von Transaktionen und Vernetzung mit anderen im Netz schneller, leichter und flexibler möglich ist. Anliegen können so gemeinsam angegangen und verbreitet werden; außerdem ist die Verfolgung vielfältiger Anliegen möglich (DIVSI 2015: 14). Einerseits ist die Beteiligung im Internet relativ einfach und bequem; andererseits bietet das Netz eine so große Vielfalt an Inhalten und Plattformen, dass es viele Engagierte als unüberschaubar, die Beteiligung als schnelllebig, teilweise sogar oberflächlich und wirkungslos einschätzen (ebd.: 126).

Das Internet hat dazu beigetragen, dass sich BürgerInnen in bequemer Weise bestimmten politischen Prozessen beteiligen können. Ein Beispiel ist das webbasierte Verfahren für Online-Petitionen an den deutschen Bundestag. Ein anderes sind die Angebote von netzbasierten Kampagnenorganisationen (in Deutschland insbesondere [compact.de](http://compact.de)), die binnen kürzester Zeit zahlreiche Unterschriften für aktuelle politische Anliegen einholen und, in Verbindung damit, auch häufig zu Straßenprotesten aufrufen. Der Verteiler von [compact.de](http://compact.de) enthält derzeit (August 2015) mehr als 1,7 Millionen E-Mail-Adressen.

## **1.4 Umfang, TrägerInnen, Formen und Inhalte des Engagements: Aktuelle Umfragen**

Umfragen zum freiwilligen Engagement bilden eine wesentliche Quelle für Erkenntnisse zu Motivation und Gründen für Engagement und Nicht-Engagement sowie den Einflussfaktoren von Handeln und Nicht-Handeln im Zusammenhang mit der Energiewende.

Schon seit Mitte der 1990er Jahre werden regelmäßig Umfragen zum freiwilligen Engagement durchgeführt. Wissenschaftliche Untersuchungen befassen sich mit Umfang, Inhalten und regionalen Ausprägungen des freiwilligen, bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Zivilgesellschaftliches Engagement als selbst gewählte, unentgeltliche, gemeinnützige Aktivität, die außerhalb von Familie, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung geleistet wird, gilt als wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Eine Übersicht über die Inhalte, Formen und Aktivitäten des Engagements sowie die Veränderungen im Zeitverlauf bieten die regelmäßigen Befragungen im Rahmen des Eurobarometers, des Sozio-oekonomischen Panel und des Deutschen Freiwilligensurvey (FWS).

Der Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland und die wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen Engagement. Er wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und erhebt die freiwillige Tätigkeiten und die Bereitschaft zum Engagement in telefonischen Interviews. Die ersten drei Wellen des Surveys wurden in den Jahren 1999, 2004 und 2009 durchgeführt. Die vierte Welle erfolgte im Jahr 2014. Der Endbericht zum vierten Freiwilligensurvey soll bis Ende 2015 vorliegen.

Nachfolgend wollen wir die wichtigsten Ergebnisse des letzten Freiwilligensurvey von 2009 zusammenfassen. Es zeigt sich, dass von den 71 Prozent der Menschen, die 2009 in Deutschland gesellschaftlich aktiv waren, etwa die Hälfte bestimmte Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen in der Zivilgesellschaft übernommen hat (im Vergleich zu 66 % im Jahr 1999) (BMFSFJ 2010: 4). Die so genannte Engagementquote, d.h. der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung, lag 2009 bei 36 Prozent (1999 waren es 34 %) (BMFSFJ 2010: 4).

Von den 71 Prozent der Menschen, die laut eigenen Angaben 2009 in Deutschland in Vereinen und anderen Organisationen aktiv waren, hatte etwa die Hälfte längerfristige Aufgaben und Funktionen in der Zivilgesellschaft übernommen. Das sind freiwillige Tätigkeiten, die im Durchschnitt seit etwa zehn Jahren ausgeübt wurden. Die andere Hälfte der Aktiven beteiligt sich an Initiativen, Projekten und anderen Aktivitäten, legt sich jedoch nicht verbindlich auf eine Tätigkeit oder Aufgabe fest. Das freiwillige Engagement ist bei Männern, Erwerbstätigen, jungen Leuten in der (verlängerten) Ausbildungsphase, bei höher Gebildeten und bei Menschen mit einem gehobenen Berufsprofil überdurchschnittlich. Gestiegen (im Vergleich zu den Freiwilligensurveys vor 2009) ist das Engagement bei Menschen mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt (Familien) sowie bei älteren Menschen.

Arbeitslose, Menschen mit einfachem Sozial- und Bildungsstatus und solche mit einem Migrationshintergrund üben deutlich weniger als der Durchschnitt der Bevölkerung freiwillige Tätigkeiten aus (BMFSFJ 2010: 5). Bei Arbeitslosen war zwischen 1999 und 2004 das Engagement



besonders gestiegen; 2009 setzte sich diese Entwicklung aber nur noch bei den Männern fort. Das Engagement von MigrantInnen kann durch das methodische Design des Freiwilligenurvey nur ausschnittsweise abgebildet werden, da die Interviews bis einschließlich 2009 nur in deutscher Sprache geführt wurden. Die Ergebnisse der Umfrage weisen für diese Gruppe auf ein niedriges Engagement hin. Auch zeigt sich zwischen 1999 und 2009 kein Anstieg des Engagements.

Eine besonders deutliche Steigerung des freiwilligen Engagements lässt sich bei den älteren Menschen beobachten: Im Alter von über 65 Jahren stieg ihre Engagementquote von 23 Prozent (1999) auf 28 Prozent (2009). Etwa ein Drittel der Freiwilligen wendet bis zu zwei Stunden pro Woche bzw. drei bis fünf Stunden pro Woche auf; knapp jeder zehnte Engagierte investiert mehr als zehn Stunden pro Woche (BMFSFJ 2010: 30).

Der Blick auf die Engagementbereiche zeigt, dass der Umweltbereich (zusammen mit dem Tierschutzbereich) zu den kleineren Engagementfeldern gehört. 2,8 Prozent der Bevölkerung sind hier engagiert. Zu den anderen kleineren Bereichen zählen bspw. die freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste (auch diese überschreiten nur knapp die Drei-Prozentmarke) (ebd.: 6). Zu den großen Engagementbereichen zählen Sport und Bewegung (etwa 10 % der Bevölkerung) sowie Kindergarten, Schule, Kirche, Kultur und Musik.

Der Verein ist die wichtigste Organisationsform des freiwilligen Engagements. Mit 47 Prozent war 2009 fast die Hälfte der freiwilligen Tätigkeiten in Vereinen angesiedelt (ebd.: 27). Das betrifft vor allem den Bereich Sport, aber auch die Bereiche Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik. Das Engagement unter dem Dach der Kirchen und Religionsgemeinschaften macht ca. 14 Prozent aus. Das Engagement in Gruppen, Initiativen oder Selbsthilfegruppen liegt bei 13 Prozent. In den neuen Bundesländern hat das Engagement zwischen 1999 und 2009 leicht zugenommen (1999: 28 %, 2004: 31 %; 2009: 30 %), aber insgesamt bleibt dort das Engagement weiterhin deutlich hinter dem in den alten Bundesländern zurück (detailliert zu den neuen Ländern vgl. Olk/Gensicke 2013; speziell zum Engagement Jugendlicher auf Basis diverser Umfragen vgl. Roose/Scholl 2015).

Obwohl der Freiwilligenurvey eine Fülle von Zahlen liefert, ist deren Aussagekraft teilweise eingeschränkt. Zum einen wären, wie bei allen Umfragen dieser Art, die Effekte „sozial erwünschten Verhaltens“ zu berücksichtigen. Bei bestimmten Themen neigen Befragte dazu, von sich ein positives Bild abzugeben, das der Realität nicht immer standhält. In der ersten Welle war zudem die Zahl der Befragten sehr knapp bemessen. Dass Menschen mit Migrationshintergrund kaum erfasst wurden, ist bereits angesprochen worden. Unterrepräsentiert waren bislang auch Menschen mit Behinderung und Befragte ohne Festnetztelefon. Große Einschränkungen ergeben sich weiterhin daraus, dass die Befragungszeit relativ knapp bemessen ist, ein Teil der Fragen somit wenig Tiefgang hat und die Kontextbedingungen des Engagements kaum erfasst werden. Einigen dieser Probleme soll allerdings im jüngsten Survey Rechnung getragen werden.

Auffällig sind die enormen Zahlendiskrepanzen zum Anteil der Engagierten in Deutschland je nach Untersuchung. Der oben erwähnten Engagementquote von 36 Prozent im Freiwilligenurvey von 2009 steht eine Quote von 52 Prozent engagierten Deutschen laut Eurobarometer (gefragt wurde nach aktiver Mitgliedschaft oder ehrenamtlicher Tätigkeit) sowie lediglich 17,2 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren laut sozio-oekonomischem Panel (SOEP; regelmäßiges Engagement mit mindestens einer Aktivität pro Monat) gegenüber (BMFSFJ 2009: 6). Diese erheblichen Unterschiede ergeben sich vermutlich teilweise aus den Variationen der Fragestellung.

Insbesondere die niedrige Quote des SOEP, der ein relativ konkretes Kriterium für Engagement zugrunde gelegt hat, dürfte aussagekräftiger sein als das diffuse Item des Freiwilligensurvey. Gestützt wird diese Vermutung auch durch eine Quote von 18,3 Prozent Engagierter<sup>6</sup>, die im Rahmen der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse im Jahr 2008 für Personen ab 14 Jahren ermittelt wurde.

Der Engagementatlas '09 von AMB Generali (2009) belegt, dass der Wohnort eine bedeutende Rolle spielt. Freiwilliges Engagement ist auf dem Land stärker verbreitet als in großstädtischen Kernzonen. Dieser Vorsprung hat sich seit 1999 weiter verstärkt (BMFSFJ 2010: 25). Dieses Gefälle ist umso bemerkenswerter, als die neuen Länder weniger städtisch geprägt sind und somit dort ein höheres Engagement als in den alten Bundesländern erwartbar wäre.

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass das freiwillige Engagement besonders von jungen und von arbeitsuchenden Menschen mit persönlichen Interessen verbunden wird (BMFSFJ 2010: 13). Vor allem junge Menschen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren sind eine zivilgesellschaftlich sehr aktive Gruppe; deren besondere Schwerpunkte sind der Sport, die Jugendarbeit und die Rettungsdienste. Auch wenn das Engagementpotenzial in dieser Altersgruppe weiterhin auffällig groß ist, weisen die AutorInnen des Survey darauf hin, dass das freiwillige Engagement von jungen Menschen in der letzten Dekade langsam, aber kontinuierlich gesunken ist (1999: 37 %, 2009: 35 %).

Der Survey zeigt, dass freiwilliges Engagement ein wichtiges informelles Lernfeld ist. Im Rahmen des Engagements Erfahrungen zu sammeln und die eigenen Kenntnisse und Kompetenzen zu verbessern, ist speziell für junge Engagierte und Benachteiligte motivierend. Aber auch ältere Engagierte gewinnen oft neue Erfahrungen und Kenntnisse. Internetgestützte Formen des bürgerschaftlichen Engagements sind bei der Mehrheit der Befragten wenig verbreitet; allerdings scheinen niedrigschwellige Formen der Meinungsäußerung wie Onlinekampagnen und Onlinepetitionen immer größere Zustimmung zu finden.

Der Freiwilligensurvey 2009 untersuchte neben dem tatsächlichen Engagement auch die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement („externes Potenzial“) und konnte aufzeigen, dass der Anteil der zum Engagement Bereiten sich in der Bevölkerung zwischen 1999 und 2009 von 26 Prozent auf 37 Prozent stark vergrößert hat (BMFSFJ 2010: 7). Darüber hinaus gibt es bei den bereits Engagierten weiteres Potenzial („internes Potenzial“): Der Anteil derjenigen, die sich vorstellen können, ihr Engagement auszuweiten, ist seit 1999 deutlich gestiegen (vor allem bei jungen Engagierten).

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigt sich, dass mit einem Anteil von 40 Prozent deutlich mehr Männer als Frauen (32 %) freiwillig engagiert sind. Während bei den Männern insbesondere der Sport, das politische und berufsbezogene Engagement sowie generell vereins- und verbandsbasierte freiwillige Tätigkeiten stärker ausgeprägt sind, engagieren sich Frauen eher in Kindergärten und Schulen sowie Kirchen (dort zumeist ohne ausreichende Mitbestimmungsfunktionen). Auffällig ist das gegenüber Männern stark verminderte Engagement

---

<sup>6</sup> Grundlage war die Aussage: „Bin unentgeltlich und ehrenamtlich tätig in einer Bürgerinitiative, einem Verein, Verband oder Ähnlichem“.

von Frauen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren (BMFSFJ 2010: 18).

Ein Vergleich nationaler Umfragen im Auftrag der Generaldirektion Bildung und Kultur (EAC) der Europäischen Kommission zeigt, dass Deutschland mit einer Engagementquote von 36 Prozent – zumindest laut Freiwilligensurvey – über dem europäischen Durchschnitt liegt (zu den Spitzenreitern zählen die Niederlande, Österreich, Schweden und Großbritannien) (Europäische Kommission 2010: 4). Für diesen Befund gilt allerdings der Vorbehalt, dass die Fragestellungen in den einzelnen Ländern nicht ganz identisch waren.

### **1.5 Allgemeine Motive bürgerschaftlichen Engagements**

Neben den Ergebnissen des Freiwilligensurvey sind auch die Befunde einer repräsentativen Studie zu den Motiven für bürgerschaftliches Engagement im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2014 interessant. Diese zeigen, dass bei den 23 Millionen ehrenamtlich engagierten Menschen in Deutschland die Freude am Engagement sowie der Wunsch im Vordergrund steht, mit dem eigenen Engagement anderen Menschen helfen zu können. Die Studie widmete sich auch den Fragen, welche Muster der Annäherung an eine Freiwilligenaktivität bestehen, wie lange unterschiedliche Gruppen von Freiwilligen engagiert bleiben, was zu Unterbrechungen oder zum Abbruch der Freiwilligenaktivität führt und was zur Wiederaufnahme des einst unterbrochenen Engagements. Im Zentrum standen über bisherige Informationen hinausgehende Erkenntnisse hinsichtlich spezifischer Lebenssituationen von Freiwilligen, die zur Aufnahme oder zum Abbruch von Engagement führen.

In der Umfrage wurden 24 Motive des Engagements untersucht. Die Auswahl dieser Motive beruhte auf früheren Analysen, die das Allensbacher Institut für Demoskopie sowie andere Institute in den vergangenen Jahren durchgeführt hatten. Neben den oben erwähnten altruistischen Motiven, etwas für andere zu tun (86 %), und der Freude am Engagement (95 %) wurden weitere wichtige Motive benannt: die Ausrichtung auf eine besondere Gruppe oder ein besonderes Anliegen (82 %), die Möglichkeit, etwas mit dem Engagement zu bewegen (83 %) oder der Wunsch, Dinge am Wohnort oder im lokalen Umfeld zu verändern und zu verbessern (70 %) (BMFSFJ 2014: 13 f.). Dieser Wunsch wurde aber nicht mit einem moralisch begründeten Pflichtgefühl verbunden. Etwas mehr als die Hälfte der Engagierten nennt als vorrangig den Wunsch, empfundene Missstände zu beheben (59 %), „etwas zurückzugeben“ oder sich zu revanchieren (54 %), beim Engagement vergleichsweise frei entscheiden und gestalten zu können (54 %) sowie die immaterielle Belohnung durch Wertschätzung und Anerkennung (54 %). Von einer Reihe weiterer und seltener genannten Handlungsgründen wurde am häufigsten religiöse Überzeugung angeführt (25 %). Auch wurde der Familientradition und der Sozialisierung ins Engagement vergleichsweise geringe Bedeutung beigemessen (24 %) (ebd.: 13 f.).

Stark ausgeprägt sind allerdings auch die „ichbezogenen Motive“, wie etwa der Wunsch nach Kontakten und sozialer Interaktion (82 %). Die freiwillig Engagierten gaben an, dass es für sie bedeutsam ist, eigenen Interessen und Neigungen nachzugehen (75 %) und dabei die persönlichen Stärken entfalten zu können (78 %). Von den Freiwilligen wurde auch häufig das Ziel genannt, Neues zu lernen und interessante Erfahrungen zu machen (71 %), d.h. das Engagement bietet

zugleich eine Abwechslung zum Alltag (67 %). Nutzenerwägungen im Hinblick auf Beruf und Ausbildung wurden von 19 Prozent der Befragten genannt, und finanzielle Anreize durch Übungsleiterpauschalen oder Aufwandsentschädigungen spielten bei 13 Prozent eine Rolle (BMFSFJ 2014: 13 f.). Etwa die Hälfte der Freiwilligen (46 %) gab an, dass sie (auch) deshalb aktiv sind, weil FreundInnen oder Bekannte sie dazu aufgefordert haben. Die Umfrage zeigt zudem, dass sich freiwilliges Engagement schon früh im Leben verankert.

Die Studie fasst die unterschiedlichen Motive in sogenannte „Motivbündel“ zusammen, um eine Verdichtung der Motivstrukturen und darauf aufbauend eine Typologie der Engagierten vorzunehmen. Dabei werden drei Kerngruppen identifiziert:

- 1) „Engagierte, die vorrangig durch Pflicht- und Wertvorstellungen motiviert werden, verbunden mit dem altruistischen Wunsch zu helfen. Zugleich geht es diesen Engagierten häufig darum, Dinge zu verändern, die ihnen missfallen.
- 2) Für eine andere Gruppe der Engagierten stehen eher Wünsche nach Abwechslung vom Alltag und nach Kontakten im Vordergrund.
- 3) Ein dritter Teil der Freiwilligen fühlt sich offenbar besonders durch die Möglichkeit angezogen, hier entsprechend den eigenen Fähigkeiten und Neigungen etwas für eine bestimmte Gruppe oder ein bestimmtes Anliegen zu tun“ (BMFSFJ 2014: 20 f.).

Die Umfrage förderte auch einige Akzentuierungen bei den Wertsetzungen und Werthaltungen zutage, die sich beim Kern der besonders aktiven Freiwilligen häufiger beobachten lassen: Engagierte blicken zudem etwas eher „über den Tellerrand“ des Alltagslebens als die nicht Engagierten. Als erstrebenswert erscheinen vielen von ihnen eine gute Bildung und die Teilnahme am kulturellen und politischen Leben. Verbunden damit ist das Interesse, etwas Neues zu lernen, ausgeprägter als bei anderen Gruppen. Zugleich legen die Engagierten auch in höherem Maße Wert auf einen erfüllenden Beruf sowie die Verwirklichung eigener Wünsche und Interessen. Hier gibt es also offenbar verstärkt den Antrieb, die eigenen Lebensumstände gemäß den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Deutlich seltener als anderen Gruppen geht es den Engagierten dagegen darum, sich in materieller Hinsicht viel leisten zu können. „Auch im Hinblick auf Genüsse beim Essen und Trinken oder ein gutes Aussehen entwickeln die Engagierten eher weniger Ambitionen als andere.“ (BMFSFJ 2014: 10)

In der Studie wurden auch die Engagementbiografien, d.h. die jeweiligen Lebensphasen der Freiwilligen, untersucht. Es zeigte sich, dass der Umfang und die Ausrichtung des bürgerschaftlichen Engagements eng mit den Lebensphasen verknüpft sind. Während sich jüngere Singles und kinderlose Paare bspw. stark im Sportbereich, im Unfall- und Rettungsdienst sowie auch im Bereich Freizeit und Geselligkeit engagieren, verringert sich die Beteiligung mit dem Berufseinstieg und einer festen Partnerschaft. Ein weiterer Einbruch erfolgt nach der Geburt des ersten Kindes. Damit verändern sich auch die Schwerpunkte des Engagements: Viele engagieren sich dann vermehrt in Kindergärten und Schulen oder auch im Sozialbereich, und hier sind auch die Frauen stärker beteiligt. Eltern mit bereits älteren Kindern beteiligen sich häufiger an bürgerschaftlichen Aktivitäten am Wohnort. Nach der Familienphase engagieren sich viele vergleichsweise häufig im Bereich Kultur und Musik, etwa in Chören oder Theatergruppen. Zudem widmet sich in dieser Phase ein vergleichsweise großer Anteil Tätigkeiten im Gesundheits- und

Sozialbereich. Nach dem Ende des Erwerbslebens, d.h. im Alter zwischen 60 und 75 Jahren, gibt es sehr häufig eine besonders aktive Phase bevor das Engagement deutlich sinkt (BMFSFJ 2014: 25 f.). Die Studie hebt hinsichtlich der Bedeutung der Sozialisation hervor: Wer sich früh engagiert, behält das Engagement zeitlebens bei (ebd.).

In diesem Zusammenhang ist auch die Analyse von Frantz (2005) zu Karrieren in NGOs interessant, denn sie gibt einige Hinweise auf die Motivation für eine berufliche Orientierung in zivilgesellschaftlichen Organisationen jenseits von Parteien und Unternehmen. Ihre zentralen Fragen hinsichtlich der Motivation lauten: Welches berufliche Selbstverständnis prägt die Tätigkeit in NGOs? Lassen sich Sozialisationsmuster herausarbeiten? Gibt es besondere Charakteristika der Berufsgruppe? Ein Ergebnis lautet, dass sich Befragte aus christlichen, normativen und politischen Motiven dafür entscheiden, im NGO-Bereich tätig zu sein (Frantz 2005: 80): „Die NGO-Hauptamtlichen präsentieren sich als relativ kompromisslose Verfechter der Vereinbarkeit von persönlichen Werten und organisationspezifischen Grundsätzen.“ (ebd.) Die Studie verdeutlicht, dass vor allem die familiäre Sozialisation den Ausschlag dafür gibt, ob eine Vernetzung mit kirchlichem bzw. säkularem Engagement entsteht. „In der Zeit der primären Sozialisation des Kind- und Jugendalters fällt auch die Entscheidung, ob durch Vorbilder oder Ideengeber in Familie, Schule und Jugendarbeit die Idee zu einer späteren Berufstätigkeit im internationalen oder ökologischen Bereich vermittelt wird.“ (ebd.: 270)

Frantz schlussfolgert vor dem Hintergrund ihrer Befragungen weiterhin, dass „in dieser Zeit den späteren NGO-Hauptamtlichen zivilgesellschaftliche bzw. gesamtgesellschaftlich relevante Werte vermittelt werden [...] Auf der Basis dieser Grunddisposition [...] stellt dann die Übergangsphase von der Jugend zum Erwachsenenalter für eine spätere NGO-Karriere eine signifikante Übergangsphase dar.“ (ebd.) In der Schul- und Jugendzeit ist der Kontakt zu kirchlicher und gesellschaftspolitischer Jugendarbeit, zu LehrerInnen und anderen engagierten Vorbildern prägend. In der Ausbildungsphase wiederum kommt das eigene Engagement in Initiativen, Vereinen und Verbänden hinzu (ebd.: 276).

Nur sehr wenige Studien, darunter die Analyse von Schulz (2010), befassen sich eingehend mit Motiven im Zusammenhang von Erwerbsarbeit, Qualifikation und Engagement. Schulz weist darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement gerade für Arbeitslose eine Brückenfunktion zurück in den ersten Arbeitsmarkt darstellen kann bzw. insgesamt neue Fachqualifikationen, soziale Kompetenzen sowie die Weiterentwicklung der Persönlichkeit vorantreiben kann. „Die Kompetenzen, die über ein freiwilliges Engagement erworben werden können, unterscheiden sich von denen, die in der Familie, in der Schule, an der Universität, in der Berufsausbildung oder am Arbeitsplatz erlernt werden und zeigen sich beispielsweise im Training der Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit des Meinungs austausches zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen, im Erwerb sozialer Kompetenzen, im Entdecken neuer Fähigkeiten oder im Ausprobieren bisher unbekannter Betätigungsfelder. Zu den spezifischen Vorteilen Arbeitsloser in einem freiwilligen Engagement gehören ferner auch die Stärkung der Persönlichkeit sowie der Identität und eine verbesserte Referenz bei Bewerbungen im ersten Arbeitsmarkt.“ (Schulz 2010: 329 ff.)

## 1.6 Zur Rolle von Gruppen, Vereinen und Verbänden

Bürgerschaftliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement kann in vielen und höchst vielgestaltigen Bereichen beobachtet werden: in politischen Parteien und Organisationen (z.B. Gewerkschaften), in zivilgesellschaftlichen Gruppen (Umwelt-, Menschenrechts-, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen, Nachbarschafts- und Bürgerinitiativen, Jugendgruppen und Verbänden), in Handwerkskammern, Innungen und Fachverbänden), in religiösen und sozialen Zusammenhängen (Kirchen, soziale Dienste wie die Betreuung von alten Menschen, Behinderten, Asylbewerbern, psychisch oder Suchtkranken) und auch in kulturellen Organisationen (Gesangsvereinen, Tanz-, Theatergruppen) (vgl. Moschner 1994).

In der Literatur wird auf deutliche Veränderungen des Engagements in den letzten 20 bis 30 Jahren hingewiesen. Während bis in die 1970er Jahre von einem traditionellen Engagement gesprochen wird, das sich durch langfristige Mitarbeit sowie fest organisierte Formen von Kooperation und Arbeitsteilung auszeichnet, gibt es seitdem einen Trend in Richtung eines kurzfristigen und projektorientierten Engagements (Wessels 1994; Brandenburg 1995; Beher/Liebig/Rauschenbach 1998).

Nicht zuletzt durch das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen wie der Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsbewegung entstanden in den 1980er Jahren auch neue Engagementformen, wie bspw. im Rahmen von Bürgerinitiativen, Selbsthilfe- und Betroffenenengruppen (Leggewie/Janßen 1997; Roth/Rucht 2008). Diese zeichneten sich nicht nur durch ein höheres Ausmaß an Flexibilität und Eigenverantwortung aus, sondern beinhalteten häufig auch ein gesteigertes Interesse an Selbstfindungsprozessen und einem gesamtgesellschaftlich orientierten politischen Veränderungswillen. Hier zeigen sich vor allem deutliche Unterschiede hinsichtlich der Alterskohorten. Jugendliche sind wesentlich seltener bereit, sich in Großinstitutionen zu engagieren; sie neigen zu neuen Formen der Ehrenamtlichkeit. Auch kommt der persönlichen Entfaltung ein deutlich stärkeres Gewicht zu als im Falle traditioneller Formen des Ehrenamts (Neumann/Hübinger 1999; Strümpel 1999).

Neben den generationsbezogenen Auffälligkeiten lassen sich auch genderspezifische Unterschiede der Vereins- und Verbandsarbeit feststellen: Während die politischen und sozialadministrativen Aufgaben sowie die Rettungs- und Sanitätsdienste eher eine Domäne der Männer sind, engagieren sich Frauen typischerweise im sozialen Bereich (Strümpel 1999) wie der Alten- und Familienhilfe sowie im Krankenhaus (hier sind fast ausschließlich Frauen ehrenamtlich tätig). Männer übernehmen auch eher repräsentative Positionen (z.B. Beirats- oder Vorstandsarbeit), die mit Macht und gelegentlich auch Prestige verbunden sind.

Nur wenige Studien befassen sich gezielt mit der Problemsituation der Umweltgruppen bzw. -verbände. Dazu gehört die Studie von Haack (2003), die sich auf der Grundlage von qualitativen Umfragen der besonderen Situation der Engagierten in den Naturschutzverbänden widmet. Ein Hauptbefund lautet, dass die Engagierten mit sehr hohen Anforderungen, finanziellen Belastungen, ineffizienten Arbeitsweisen, verhärteten Gruppenstrukturen und einer schlechten Betreuungssituation zu kämpfen haben. Eine weitere qualitative Studie „Umweltengagement im Aufbruch“, die vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung durchgeführt wurde, zeigt ähnliche Hürden für ein Engagement im Umwelt- und Naturschutz auf:

Strukturkonservatismus in den Verbänden und fehlende passende Angebote bzw. Ansprache von Engagementinteressierten (Göll/Henseling 2005). Angesichts des veränderten Engagementverhaltens vor allem von jungen Menschen in Richtung eines kurzfristigen und projektorientierten Engagements reagieren die Umweltgruppen und -verbände zu schwerfällig auf die neue Situation. Den Studien des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge ist allerdings das Engagement der Generation unter 30 Jahren für den Natur- und Umweltschutz zwischen 2000 und 2015 stabil geblieben (jeweils rund 14 %), während sich die Zahl der ehrenamtlich Aktiven in dieser Generation sogar von 11 auf 14 Prozent erhöht hat.<sup>7</sup>

Eine Studie von Sanders (2004) im Auftrag des Deutschen Naturschutzrings ergibt, dass die meisten jungen Erwachsenen die Aktivitätsformen in den Erwachsenenverbänden, wie Vorstandsarbeit oder Arbeitskreise, sehr unattraktiv finden (Sanders 2004: 44). Die Dauer der Gremiensitzungen, die Anforderungen, den Aufwand und die Ergebnisse fanden die Befragten problematisch bzw. schwer überschaubar.

Obgleich die Beteiligung von Umweltgruppen und -verbänden in formellen Verfahren nach wie vor wichtig ist, in immer stärker fachlich und professionell orientierten Bahnen verläuft und zudem die Rechte von anerkannten Umweltverbänden nach dem novellierten Bundesnaturschutzgesetz sogar erweitert wurden (Verbandsklage), somit auch mehr Engagementmöglichkeiten bieten, weisen die Präferenzen Jugendlicher in eine andere Richtung, nämlich die Abkehr von einem geregelten und langfristigen Engagement.

Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz hängt laut Löw und Klein von zwei zentralen Faktoren ab: „Zum einen von dem realistischen Bild der tatsächlichen Situation in den Vereinen und Verbänden. Zum anderen von dem Erkenntnis- und Veränderungswillen der Vereine und Verbände und damit von der beharrlichen Bereitschaft, Konsequenzen zu ziehen.“ (Klein/Löw 2006: 46)

## **1.7 Zwischenbilanz und Forschungslücken**

Die Übersicht der Studien zu den Motiven und Einstellungen der Engagierten sowie den Möglichkeiten und Bedingungen des Engagements in den Organisationen zeigt, dass längerfristige Aufgaben und Funktionen etwa für die Hälfte aller Aktiven interessant sind. Die andere Hälfte beteiligt sich an kurzfristigen, nicht verbindlichen Aktivitäten (hier ist die Tendenz vor allem bei den Jüngeren steigend). Es engagieren sich eher die höher gebildeten Männer sowie Senioren über 65, während sich Frauen etwas weniger, Arbeitslose und MigrantInnen mit einfachen Sozial- und Bildungshintergrund deutlich weniger beteiligen. Jugendliche neigen eher zu neuen Formen der Ehrenamtlichkeit; der persönlichen Entfaltung kommt ein deutlich stärkeres Gewicht zu. Insgesamt spielen die jeweiligen Lebensphasen und auch die Sozialisation eine große Rolle.

Der Umweltbereich zählt eher zu den kleinen Engagementbereichen. Das Engagement auf dem Land ist größer als in der Stadt. Frauen engagieren sich weniger im Umweltbereich, aber dafür

---

<sup>7</sup> Online unter: [http://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA\\_Praesentationen/2015/AWA\\_2015\\_Jugendkultur\\_Sommer.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA_Praesentationen/2015/AWA_2015_Jugendkultur_Sommer.pdf), zuletzt aufgerufen am 25.08.2015.

während der Familienphase stark im sozialen Bereich, bspw. im Kindergarten, in der Schule und in der Kirche. Häufig sind die Engagierten über Freunde und Bekannte mobilisiert worden.

Hinsichtlich der institutionellen bzw. organisatorischen Bedingungen wird in den Studien darauf hingewiesen, dass die Engagierten über ungünstige Bedingungen in den Vereinen und Verbänden klagen. Kritisiert werden ineffiziente Arbeitsweisen, verhärtete Gruppenstrukturen, hohe Erwartungen bzw. Anforderungen sowie schlechte Betreuungsbedingungen.

Den Untersuchungen zufolge sind altruistische Motive, d.h. etwas für andere zu tun, sowie die Freude am Engagement, bedeutsam. Auch die Ausrichtung auf eine besondere Gruppe und die Möglichkeit, etwas mit dem Engagement zu bewegen und Zustände am Wohnort oder im lokalen Umfeld zu verändern und zu verbessern, spielen eine große Rolle. Gleichzeitig nennen einzelne Studien im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement den Wunsch von Befragten, weitergehende Kompetenzen zu erwerben (Training der Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit des Meinungs austausches etc.).

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gibt es trotz umfangreicher Forschungen und Umfragen noch deutlichen Forschungsbedarf. Die primär deskriptiven Erhebungen des Freiwilligen-survey geben in mancher Hinsicht einen guten Überblick, aber weisen auch einige gravierende Lücken auf: Diese betreffen bspw. informelle Lernprozesse, die möglichst auch im Zusammenhang mit unterschiedlichen Lebensphasen untersucht werden sollten. So dürften Lernprozesse bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinsichtlich des Kompetenzerwerbs eine große Rolle spielen. Es gibt nur wenige Informationen über das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Engagement im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl an prekären Arbeitsverhältnissen im Dritten Sektor (als der Bereich zwischen Staat, Markt und Familie). Von einer tiefer gehenden qualitativen Forschung zu Engagementbiografien, die auf ethnologischen und psychologischen Ansätzen aufbaut, dürften hier wichtige Erkenntnisse zu erwarten sein.

Große Forschungslücken bzw. eine mangelhafte Datenlage bestehen im Bereich des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund. Deutliche Forschungslücken bestehen hinsichtlich des Engagements außerhalb der etablierten Organisationen. Diese betreffen vor allem die eher informellen Bereiche des Engagements, wie bspw. Initiativen und Selbsthilfegruppen. Die letzte umfassende Bestandsaufnahme zu Bürgerinitiativen von Mayer-Tasch (1981) stützt sich auf Erhebungen aus den 1970er Jahren. Seitdem wurden keine flächendeckenden empirischen Bestandsaufnahmen zu Bürgerinitiativen in Deutschland vorgelegt. Weiterhin fehlen Erkenntnisse darüber, in welchem Maße das Internet und neue webbasierte Beteiligungsformen Engagement fördern und verbreitern.

Zukünftige Untersuchungen sollten sich auch mit den Fragen beschäftigen, unter welchen Umständen bisher nicht Engagierte zu einem Engagement bereit wären und unter welchen Umständen zuvor nur wenig Engagierte ihre Beteiligung erweitern würden.



## Kapitel 2: Einstellungen und Verhalten zur Umwelt

Um das Engagement für die Energiewende besser einschätzen zu können, sind vor allem die Studien zum Umweltverhalten und Umweltbewusstsein wesentlich. Sie liefern Erkenntnisse darüber, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft und Milieuzugehörigkeit die Umweltprobleme und damit verbundene Risiken und Gefährdungen wahrnehmen und welche praktischen Konsequenzen sie aus ihrem Wissen und ihren Einstellungen ziehen (z.B. hinsichtlich einzelner umweltrelevanter Verhaltensweisen wie Nutzung von Kraftfahrzeugen, Kaufverhalten etc.). Auch geben die Untersuchungen Aufschluss darüber, wie Menschen mit ihrem Handeln ihre soziale und materielle Umwelt beeinflussen und verändern und welche Rolle dabei der sozial vorstrukturierte Kontext spielt.

In den Forschungen zum Umweltverhalten wird das Thema Umweltbewusstsein als vielschichtiges und heterogenes Phänomen beschrieben. Die Studien weisen darauf hin, dass eine Vielzahl von Gründen und Motiven die Menschen dazu veranlasst, sich umweltgerecht oder nicht umweltgerecht zu verhalten (vgl. Preisendörfer 1999: 95). Dabei werden auch die unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Facetten des Verhaltens analysiert. So ist es durchaus möglich, „dass jemand Natur- und Tierschutz als etwas sehr wichtiges betrachten kann, sich aber dennoch nachweislich umweltschädlicher Verhaltensweisen bedient (z. B. häufiges Auto fahren, Konsum von Produkten aus Massentierhaltung)“ (Reese 2012: 36).

Einige Studien widmen sich auch dem gesellschaftlichen Umgang mit Umweltproblemen bzw. den Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur. Diese Wechselwirkungen haben sich seit der Industrialisierung, somit der intensiveren gesellschaftlichen Naturnutzung und Ausbeutung der Ressourcen, in ihren Auswirkungen verschärft. In der Folge veränderten sich auch die Natur- und Gesellschaftsbilder, die Wahrnehmung der Abhängigkeit, der Gestaltbarkeit und Kontrollierbarkeit von Umwelt und Natur (Brand/Reusswig 2015: 7).

Wegen der Vielzahl von Gesichtspunkten und Einflussfaktoren ist die Forschung zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen angesiedelt, wie z.B. der Psychologie, der Soziologie sowie den Wirtschaftswissenschaften. Die wissenschaftliche Debatte zum Umweltbewusstsein begann Anfang der 1970er Jahre in den USA, wo sich einige PsychologInnen verstärkt diesem Thema im Rahmen der Einstellungsforschung zuwandten (Maloney/Ward 1973). In Deutschland konzentrierte sich die Forschung in den 1980er Jahren zunächst sehr stark auf das Wissen um Umweltprobleme und die kognitiven Elemente des Umweltbewusstseins (Lange 2000: 20). Nachfolgend präsentieren wir die Ergebnisse der unterschiedlichen Disziplinen und Ansätze zu Forschung über Motive des Umweltengagements und zum Umweltbewusstsein.

## 2.1 Motive und Einstellungen zu Umwelt- und Klimaschutz

Um die Rolle des Engagements für Umweltbelange und zur Unterstützung der Energiewende genauer in den Blick zu nehmen, sind neben den allgemeinen Ergebnissen zu Motiven für zivilgesellschaftliches Engagement (siehe Abschnitt 1.5) auch die Einstellungen zu Umwelt- und Klimaschutz von besonderer Bedeutung. Den besten Überblick dazu bieten die Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2014 sowie der Naturschutzstudie des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Umweltbundesamtes bzw. Bundesamt für Naturschutz (BfN).

Die Umweltbewusstseinsstudie zeigt, dass umweltpolitische Ziele aus Sicht der Bevölkerung eine hohe Wertschätzung genießen und ihnen zunehmend eine übergeordnete strategische Relevanz im Verhältnis zu anderen zentralen Politikbereichen zugeschrieben wird. Im Hinblick auf politische Ziele wie „Wohlstand sichern“ und „Arbeitsplätze schaffen“ hat der Umwelt- und Klimaschutz an Bedeutung gewonnen: „Knapp die Hälfte aller Befragten hält Umwelt- und Klimaschutz für eine grundlegende Bedingung, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen. Für etwas mehr als die Hälfte ist dies auch zur Sicherung von Wohlstand zutreffend.“ (BMBU 2015: 8)

Umwelt- und Klimaschutz wird also als Querschnittsaufgabe angesehen, die integraler Bestandteil bei der Lösung vieler politischer Aufgaben sein sollte. Fast drei Viertel der Befragten (72 %) hegen zunehmend Zweifel, ob das herkömmliche Modell des Wirtschaftswachstums zukunftstauglich ist. „Allerdings können sich nur wenige Befragte Alternativen zur gängigen Wachstumsstrategie vorstellen, mit denen sich ihre Lebensqualität gleichermaßen sichern ließe.“ (BMBU 2015: 12) Eine große Mehrheit der Befragten (86 %) ist der Auffassung, dass wir durch unsere Lebensweise für viele Umweltprobleme auch in ärmeren Ländern verantwortlich sind und ganz generell die Umweltbedingungen unserer Kinder und Enkelkinder gefährden.

Sozial-ökologische Innovationen wie verkehrsberuhigte Städte oder fleischarme Ernährung betrachtet eine große Mehrheit (82 %) als einen positiven Beitrag zur Lebensqualität (BMBU 2015: 12). Auch verschiedene Formen der gemeinschaftlichen Nutzung (Ausleihen, Tauschen) und Nutzungsverlängerung (Reparieren, Weitergeben) von Produkten stoßen auf mehrheitliches Interesse (75 %). Ein ähnlich hoher Anteil der Bevölkerung kann sich eine kollektive Nutzung von Gütern etwa im Rahmen von Carsharing zumindest vorstellen.

Nachhaltige Konsumalternativen haben gegenüber weiter zurückliegenden Umfragen stark an Bedeutung gewonnen: 71 Prozent der Befragten gaben an, dass sie beim Kauf von Haushaltsgeräten immer oder häufig auf Energieeffizienz achten; 39 Prozent haben bereits Erfahrungen mit Ökostrom gesammelt, und weit über ein Drittel der Befragten (38 %) bekundeten, häufig Fisch aus nachhaltig bewirtschafteten Beständen zu kaufen. Bei anderen Produkt- und Konsumbereichen, z.B. Bekleidung, Geldanlagen oder Mobilität, fristen die umweltfreundlichen Varianten dagegen bislang eher ein Nischendasein. In Kapitel 3 werden wir noch eingehender auf die Ergebnisse zu den verschiedenen Aspekten des Klimaschutzes und konkreter Maßnahmen im Rahmen der Energiewende eingehen.

Wie weiter oben schon erwähnt veröffentlichte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in den Jahren 2009 und 2011 zwei Naturbewusstseinsstudien, die sich mit Ansichten, Einstellungen, Werten und Handlungen von Menschen in Bezug zur Natur und zum Schutz der biologischen Vielfalt beschäftigten. Bei diesen Studien handelt es sich – ähnlich der Umweltbewusstseinsstudie – um eine repräsentative bundesweite Bevölkerungsumfrage zu Natur, Naturschutz, Naturbewusstsein und biologischer Vielfalt (BMU/BfN 2009 und 2011).

Als wichtige persönliche Gründe für den Naturschutz werden in der Studie neben den Gesundheits- und Erholungsfunktionen der Natur auch die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen und das Existenzrecht von Tieren und Pflanzen genannt. Von den erfragten Begründungen für Naturschutz werden sogenannte „Glücks-„ und „Gerechtigkeitsargumente“ stärker bevorzugt als ökonomische Aspekte, welche aktuell eine große Rolle im öffentlichen und politischen Diskurs über Naturschutz spielen (ebd.: 14).

Gegenstand der „Naturbewusstseinsstudie 2011“ war auch die Zustimmung zur Energiewende sowie zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und den wahrgenommen landschaftlichen Veränderungen, die mit dem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energiequellen einhergehen (können). Zum Erhebungszeitpunkt der Umfrage (November 2011 bis Januar 2012) war ein starker Rückhalt für die Energiewende in Deutschland zu verzeichnen (63 % der Befragten). Weitere 26 Prozent gaben an, unentschieden zu sein, und nur 6 Prozent lehnten die Energiewende ab. Besonders stark ist die Zustimmung zur Energiewende bei Befragten mit hoher Bildung und hohem Einkommen; sie ist zudem bei jüngeren Befragten höher als bei Befragten über 66 Jahren. Zudem wird die Energiewende in den westlichen Bundesländern deutlich stärker befürwortet als im Osten. Die Akzeptanz zu den Landschaftsveränderungen durch erneuerbare Energien ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen (BMU/BfN 2012).

Im Rahmen eines Forschungsvorhabens für das Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt führte das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung eine auf unterschiedliche Zielgruppen fokussierte Studie zum Thema „Motivation der Bevölkerung, sich für Umwelt- und Naturschutz zu engagieren“ durch. Die Zielgruppen gliederten sich in: passive Mitglieder, neue Ehrenamtliche, potenziell Interessierte und Uninteressierte/Uninformierte. Diese gruppenspezifische Herangehensweise erlaubt laut Aussage der Autoren eine genauere und systematischere Perspektive, die wiederum helfen kann, die am Engagement interessierten BürgerInnen zu mobilisieren: „Um Menschen zum gesellschaftlichen Engagement zu bewegen ist es notwendig, sie 'dort abzuholen, wo sie stehen'.“ (Göll/Henseling 2005: 8)

Die Autoren unterscheiden zwischen der „klassischen“ Form des Engagements (als Mitglied einer Organisation/eines Vereins „auf Lebenszeit“, meist verbunden mit einer festen Funktion) und den „Neuen Ehrenamtlichen“ (ebd.). Die neuen (kurzfristigen und projektorientierten) Formen werden vor allem von jungen Menschen gewünscht, die in ihrem Engagement selbständig agieren wollen. Dabei stehen Selbstverwirklichung bzw. die Erkenntniserweiterung und die Erweiterung der Erfahrungen an vorderster Stelle, gepaart mit dem Wunsch, mit sympathischen Menschen zusammen zu kommen. Diese Erkenntnisse decken sich mit den allgemeinen Befunden ehrenamtlichen Engagements, die bereits in Kapitel 1 dargestellt wurden. Diese Beweggründe,

insbesondere die Neigungen jüngerer Generationen zu einem eher „situativen Engagement“ in verschiedenen Engagementbereichen, sind nicht neu (Rucht 2003); aber sie stehen heute stärker im Zentrum und finden auch eher soziale Anerkennung. Die persönliche Qualifizierung durch Verantwortungsübernahme wird wesentlich positiver bewertet als in den 1980er und 1990er Jahren, was sich nicht zuletzt an den Kriterien für die Personalauswahl in manchen Berufszweigen zeigt.

Im Mittelpunkt der Analyse von Göll und Henseling standen Interviews in sogenannten Fokusgruppen. Verschiedene Motive für ein Umweltengagement werden identifiziert (Göll/Henseling 2005: 8):

„An erster Stelle steht dabei die Möglichkeit, gesellschaftlich etwas zu verändern und Missstände, vor allem die Umweltzerstörung bekämpfen zu können. Es geht darum, den gesellschaftlichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum aktiv wahrzunehmen und zu nutzen. Für viele spielt dabei die persönliche Betroffenheit – sei es durch lokale Umweltprobleme oder durch bestimmte negative Schlüsselerlebnisse – eine Rolle. Wichtig ist (insbesondere in der Gruppe der Neuen Ehrenamtlichen) auch das Motiv, durch das ehrenamtliche Engagement eigene Ideen und Projekte verwirklichen zu können.“

Im Einklang mit Befunden der thematisch übergreifenden Engagement- und Protestforschung, die ein Interesse am Thema nur als eine Voraussetzung für entsprechende Aktivitäten benennen, meinen Göll und Henseling, das Interesse am Umwelt- und Naturschutz allein reiche in der Regel nicht aus, um tatsächlich aktiv zu werden. Den Ausschlag zum Engagement geben meist persönliche Kontakte oder die Teilnahme an Aktivitäten von Organisationen und Verbänden („Gelegenheitsstrukturen“). Die Autoren weisen darauf hin, dass sowohl das Engagement als auch die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung stark durch das persönliche Umfeld, durch Erfahrungen und eigene Erlebnisse geprägt sind. Das soziale Umfeld (Familie, FreundInnen, Bekannte und KollegInnen) spielen eine große Rolle für die Ausprägung und Form der Engagementbereitschaft. Die Studie von Göll und Henseling ermittelt (anders als andere Studien) auch einen starken Zuwachs an Engagementbereitschaft in der Altersgruppe der 18-bis 24-Jährigen, und zwar primär unter Auszubildenden, SchülerInnen und Studierenden.

Treiber für das ehrenamtliche Engagement sind laut Göll und Henseling (2005) häufig auch praktische Motive. Die Engagierten wollen nicht nur Zeit zur Verfügung stellen bzw. in die Organisation oder das Projekt investieren, sondern auch für sich etwas mitnehmen (z.B. neue Fähigkeiten erlernen, Kompetenzen ausbauen). Das Engagement soll auch für das Studium oder den Beruf genutzt werden können (z.B. durch Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements als Studien- oder Berufspraktikum). Ein kleiner Teil der Befragten sieht in seinem Engagement zudem eine sinnvolle Beschäftigung, um Phasen der Arbeitslosigkeit oder der geringfügigen Beschäftigung zu überbrücken. Und schließlich wird auch in dieser Studie die soziale Komponente betont, d.h. die Zusammenarbeit mit Anderen und das Verfolgen gemeinsamer Ziele werden als wichtige Gründe hervorgehoben.

„Bei denjenigen, die nicht ehrenamtlich aktiv sind, Umweltorganisationen aber finanziell unterstützen, spielt neben den oben genannten Motiven vor allem auch der Wunsch, Umweltverbänden ein stärkeres politisches Gewicht zu geben, eine Rolle (Unterstützung der

Lobbyfunktion der Verbände).“ (Göll/Henseling 2005: 8) "Des Weiteren hat die finanzielle Unterstützung einer Umweltorganisation für viele auch eine Art Stellvertreterfunktion. Da sie aus Zeitknappheit oder anderen Gründen nicht selbst aktiv werden können oder wollen, unterstützen sie einen Verband, damit sich dieser (gewissermaßen 'stellvertretend') für Umweltbelange einsetzen kann“ (ebd.: 9).<sup>8</sup>

Die Studie ging zudem der Frage nach den „Einstiegshürden“ für ein Engagement nach und erarbeitete Empfehlungen, wie diese Hürden herabgesetzt werden können und wie sich zielgenaue, attraktive Angebote für eine Mitarbeit schaffen lassen. Vor allem bei den „Passiven Mitgliedern“ und den „Potenziell Interessierten“ existieren große Potenziale für ein Engagement im Umweltbereich (ebd.: 10).

## **2.2 Lücke zwischen Wissen und Handeln**

Die zitierten Studien belegen eine relativ hohe Bereitschaft, sich für Belange des Umwelt- und Naturschutzes zu engagieren. Allerdings setzt sich dieses Potenzial nur zu einem Teil in tatsächliches Handeln um. Auch dies ist kein Spezifikum des Umweltbereichs, sondern zeigt sich bei einer Vielzahl von Studien auch zu anderen Politikfeldern. Der Diskrepanz zwischen thematischem Interesse, teilweise auch erklärter Handlungsabsicht und tatsächlichem Verhalten wurde zum Beispiel im Rahmen der Protest- und Bewegungsforschung systematische Aufmerksamkeit geschenkt (z.B. Klandermans/Oegema 1987).

Immer wieder wurde auch in der (Umwelt-)Psychologie auf die „Kluft zwischen Bewusstsein und Verhalten“ hingewiesen (Hines et al. 1987; Kraus 1995,). Diese Erkenntnis führte zu einer vielschichtigen Forschung, die sich nicht nur dem Wissen um Umweltprobleme widmete. Auch die Gewohnheiten und stark habitualisierte, nur schwer zu durchbrechende Alltagsroutinen, sozioökonomische und demographische Faktoren (wie Einkommen, Bildung, Geschlecht oder Alter), Stress oder die individuellen (und sich möglicherweise widersprechenden) Einstellungen und Fähigkeiten (z.B. individuelles Verantwortungsgefühl) rückten ins Zentrum des Interesses und wurden als Erklärungsfaktoren hinzugezogen (Kuckartz/Rheingans-Heintze 1997: 5; Neugebauer 2004: 25).

Die Erkenntnis, dass Wissen und Aufklärung häufig nur wenig Einfluss auf das Umweltverhalten

---

<sup>8</sup> Kritisch wird mit Blick darauf von einem „Scheckbuchaktivismus“ gesprochen. Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen vielen Menschen, die regelmäßig an Greenpeace Deutschland spenden, und der vergleichsweise sehr geringen Zahl von Menschen, die aktiv an Vorhaben und Aktionen von Greenpeace beteiligt sind. Auf der Website der Organisation heißt es: „In Deutschland ist die Energiewende inzwischen beschlossene Sache. Ein Ziel, für das Greenpeace mehr als 30 Jahre gekämpft hat. Und ein Erfolg, den wir vor allem unseren vielen Ehrenamtlichen verdanken. Rund 5000 Menschen engagieren sich in Greenpeace-Ortsgruppen und rund 590.000 unterstützen Greenpeace finanziell. Greenpeace lebt vom Mitmachen.“ Online unter: <http://www.greenpeace.de/mitmachen/aktiv-werden>, zuletzt aufgerufen am 15.8.2015.

haben, erklärte Shove bspw. dadurch, dass die mit den jeweiligen Alltagspraktiken verknüpften sozialen und an materiellen Dingen orientierten Alltagsroutinen und die daraus erwachsenden Normalitätserwartungen eine entscheidende Rolle dafür spielen, ob und inwieweit neue ökologische Verhaltensweisen in das Alltagshandeln integriert werden (Shove 2005: 111).

Laut Reese (2012) wird die Bandbreite an Verhalten, welche innerhalb der Bevölkerung der Umwelt entgegengebracht wird, nur zu rund einem Sechstel durch allgemeine Einstellungen zur Umwelt erklärt. Diese Zahlen decken sich mit den Ergebnissen aus anderen Studien: Haan/Kuckartz kommen in ihrer Studie auf einen Zusammenhang zwischen Wissen und Handeln bei 20 Prozent der Befragten (Haan/Kuckartz 1996); in der Studie von Pöferl/Schilling/Brand (1997) sind es 10 Prozent. Damit sich solche Einstellungen in entsprechendes Handeln umsetzen, sind laut Ajzen und Fishbein (2005) drei zentrale Faktoren bedeutsam: Erstens muss die Einstellung einer Person gegenüber einem bestimmten Verhalten positiv bewertet werden (Kosten-Nutzen-Abwägung). Zweitens spielen die Einschätzung der Anderen und die Motivation der Person, dieser Norm zu entsprechen, eine große Rolle. Und schließlich sind auch noch die (subjektiven) Möglichkeiten einer Person wichtig, diese Barrieren zu überwinden. Bedeutsam sind somit auch die Kontextfaktoren, wie z.B. die kulturelle Herkunft und das soziale Milieu.

### **2.3 Umweltbewusstes Verhalten als Kosten-Nutzen-Abwägung**

Im Diskurs um eine ökologische Modernisierung gewann das Argument an Bedeutung, dass sich umweltverträgliches Handeln am ehesten durchsetzen wird, wenn es durch ökonomische Anreize begünstigt wird. Eine Möglichkeit dazu ist die Internalisierung der ökologischen Kosten des Wirtschaftens. Mit anderen Worten: Wenn die Nutzung von Umwelt teurer wird und ihren tatsächlichen Preis widerspiegelt, dann wird jede Person ihren Umweltverbrauch neu und anders bewerten. Aus dieser Perspektive resultiert umweltgerechtes Handeln nicht primär aus höherem Umweltbewusstsein, sondern entspringt einem rationalem Kostenkalkül. Untermuert wird dieser Gedanke in Rational Choice-Theorien (vgl. Diekmann/Voss 2004).

Dem entspricht auch die Low Cost-These von Diekmann/Preisendörfer (2001), der zufolge sich Menschen nur dann umweltbewusst verhalten, wenn damit geringe Kosten verbunden sind. Dabei spielt die subjektiv wahrgenommene Distanz zwischen VerursacherInnen und Betroffenen (z. B. beim globalen Klimawandel) eine Rolle. Ein weiteres Argument wird von Schaan vorgebracht: Umweltfreundliches Verhalten hat eine größere Chance, wenn es nicht mit (gravierenden) Konflikten mit anderen Zielen verbunden ist (Schaan 1996: 25).

Ogleich unbestreitbar ist, dass Kosten-Nutzen-Erwägungen bei bestimmten Entscheidungen eine wichtige oder gar ausschließliche Rolle spielen, ist darauf hinzuweisen, dass bei einer Vielzahl von Verhaltensweisen andere Faktoren auch oder sogar ausschlaggebend beteiligt sind. Dem versuchen manche Rational Choice-VertreterInnen durch eine Ausweitung der Arten von Kosten und Nutzen (insbesondere durch Einbeziehung immaterieller Werte), etwa im Hinblick auf die Motivation zur Beteiligung an Protesten zu begegnen (Opp 2009). Kritiker sehen darin eine Überdehnung des Konzepts (Rucht 2001). Auch innerhalb der Ökonomie wird inzwischen

bestritten, dass wirtschaftliches Handeln allein auf die Figur eines rational handelnden *homo oeconomicus* reduziert werden kann.

## **2.4 Umweltbewusstes Verhalten und das Allmende-Dilemma**

Unter den Stichworten „Allmende-Dilemma“ oder „Tragedy of the Commons“ (Hardin 1968; Ostrom 1999) wird die Kollektivgutproblematik diskutiert. Die „Tragik der Allmende“ beschreibt das Problem begrenzter Ressourcen, welche aber zugleich frei verfügbar sind. Bei freiem Zugang zu Kollektivgütern (wie Luft, Wasser oder Gemeineigentum an Grund und Boden) tendieren einzelne AkteurInnen zur Übernutzung der vorhandenen Ressourcen. Dies führt zu einer kollektiven Selbstschädigung. Die jahrzehntelange Untätigkeit hinsichtlich des Klimawandels oder auch die Überweidung und Überfischung werden oft als Beispiele der Zerstörung der Commons genannt. Gerade in modernen Gesellschaften mit ihrem hohen und folgenreichen Technologieeinsatz taucht diese Dilemma-Situation verstärkt auf (Brand/Reusswig 2015: 15).

Im Zusammenhang mit der Energie- und Ressourcenpolitik wird das Allmende-Dilemma intensiv diskutiert. Teilweise geht es hier um Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Zugleich besteht jedoch eine Rivalität auf Seiten der KonsumentInnen, da die Nutzung des Guts durch VerbraucherInnen zur Folge haben kann, dass dieses Gut anderen NutzerInnen nicht oder nicht mehr im vollen Umfang zur Verfügung steht. Der Grund für dieses Allmende-Dilemma wird in der Entkopplung individueller Handlungen von den aggregierten Handlungseffekten auf der Makroebene gesehen (Brand/Reusswig 2015: 15). So erscheint der individuelle Beitrag zum Schutz der Umwelt, den eine Person durch (Konsum-)Verzicht leistet, als äußerst gering Solange keine Gewissheit besteht, dass auch andere ihren Beitrag leisten, werden die Kosten des persönlichen Verzichts nicht akzeptiert.

## **2.5 Sozial-ökologische Kontextbedingungen**

In den soziologischen Studien zum Umweltbewusstsein werden zunehmend interpersonale und soziale Faktoren berücksichtigt (Orientierung an den Werten und Normen der jeweiligen Bezugsgruppe etc.). Dabei wird auch auf das komplexe Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren hingewiesen (Kuckartz 2008: 2). In den Blick kommen weiterhin externe Faktoren wie Handlungsanreize, Verfügbarkeit von Handlungsmöglichkeiten bzw. Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf das Handeln von Personen. Denn ohne die vorhandenen Infrastrukturen kann sich Engagement häufig auch weniger gut entfalten (z. B. wird im Falle eines fehlenden öffentlichen Personennahverkehrs umweltbewusstes Mobilitätsverhalten schwieriger).

Die humanökologischen bzw. sozialökologischen Studien zeigen, dass der Klimawandel und die Energiewende als ständige Auseinandersetzung mit der Natur zu interpretieren sind. Jede Veränderung im Naturverständnis hat auch Veränderungen im Gesellschaftsverständnis zur Folge (Groß 2006; Brand/Reusswig 2015: 12). Demnach bezieht die Soziologie nicht nur „das Soziale“ ein, sondern erstreckt sich auch auf das Selbstverständnis und das Verhältnis der industriegesellschaft-

lichen Moderne zur Natur (Beck 1991; Renn 1996). Diese Perspektive nehmen auch (neo-)marxistisch geprägte Ansätze ein. Im Kontext des regulationstheoretischen Ansatzes erfordern Auswege aus der ökologisch destruktiven Produktionsweise kapitalistischer Naturausbeutung einen grundlegenden Strukturwandel von Gesellschaften. Auch ein "grüner Kapitalismus" bringe somit keine Lösung (Görg 2003; Burkett 2006; Kaufmann/Müller 2009). Wie ein solcher Wandel aussehen kann, wird auch jenseits marxistischer Perspektiven in Ansätzen für eine ökosoziale Transformation beschrieben (Elsen et al. 2015).

## **2.6 Lebensstile, soziale Milieus und sozialstrukturelle Merkmale**

Viele soziologische Studien kritisieren die individualistischen und ökonomistischen Annahmen und Erklärungsversuche für menschliches Verhalten im Allgemeinen – und somit auch implizit für Umweltverhalten. Sie betonen stattdessen die soziale und kulturelle Einbettung sozialen Handelns und unterstreichen die Bedeutung des sozialen Umfeldes, der habituellen Strukturen, der Lebensstile und Milieus (Bourdieu 1982; Reusswig 1994a; Reusswig 1994b; Opaschowski 2001). Diese Begriffe werden in der Literatur allerdings sehr unterschiedlich verwendet bzw. erhalten sehr unterschiedliche Zuschreibungen. Entsprechende Ansätze werden nachfolgend skizziert.

### ***Lebensstile***

Ein „Boom“ der Lebensstilforschung lässt sich seit Ende der 1980er Jahre verzeichnen (Hradil 1987; Lüdtke 1989). Dies kann zu einem großen Teil darauf zurückgeführt werden, dass „klassische“ Vorgehensweisen der Sozialstrukturanalyse, wie die Einordnung von Menschen in Schichten und Klassen, immer weniger Erklärungskraft für menschliches Handeln boten (Beck 1983; Hermann 2004). Daraufhin wurde in einigen Ansätzen der Lebensstilforschung versucht, eine Alternative zu den Klassen- und Schichtbegriffen zu entwickeln. Nach einigen Jahrzehnten der Lebensstilforschung gestaltet sich das Forschungsfeld allerdings als sehr heterogen. So meint Hermann (2004: 155): „Es gibt kaum zwei Studien, die dieselbe Definition und dieselben Fragen zur Messung von Lebensstilen verwenden.“

Nach Reusswig birgt die Berücksichtigung von Lebensstilen für die Nachhaltigkeits- und Umweltforschung den Vorteil, dass sich damit „auch die sozialen Handlungsbarrieren und Widerstände gegen eine sozial und ökologisch verträgliche Lebensweise besser ermitteln [lassen] als über isolierte soziale und psychische Faktoren“ (1994b: 128). Lebensstilkonzepte versprechen darüber hinaus „praxisrelevant und anwendungsbezogen“ (Rink 2002: 16) zu sein. So werden bspw. zielgruppenspezifische Strategien der Nachhaltigkeits- und Umweltkommunikation erarbeitet, die auf die Bedürfnisse, Einstellungen und/oder Handlungen bestimmter Lebensstilgruppen zugeschnitten sind. Insbesondere die Abkopplung von nachhaltigem oder umweltrelevantem Handeln von einem spezifischen kognitiven Konstrukt wie Umweltbewusstsein wird als nicht zwingend angesehen, da nachhaltige Verhaltensweisen auch ohne ein entwickeltes Umweltbewusstsein möglich sind (vgl. Stieß/Götz 2002).



In der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung finden sich auch qualitative bzw. mehrere Methoden kombinierende Herangehensweisen zur Identifikation und Definition von nachhaltigkeitsrelevanten Lebensstilen. Eine bekannte Typologie hat Anfang der 2000er Jahre das Institut für Sozial-Ökologische Forschung (ISOE) entwickelt (vgl. Empacher et al. 2002; Empacher 2002). Dabei wurden zehn idealtypische Konsumtypen zu vier Zielgruppen zusammengefasst, die in unterschiedlicher Art und Weise auf Nachhaltigkeitsthemen reagieren: die Umwelt-Ansprechbaren, die schwer erreichbaren Überforderten, die Privilegierten und die ambivalenten Traditionellen. Aufbauend auf dieser Zusammenfassung der vier Zielgruppen hat das Institut für Sozial-Ökologische Forschung fördernde und hemmende Ansatzpunkte für eine Ökologisierungstrategie erarbeitet: Die schlecht gestellten Überforderten sind bspw. für das Thema Ernährung kaum ansprechbar, da sie sich nicht dafür interessieren und auch die gängigen Wege der Ernährungskommunikation nicht nutzen. Für diese Gruppe liegt ein mögliches Einfallstor für das Thema nachhaltige Ernährung in der Gesundheit der Kinder.

Degenhardt (2006) hat Gruppen untersucht, die sich durch ein hohes Umweltbewusstsein und ein aktives eigenes Handeln für die Umwelt auszeichnen. Er kommt zu dem Schluss: „An irgendeinem Punkt in ihrer Biografie wurden die Interviewpartner mit den ökologisch-sozialen Krisenerscheinungen der Industriegesellschaften konfrontiert, zu denen sie sich im Rahmen ihres biografischen Kontextes verhalten mussten.“ (ebd.: 92) In der Folge überdachten die Befragten Werte, Handlungsstrategien und eigene Routinen. Die Herausbildung einer „Nachhaltigen Identität“ muss demnach als Prozess verstanden werden, in dem die Befragten immer wieder eigene Muster auf den Prüfstand stellten und neue Muster in das eigene Handeln übernahmen (ebd.).

### **Soziale Milieus**

Im Vergleich zu den Lebensstilansätzen sind die Milieu-Ansätze (z.B. Vester et al. 2001; Otte 2004) umfassender, da sie neben dem Lebensstil auch die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen und sozialen Interaktionen berücksichtigen. In sozialen Milieus werden Gruppen von Menschen mit einer vergleichbaren sozialen Lage sowie mit vergleichbaren Lebensstilen und Wertorientierungen zusammengefasst. Sowohl die Berufs- und Erwerbsverhältnisse als auch die Arten der Lebensführung, die Mentalitäten, die Formen des sozialen Zusammenhalts und der politischen Beteiligung werden betrachtet. Am bekanntesten wurden die zehn sozialen Milieus des SINUS-Instituts (Bürgerliche Mitte, Traditionsverwurzelten, Hedonisten, Konsum-Materialisten, Etablierten, Postmateriellen, Moderne Performer, Experimentalisten, DDR-Nostalgische, Konservative).

Die Untersuchungen von Wippermann et al. weisen darauf hin, dass in einigen Milieus, wie z.B. den „Postmateriellen“, „Konservativen“ und „Etablierten“, positive Umwelteinstellungen weit verbreitet sind, während in anderen Milieus, z.B. bei den „Hedonisten“ und „Konsum-Materialisten“, der Umweltschutz einen deutlich geringeren Stellenwert einnimmt (Wippermann et al. 2009: 8). Dabei zeigt sich, dass die Umwelteinstellungen häufig in Konflikt mit persönlichen Wünschen stehen. Letztere sind in den Milieus sehr unterschiedlich. Während bspw. bei den „Etablierten“, den „Postmateriellen“ und der „Bürgerlichen Mitte“ der Wunsch nach dem

Eigenheim im Grünen die tägliche intensive Nutzung des eigenen Autos bzw. die Anschaffung eines Zweitautos nach sich zieht und zu einem umweltbewussten Verhalten im Konflikt steht, sind im Milieu der „Experimentalisten“ eher die Fernreisen als umweltschädliches Verhalten anzutreffen (ebd.: 124). Weiterhin zeigen Wippermann et al., dass sich einzelne Milieus, allen voran die „Traditionsverwurzelten“ und „Konsum-Materialisten“, hinsichtlich eines richtigen Umweltverhaltens überfordert sehen und die Verantwortung hierfür lieber an den Staat delegieren (ebd.).

Die im Abschnitt 2.1 vorgestellte Naturbewusstseinsstudie enthält auch Hinweise auf die nach sozialen Milieus differenzierten Verhaltensweisen bzw. Einstellungen: Besonders hoch ist die Wertschätzung für die Natur in den Milieus der „Sozialökologischen“ und „Liberal-Intellektuellen“ (beide je 7 % der Gesamtbevölkerung; Christ 2012: 23). Angehörige dieser Milieus sind eher als andere bereit, Verantwortung zu übernehmen und mit dem eigenen Handeln zum Schutz von Natur und biologischer Vielfalt beizutragen (Borgstedt et al. 2012). Den Gegenpol zu „Sozialökologischen“ und „Liberal-Intellektuellen“ bilden „Prekäre“ (9 % der Bevölkerung) und „Hedonisten“ (15 %). In diesen Milieus ist die Naturverbundenheit deutlich geringer; dem Schutz von Natur und biologischer Vielfalt wird seltener eine hohe Bedeutung zugeschrieben, die Bereitschaft, hierzu persönlich beizutragen, ist eher gering (Christ 2012: 24). Die Naturbewusstseinsstudie 2011 zeigt deutliche milieuspezifische Unterschiede hinsichtlich der Unterstützung der Energiewende: Eine ablehnende Haltung ist in den Milieus der „Prekären“ und „Hedonisten“ deutlich häufiger vertreten; hier sagen 13 bzw. 11 Prozent „Nein“. UnterstützerInnen der Energiewende finden sich vor allem in den Milieus der gesellschaftlich gut situierten „Konservativ-Etablierten“, „Sozialökologischen“, „Liberal-Intellektuellen“ und „Expeditiven“ sowie den der Mittelschicht zugehörigen „Adaptiv-Pragmatischen“. Hier liegt die Zustimmung zwischen 70 und 83 Prozent, und eine ablehnende Haltung wird nur von 2 bis 5 Prozent eingenommen (BMU/BfN 2012).

### ***Sozialstrukturelle Merkmale***

Die Naturbewusstseinsstudie 2011 vermerkt auch deutliche Unterschiede zwischen den Befragten, wenn sozialstrukturelle Merkmale zugrunde gelegt werden: Eine hohe Wertschätzung für die Natur und die biologische Vielfalt sowie eine starke Naturschutzorientierung zeigen vor allem Ältere und Gutgebildete. In diesen Gruppen ist auch die persönliche Verantwortung für den Schutz der Natur weiter verbreitet als im Rest der Bevölkerung. Die Bereitschaft, das alltägliche Handeln zumindest teilweise an diesem Ziel auszurichten, wächst mit Bildung und Einkommen. Dagegen gibt es bei den Geringverdienenden ein deutlich geringeres Naturschutzbewusstsein, und viele sind der Ansicht, dass sie dazu keinen großen Beitrag leisten könnten (BMU/BfN 2009 und 2011: 15).

Lebensstile und Wertorientierungen haben einen starken Einfluss auf die Meinungen und Einstellungen zum Umwelt- und Klimaschutz; sie differenzieren im Hinblick auf die meisten Dimensionen noch mehr als soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Einkommen. Die Milieuperspektive liefert darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zum Verstehen von Mustern der Umwelteinstellung (Habich 2013; Bremer/Lange-Vester 2014). Auch

Göll/Henseling (2005: 7) weisen darauf hin, dass je genauer und aufmerksamer die konkreten Lebenssituationen bzw. der Lebensstil von Engagierten wahrgenommen werden, desto deutlicher können unterschiedliche Motivationen identifiziert werden.

## 2.7 Bündelung von Motiven

Weiter oben wurde schon angedeutet, dass umweltbewusstes Verhalten meistens nicht nur auf ein einziges Motiv zurückgeführt werden kann, sondern dass sehr häufig Motivbündel vorliegen: z.B. die Sorge um die Umwelt, die Liebe zur Natur, das Bewusstsein um ihre Gefährdung und/oder die Einsicht in die Mitverantwortung für den Zustand der Umwelt (vgl. Lantermann 1999: 7). Diesen spezifischen Motiven liegen moralische Wertvorstellungen zugrunde, z.B. dass die Natur etwas Wertvolles und Schützenswertes ist, die den Nachfahren möglichst unversehrt weitergegeben werden sollte. Die psychologischen Studien, die auf der individuellen Ebene sich diesen Motivbündeln zugewandt haben, unterscheiden drei Bereiche: den kognitiven (Wissen und rationale Bewertungen), den affektiven (Betroffenheit und Gefühlsäußerungen) und den konativen (Verhaltensintentionen) Bereich. Umweltfreundliches Verhalten bedarf letztlich der Aktivierung aller drei Bereiche (Neugebauer 2004: 3; Hunecke 2008: 99).

Andere AutorInnen weisen darauf hin, dass umweltfreundliches Verhalten ein entsprechendes Angebot und eine entsprechende Infrastruktur voraussetzen, d.h. dass die „ökologischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft (Landschaft, Wasserverfügbarkeit, Klima, aber auch ökonomische, rechtliche, wissenschaftliche und technische Gegebenheiten)“ eine entscheidende Rolle für umweltgerechtes Verhalten spielen (Kruse 2002: 12). Einflussreich sind auch soziale Faktoren, wie bspw. eine wichtige Bezugsperson und Naturerlebnisse sowie eine gezielte Umweltbildung in der Kindheit und Jugend (vgl. Langeheine/Lehmann 1986: 378).

Neben den unterschiedlichen Motiven sind auch unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen von Bedeutung: Individuelles Verhalten kann sich in den umweltrelevanten Handlungs- und Problemfeldern „Energie“, „Mobilität“, „Ernährung“ etc. deutlich unterscheiden (vgl. die Ausführungen in Kapitel 3). Eine Person kann beispielsweise sehr viel Wert auf erneuerbare Energien und den Kauf regionaler Produkte legen, aber sich zugleich wenig umweltfreundlich verhalten, indem sie das eigene Auto häufig nutzt und Fernreisen unternimmt.

Eine differenziertere Problemsicht auf die Umwelteinstellungen ermöglichen zudem geschlechtsspezifischen Analysen, die seit vielen Jahren fester Bestandteil der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung sind (Schultz et al. 2006). Schon seit den 1990er Jahren weisen Studien darauf hin, dass Frauen über ein größeres Umweltbewusstsein verfügen als Männer (vgl. Empacher et al. 2001). Dabei bestehen die geschlechtsspezifischen Differenzen sowohl in der Einschätzung der Relevanz umweltbezogener Themen als auch im Verhalten: Frauen ist ein wirksamer Umweltschutz besonders wichtig (53 % im Gegensatz zu 44 % der Männer; BMU 2008). Frauen geben häufiger an, dass sie ihr Alltagshandeln und bestimmte Tagesabläufe zugunsten des Klimaschutzes ändern würden, während Männer eher dazu bereit sind, auf umweltfreundliche Technologien umzusteigen z.B. umweltfreundliche Autos (Eurostat 2008). Auch hinsichtlich der Themenwahl bestehen

deutliche Unterschiede: Frauen interessieren sich beispielsweise stärker für Ernährung und Gesundheit, während Männer eher technikbezogene Themen favorisieren (BMU 2008).

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich auch im Hinblick auf die Präferenzen von Energieträgern und die Akzeptanz fossiler Energiequellen: Frauen befürworten eher die Nutzung fossiler Energien, sind gleichzeitig etwas seltener für erneuerbare Energien zu gewinnen und schätzen Atomenergie häufiger als gefährlich ein (Eurobarometer 2007; Kuckartz et al. 2007; Eurostat 2008).

## **2.8 Zwischenbilanz und Forschungslücken**

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht dem Umweltschutz positiv gegenüber. Allerdings zeigt sich bei vielen Menschen eine deutliche Kluft zwischen unterstützenden Einstellungen und einem dazu in Widerspruch stehendem Verhalten. Soweit ein umweltbewusstes Verhalten vorliegt, kann es in aller Regel auf ein ganzes Bündel von Faktoren und Motiven zurückgeführt werden. Neben dem Faktenwissen und rationalen Kosten-Nutzen-Kalkulationen spielen vor allem auch Emotionen und Werthaltungen sowie sozio-materielle Kontextbedingungen und Alltagsroutinen eine bedeutsame Rolle. Immer wieder wird in den Studien auf die Sozialisation und den engen Zusammenhang von positiven Erfahrungen in der Kindheit und der Wertschätzung der Natur hingewiesen. Neben diesen Faktoren spielt auch die soziale Einbettung eine wichtige Rolle für Umwelteinstellungen und -verhalten, wie Forschungen zur Rolle von Lebensstilen, sozialen Milieus und sozialstrukturellen Merkmalen gezeigt haben. Die Berücksichtigung dieser Befunde für die Nachhaltigkeits- und Umweltforschung erlaubt es, zielgruppenspezifische Strategien für die Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation zu entwickeln. Insbesondere die Milieuperspektive kann Muster der Umwelteinstellung identifizieren, die in engem Zusammenhang mit der Lebenssituation der Engagierten stehen.

Mit diesen Forschungen zu Umwelteinstellungen und umweltbewusstem Handeln, die in unterschiedlichen Disziplinen angesiedelt sind, werden wichtige und fruchtbare, allerdings noch unzureichende Schritte unternommen. Zum einen ist noch immer eine Segmentierung der Disziplinen festzustellen, sodass wichtige Erkenntnisse einer Disziplin in anderen Disziplinen kaum wahrgenommen werden. Allgemeine Befunde der psychologischen, erziehungswissenschaftlichen, soziologischen und policy-bezogenen Forschungen sind mit der thematisch fokussierten Umwelt-, Energie-, Klima- und Nachhaltigkeitsforschung enger zu verbinden.

Konkreten Forschungsbedarf sehen wir auch in der Biografie- und ethnografischen Forschung sowie hinsichtlich der Rolle von PromotorInnen und Leitfiguren („PionierInnen der Energiewende“) für umweltbewusstes Handeln. Die bisherigen Ergebnisse der Biografieforschung zeigen, dass umweltbewusstes Handeln in den unterschiedlichen Alterskohorten unterschiedlich stark entwickelt ist und in bestimmten Lebensphasen (z.B. der Geburt des Kindes, Einstieg in das Rentenalter) unterschiedlich stark ausgeprägt ist und praktiziert wird. Mit Blick darauf sollte die Forschung über bestimmte Zielgruppen, deren phasen- und lagebedingten Bedürfnisse und Restriktionen vertieft und für eine umweltpädagogische Praxis nutzbar gemacht werden.

### **Kapitel 3: Einstellungen und Akzeptanz in aktuellen Studien zur Energiewende**

In diesem Kapitel wird auf die Studien Bezug genommen, die sich mit der Thematik der Energiewende befassen. Der Vergleich dieser Studien zeigt, dass es eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung in den Analysen und Umfragen zur Energiewende gibt: Während es in den Umweltbewusstseinsstudien vorrangig um allgemeine Verhaltenseinstellungen geht, in denen auch die Motive für Umweltengagement eine Rolle spielen, konzentrieren sich die Studien zu den unterschiedlichen Bereichen der Energiewende auf die Akzeptanz spezifischer Technologien und Maßnahmen.

Obwohl der Begriff „Energiewende“ mittlerweile sogar im englischen Sprachraum als feststehender Begriff genutzt wird, ist unklar, was genau damit gemeint ist. In den vorliegenden Studien finden sich unterschiedliche Definitionen und Konzepte, die sich zwischen zwei Polen, einem technisch-industriellen Verständnis auf der einen Seite und einem holistischen Verständnis auf der anderen Seite, einordnen lassen. Eine enge technisch-industrielle Definition bezieht sich auf den „Komplettumbau der deutschen Energieversorgung durch Ausstieg aus der Kernenergie und die stetig zunehmende Nutzung umwelt- und klimafreundlicher erneuerbarer Energien“ (Kemfert 2015). Diese enge Definition umfasst zudem Maßnahmen, die auf die Reduzierung des Energieverbrauchs zielen.

Politische Programme auf nationaler und internationaler Ebene folgen meist diesem technisch-industriellen Verständnis. 2012 verabschiedete die Weltgemeinschaft bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro das Programm zur „Green Economy“, das an das technisch-industrielle Verständnis der Energiewende anknüpft und Maßnahmen für grünes Wirtschaften ermöglicht. In Deutschland wurde mit der Zuordnung der Energiepolitik in das Ressort des Bundeswirtschaftsministeriums das technisch-industrielle Verständnis der Energiewende bekräftigt. Auf der Webseite des Ministeriums finden sich unter dem Stichwort „Zielarchitektur der Energiewende“ technische und wirtschaftliche Maßnahmen, so zum Beispiel die Bedeutung des Strommarktes der Zukunft, die Rolle erneuerbarer Energien und Themen wie Energieeffizienz und Netzausbau (BMW i 2015).

Dem gegenüber steht ein holistisches Verständnis der Energiewende, das neben den technischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten auch soziale und ökologische Aspekte (z.B. Umweltverschmutzung oder Ressourcenverbrauch) berücksichtigt. Ein holistisches Verständnis der Energiewende umfasst auch die Diskussion über die Grenzen des Wachstums, die mit der internationalen Wirtschaftskrise wieder belebt wurde. Seitdem ist eine Reihe von Publikationen entstanden, welche sich mit den Grenzen der Erde und Alternativen zur Wachstumspolitik befassen (Jackson 2011; Paech 2012; Latouche 2015). Obwohl die Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ (2013) in ihrem Bericht die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Innovationen im Rahmen von Genossenschaften oder Konzepten wie dem der Solidarischen Ökonomie hervorgehoben hat, werden diese Aspekte bei der Umsetzung der Energiewende zu wenig berücksichtigt.

Die für dieses Kapitel einschlägigen Studien berücksichtigen wir mit Blick auf fünf thematische

Felder: Energieversorgung und -verteilung, Verkehr, Bauen, Haushalte und Alltagsverhalten. Ausgespart werden die Publikationen, die für eine stärkere Beteiligung von BürgerInnen an der Energiewende werben, jedoch eher allgemeine Plädoyers für mehr Partizipation denn datenbasierte empirische Untersuchungen sind (Welzer et al. 2010; Giddens 2011; Klein 2014). Wie der folgende Überblick zeigt, unterstützen aber auch die empirisch ausgerichteten Studien Forderungen nach echter, frühzeitiger und kontinuierlicher Partizipation.

In den letzten Jahren können Aktivitäten auf mehreren Ebenen beobachtet werden, die zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten beigetragen haben oder künftig beitragen sollen. Das betrifft einen Teil der bereits erläuterten formellen und informellen Verfahren (siehe 1.1). Allerdings ist bislang nicht erkennbar, dass speziell zur Unterstützung der Energiewende besondere, auf mehr Bürgerbeteiligung zugeschnittene politische Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Vielmehr erfolgt hier die Lenkung vor allem durch wirtschaftspolitische und fiskalische Eingriffe oder durch den Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften oder Umweltverbänden, jedoch selten mit bürgerschaftlichen Initiativen an der Basis. Trotz allem ist eine Reihe von Initiativen „von unten“ entstanden, die sich in verschiedenen Bereichen für die Energiewende stark machen. Auf diese soll in den jeweiligen Teilkapiteln eingegangen werden.

### **3.1 Energieversorgung und -verteilung: Mehrheit für erneuerbare Energien**

Studien, die sich mit bürgerschaftlichen Einstellungen zum Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien beschäftigen, können unter zwei Gesichtspunkten ausgewertet bzw. sortiert werden: erstens subjektive Einstellungen zum Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien allgemein; zweitens die Akzeptanz von und Beteiligung an konkreten Vorhaben insbesondere der Wind- und Solarenergie. Diese Studien wollen wir im Folgenden vorstellen. In Abschnitt 3.6 wollen wir die „Treibenden Kräfte“ der Energiewende näher betrachten. Dabei gehen wir auf die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement für die Energiewende ein, zum Beispiel durch Genossenschaften oder Kommunen.

Der Anteil von BürgerInnen in Deutschland, die einen Wandel hin von konventionellen zu erneuerbaren Energien befürworten, ist insgesamt hoch: Nach einer Studie von TNS Infratest aus dem Jahr 2012 befürworten 93 Prozent aller BürgerInnen den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien (Agentur für Erneuerbare Energien 2012: 5). Diese Größenordnung deckt sich mit dem Ergebnis anderer Studien, wie zum Beispiel der von Kress/Landwehr (2012), nach der 90 Prozent die Energiewende befürworten. Größere Unterschiede lassen sich bei der Haltung zu konkreten Technologien erkennen.

Die Windenergie stand in den letzten Jahren immer wieder in der Kritik. Hierzu ist in den letzten Jahren eine Reihe von Studien entstanden. Einige davon befassen sich mit der generellen Akzeptanz von Windenergieanlagen (WEA) (Hübner/Pohl 2015), andere mit der Akzeptanz von WEA in bestimmten Regionen, beispielsweise in Baden-Württemberg (UfU 2012) und in deutschen Mittelgebirgen (Bundesverband Deutsche Mittelgebirge 2012). Es zeigt sich eine generell hohe

Akzeptanz der Windenergie in allen Studien: Insgesamt befürworten 94 Prozent aller BundesbürgerInnen grundsätzlich die Nutzung von Windenergie. Dem Bau von WEA in der eigenen Nachbarschaft stimmen 60 Prozent der Befragten zu (EANRW 2014: 2). Dies deckt sich mit der Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, wonach 69 Prozent den Bau von Windkraftanlagen befürworten (Kress/Landwehr 2012). Argumente für Windenergie, die sich in allen Studien wiederfinden, sind Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte, sauberer Strom sowie die Notwendigkeit, die bestehenden Energiesysteme umzubauen. Argumente gegen WEA sind optische Beeinträchtigungen, Naturschutz, hohe Kosten sowie mangelnde Effizienz.

Sozialpsychologische Studien zufolge, die sich mit der Akzeptanz von Windenergieanlagen beschäftigen, ist die räumliche Nähe von AnwohnerInnen zu den WEA für die Akzeptanz von eher geringer Bedeutung. Dagegen wirkt sich eine finanzielle Beteiligung an den Projekten sowie die Einbeziehung von BürgerInnen in die Planung von Projekten positiv auf die Akzeptanz der WEA aus: „Es reicht nicht aus, Anwohner durch frühzeitige Informationen überzeugen zu wollen, sondern eine frühzeitige Beteiligung mit realen Gestaltungsspielraum ist gefragt.“ (Hübner/Pohl 2015: 23) Allerdings kann die subjektive Belästigung durch WEA dann zunehmen, wenn die Anlagen nicht nur in der Nähe sind, sondern von der jeweiligen Wohnung aus gesehen werden können (ebd.). Weitere Untersuchungen zeigen, dass das Design der Anlagen entscheidend sein kann: Studien zur Akzeptanz vertikaler WEA ergeben, dass eine einfache Gestaltung sowie einfache Farben wie grau oder grün die Akzeptanz erhöhen (BMU 2010: 41). Allerdings zeigen Befragungen von TouristInnen in der Eiffel-Region, dass sich diese kaum von den bestehenden Windenergie-Anlagen gestört fühlen: 59 Prozent gaben an, dass sie die Anlagen als „nicht störend“ empfinden, 28 Prozent beurteilen die Anlage als „störend, aber akzeptabel“<sup>9</sup>.

Die Solarenergie erfährt in allen Studien eine hohe Akzeptanz: 77 Prozent befürworten Solarparks auch in der eigenen Umgebung; bei BürgerInnen, die stärker mit der Technologie vertraut sind, liegt der Anteil mit 84 Prozent noch höher. Der Studie des IÖW zufolge befürworten die Befragten vor allem auf Dächern installierte Solaranlagen (82 %), wohingegen freistehende Solaranlagen die geringste Zustimmung erfahren (46 %). Ein Drittel der Befragten gab als Grund an, dass freistehende Solaranlagen sich eher schlecht in das Landschaftsbild einfügen würden. Nur 10 Prozent befürchten negative Auswirkungen auf die Natur. Doch spielen Naturschutzargumente bei anderen Technologien durchaus eine Rolle: Beispielsweise meinen 17 Prozent der Befragten, dass die Rotoren von Windkraftanlagen den Vogelflug bedrohen. Bei Biogasanlagen ist die Ablehnung noch deutlicher: Die Befragten befürchten den Verlust von Artenvielfalt durch die Nutzung von Energiepflanzen in der Region, den Einsatz von genmanipulierten Pflanzen (41 %), aber auch den Verlust von Anbauflächen für Nahrungsmittel (48 %). Diese Ergebnisse unterstreichen, dass ein rein technisch-industrielles Verständnis der Energiewende von der Bevölkerung nicht geteilt wird: Obwohl es eine hohe Zustimmung für eine grundsätzliche Umstellung der Energieversorgung gibt, spielen ökologische sowie soziale Aspekte für die Befragten durchweg eine wichtige Rolle

---

<sup>9</sup> Siehe Vortrag von Jan Lembach, online unter:

[http://www.biologischevielfalt.de/fileadmin/NBS/documents/Dialogforen/DF\\_Erneuerbare\\_Energien\\_NNL/Vortraege/2013\\_03\\_07\\_AG\\_2\\_03\\_Lembach\\_Besucherbefragung\\_zur\\_Akzeptanz\\_von\\_Windkraftanlagen.pdf](http://www.biologischevielfalt.de/fileadmin/NBS/documents/Dialogforen/DF_Erneuerbare_Energien_NNL/Vortraege/2013_03_07_AG_2_03_Lembach_Besucherbefragung_zur_Akzeptanz_von_Windkraftanlagen.pdf), zuletzt aufgerufen am 25.8.2015.

(Kress/Landwehr 2012). Dem Konzept der Nachhaltigkeit kommt, wenn auch von den Befragten nicht explizit formuliert, eine wichtige Rolle zu.

### 3.2 Verkehr

Neben dem Umstieg auf erneuerbare Energien wird eine Änderung des individuellen Mobilitätsverhaltens als ein wichtiger Aspekt für eine gelungene Energiewende beschrieben. Der Straßenverkehr ist mit 71,8 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in der EU-28 die größte Quelle entsprechender Emissionen, gefolgt von der Schifffahrt mit 13,9 Prozent und der zivilen Luftfahrt mit 12,9 Prozent (Deutsche Bank 2014). Ansätze, den Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr zu reduzieren, umfassen das Verbot, bestimmte Fahrzeuge in bestimmten Regionen zu nutzen (z.B. Einführung von Umweltzonen in Berlin und anderswo), Anreize zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und zum Umstieg auf das Fahrrad. Im Folgenden werden die Ergebnisse einiger einschlägiger Studien vorgestellt.

Wie in Kapitel 2 erwähnt, zeigt ein Drittel der in der Umweltbewusstseinsstudie Befragten ein Interesse an der gemeinsamen Nutzung bestimmter Güter oder Dienste. Das Angebot für Carsharing sowie den Verleih von Fahrrädern wurde deutlich erweitert. Die 15 größten Städte Deutschlands mit Ausnahme von Bremen verfügen mittlerweile über Fahrradverleihsysteme, bei denen Räder an unterschiedlichen Standorten nach vorheriger Registrierung genutzt werden können (Ziehm 2012: 6-7). Karolina Ziehm kommt dabei zu dem Schluss, dass Fahrradverleihsysteme selbst in sog. Fahrradstädten das Potenzial haben, den Anteil der RadfahrerInnen zu erhöhen. Es gelänge, den Anteil der RadfahrerInnen in den Städten zu erhöhen, sofern Alltagsroutinen aufgebrochen und der „Umweltaspekt mit dem Gedanken des gemeinschaftlichen Konsums“ verknüpft würde (ebd.: 50).

Carsharing wird mittlerweile in 343 Städten und Gemeinden Deutschlands angeboten.<sup>10</sup> Die Motive, Carsharing zu nutzen, haben sich im Laufe der Zeit gewandelt: Während bei früheren Befragungen Umweltaspekte für die NutzerInnen die wichtigste Rolle spielten, zeigen neuere Befragungen, dass Kostenargumente wichtiger geworden sind (Behrendt 2000: 39). Nach einer neuen Studie des TÜV Rheinland, FSP (Fahrzeugsicherheitsprüfung) und der Kölner Beratungsgesellschaft BBE Automotive machten im Jahr 2015 rund eine Million Menschen in Deutschland von dem Angebot Gebrauch. 85 Prozent der aktuellen NutzerInnen besitzen ein Fahrrad, und über die Hälfte von ihnen hat kein Auto im eigenen Haushalt. Dies verdeutlicht, dass mit dem Carsharing-Konzept vor allem NutzerInnen angesprochen werden, die dieses Angebot zusätzlich nutzen. Ein Umstieg vom eigenen Auto auf Carsharing findet eher selten statt. Von den NutzerInnen der Carsharing-Angebote sind 65 Prozent zwischen 35 und 59 Jahre alt, 80 Prozent haben mindestens Abitur, 66 Prozent verfügen über ein Nettoeinkommen von mehr als 3.000 Euro und 74 Prozent sind männlich. Die Studie hält bis 2020 rund drei Millionen NutzerInnen von

---

<sup>10</sup> Online unter: <http://www.carsharing.de/alles-ueber-carsharing/faq/ueber-die-verbretung-von-carsharing>, zuletzt aufgerufen am 9.8.2015.



Carsharing-Angeboten für möglich. Diese sind vor allem in Ballungsgebieten zu erwarten. Allerdings könne Carsharing das individuelle Mobilitätsbedürfnis nicht in der Fläche decken; es sei eher als „ergänzendes Angebot in der Nische“ eine Option und spreche dabei auch nur bestimmte Zielgruppen an (TÜV 2015).

Neben dem bereits sichtbaren Ausbau von Carsharing-Angeboten soll künftig Elektromobilität eine größere Rolle spielen. Hinsichtlich der Akzeptanz von Elektroautos lassen sich drei Gruppen unterscheiden: (1) die Ablehner, die zu dieser Technologie „grundsätzlich negativ eingestellt sind“ und bei denen auch nicht davon auszugehen ist, dass sie sich noch überzeugen lassen, (2) die neutral eingestellten sowie (3) die „Fans der Elektromobilität“. Letztere seien bereits jetzt offen für den Kauf eines Elektroautos trotz höherer Anschaffungspreise und technischer Einschränkungen. Hierbei spiele die Umweltrelevanz eine Rolle, was die AutorInnen des Instituts für sozial-ökologische Forschung zu dem Schluss bringt: „Aus diesem Grund sollte Elektromobilität in Zukunft so gestaltet sein, dass keine Zweifel am Nutzen für die Umwelt aufkommen.“ (ISOE 2011: 47) Neutral eingestellte Personen seien vor allem mit Kostenaspekten zu gewinnen. Darüber hinaus weist die Studie darauf hin, dass es Informationslücken und Unsicherheiten gebe, die dazu führen, dass der Kauf eines Elektroautos beim Autokauf bislang seltener in Betracht käme. Diese zu reduzieren, könne die Akzeptanz der Technologie erhöhen (ebd.). Bislang ist allerdings der Anteil von Elektroautos in Deutschland mit weniger als einem Prozent weit hinter den Erwartungen geblieben.<sup>11</sup>

### 3.3 Bauen

Im Baubereich zielt seit einigen Jahren eine Reihe von politischen Programmen darauf, die Energieeffizienz in Gebäuden zu steigern. Hierzu gehören Fördermaßnahmen für private Gebäude (z.B. Energieeffizienzmaßnahmen, die durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert werden oder die Stärkung von Energieausweisen), aber auch für öffentliche Gebäude (z.B. durch den Leitfaden nachhaltiges Bauen oder durch Planungswettbewerbe). Viele der Maßnahmen setzen vor allem wirtschaftliche Anreize oder steuern mit Geboten oder Verboten. Diese Maßnahmen erreichen aber nur bestimmte Zielgruppen. Darüber hinaus zeigt eine Studie für Berlin, dass die Kosten für die energieeffiziente Gebäudesanierung häufig auch auf die MieterInnen abgewälzt werden, was zunehmend zu Verdrängungseffekten führe, da sich bestimmte Gruppen die höheren Mieten nicht leisten könnten (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 10-11).

Diesem Zielkonflikt einzelner Maßnahmen für energieeffizientes Bauen im Rahmen der sich zuspitzenden Situation am Wohnungsmarkt versuchen kollektive Initiativen wie Wohnprojekte, die

---

<sup>11</sup> Im ersten Quartal 2015 betrug der Anteil von reinen Batterie- sowie Plugin-Hybridfahrzeugen nur rund 0,6 Prozent. Beim Spitzenreiter Norwegen waren es dagegen knapp 23 Prozent. Online unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/anteil-elektroautos-in-europaeischen-laendern-a-1038880.html>, zuletzt aufgerufen am 20.8.2015.

ein ganzheitliches Verständnis von energieeffizientem Bauen und Wohnen haben, entgegenzuwirken. Hierzu gehören beispielsweise Initiativen in Berlin wie das Klimasolarhaus im Stadtteil Friedrichshain (Wohnportal Berlin 2015), aber auch andere gemeinsame Wohnprojekte, die im Rahmen von Genossenschaften umgesetzt werden. Nach der Berliner Studie zeichnen sich diese Gruppen, die bislang aktiv geworden sind, bei der energetischen Sanierung dadurch aus, dass sie Ressourcen schonen und zur Energieeffizienz beitragen wollen. Darüber hinaus erhoffen sie sich dauerhafte Einsparpotentiale durch den energetischen Bau oder die energetische Sanierung (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 9). Die Umsetzung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten erfordert häufig jahrelange Planung und Abstimmung zwischen den beteiligten AkteurInnen, was abschreckend wirkt für potentielle MitstreiterInnen. Hier setzt eine neuere Studie zu Wohnprojekten in Rheinland-Pfalz an, die den Erfolg von Wohnprojekten untersucht hat. Sie kommt zu dem Schluss, dass diese dann erfolgreich sind, wenn sie von engagierten Akteuren vorangetrieben werden und der Dialog zwischen den beteiligten Gruppen kontinuierlich aufrechterhalten werden kann. Da in verschiedenen Phasen der Planung gemeinsame Wohnprojekte durch Differenzen zwischen den Gruppen zu scheitern drohen, schlagen die AutorInnen den Einsatz von ModeratorInnen und GruppentrainerInnen vor, die als neutrale VermittlerInnen die Prozesse von außen unterstützen und so die Motivation der Beteiligten aufrecht erhalten können (Spellerberg 2015).

Darüber hinaus besteht ein großes Potential dafür, MieterInnen durch niedrigschwellige Beteiligungsverfahren in die Gestaltung und Umgestaltung von Wohnraum oder Freiflächen einzu-beziehen: Gabriele Wendorf und Christin Wemheuer vom Zentrum für Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin haben mit der „Grünen Mappe“ ein Verfahren für die Wohnungswirtschaft entwickelt: Die „Grüne Mappe“ stellt ein niedrigschwelliges Beteiligungsverfahren dar, durch das die Kommunikation zwischen Wohnungsbauunternehmen und BewohnerInnen verbessert werden soll. Das Verfahren fragt nach verschiedenen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, so dass BewohnerInnen ihre Vorstellungen über Umwelt- und Klimaschutz angeben können. Weiterhin können soziale Aspekte sowie der Wunsch nach gemeinschaftlicher Nutzung oder gemeinschaftlichen Projekten abgefragt werden. Die Ergebnisse werden anschließend in Kommunikationsforen (z.B. World Cafés) gemeinsam mit den BewohnerInnen ausgewertet und diskutiert und bei der Umsetzung von Bauvorhaben durch die Wohnungsbauunternehmen berücksichtigt. Erste Versuche in drei Modellprojekten zeigen, dass die Verfahren sowohl von den BewohnerInnen als auch von den Wohnungsbauunternehmen positiv beurteilt werden (Wendorf/Wemheuer 2014).

Studien zur öffentlichen Gebäudesanierung unterstreichen die Ergebnisse aus dem privaten Bereich: Gemeinsame Prozesse zwischen den Beteiligten wirken sich positiv auf die Akzeptanz aus. Einsparungen sind vor allem dann möglich, wenn sie in Fördermaßnahmen der Organisationen und Institutionen eingebunden sind. Ein Beispiel dafür ist die Freie Universität Berlin mit ihrem Konzept des nachhaltigen Campus-Managements. Ausschlaggebend für die Strategie zur Energieeffizienz, die von der Universitätsleitung seit 2001 verfolgt wird, war die Möglichkeit, Kosten zu reduzieren. Als weitere Motive nennt Wanke „die Profilierung als umweltorientierte Universität, die dem Klimaschutz nicht nur in Forschung und Lehre sondern im Sinne eines „Whole Institution

Approach“ auch im institutionellen Verantwortungsbereich eine hohe Bedeutung einräumt“ (Wanke 2015: 324-325). Die Universität nahm dabei eine aktive Rolle im Prozess ein, entwickelte und begleitete Instrumente und Maßnahmen. Wichtig war darüber hinaus die Einbeziehung verschiedener Teilbereiche und Akteure, die zur erfolgreichen Umsetzung des Vorhabens beitrugen. Entscheidend sei dabei gewesen, dass die FU Berlin die Umsetzung der Strategie als Querschnitts- und Führungsaufgabe verstanden und auf Kommunikations- und Partizipationsprozesse gesetzt habe. Durch die Gründung eines Steuerungsteams sowie eines Energie- und Umweltteams habe die Universität einen Begleitprozess der jeweiligen Maßnahmen in Gang setzen können (Wanke 2015: 327).

Neben technisch-baulichen Energieeffizienzprogrammen sowie Informationen über den Energieverbrauch spielte die Einbeziehung verschiedener Akteure eine Rolle (Wanke 2015: 315). Hierzu gehört die Initiative „Sustain it“, durch welche die Studierenden bei der Energietransformation an der Universität beteiligt werden sollten. Hieraus sind mehrere Initiativen entstanden, wie Urban Gardening und verschiedene Seminare zur Energiewende (Sustain it 2015). Um die einzelnen Fachbereiche und Institute einzubeziehen, hat die Universität ein Prämiensystem zur Energieeinsparung eingeführt. Dieses soll verhaltensbezogene Änderungen der Universitätsangehörigen anregen. Hierzu wird eine Baseline festgelegt. Unterschreiten die Institute diese Schwelle, erhalten sie eine Prämie (50 % der im Abrechnungsjahr erzielten jährlichen Kostensenkungen). Überschreitungen müssen von den Fachbereichen und Instituten selbst getragen werden. Wie Andreas Wanke ausführt, hat dies zu weiteren Lerneffekten geführt (Wanke 2015: 320). Der Autor hebt hervor, dass das Verhalten der Universitätsangehörigen positiv beeinflusst werden konnte, weil die FU selbst mit gutem Beispiel voran gegangen war, neue Gebäudetechniken installiert und zugleich alle Maßnahmen kommunikativ flankiert habe. Diese ganzheitliche Perspektive habe die Umsetzung der Zielvorgaben ermöglicht (ebd.: 327).

Diese Ergebnisse sprechen dafür, die Förderprogramme, die sich bislang eher an Individuen oder öffentliche Institutionen richteten, zu erweitern und gemeinsame Initiativen von NachbarInnen sowie soziale Netzwerke zu stärken. Beispielsweise sollen durch Ansätze des nachhaltigen Quartiersmanagements verschiedene AkteurInnen (VermieterInnen, MieterInnen aber auch EigentümerInnen) zusammenkommen. Darüber hinaus können auch Handwerks- oder Gewerbebetriebe aus den entsprechenden Quartieren sowie BetreiberInnen von sozialen und/oder kulturellen Institutionen in das nachhaltige Quartiersmanagement eingebunden werden (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2012: 9).

### **3.4 Änderungen des Alltagsverhaltens**

Insbesondere Lebensstile in hochindustrialisierten Ländern des Westens sind durch einen enormen Ressourcenverbrauch gekennzeichnet. Dieser Verbrauch kann auf unterschiedliche Weise gemessen werden, beispielsweise mit dem ökologischen Fußabdruck oder durch die Messung der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf. Der ökologische Fußabdruck, von William E. Rees und Mathis Wackernagel entwickelt, erfasst den Ressourcenverbrauch eines Individuums oder eines Kollektivs. Er gibt an, wie viel Biokapazität – gemessen in Hektar – bereitgestellt werden müsste, um den

jeweiligen Lebensstil aufrecht zu erhalten (Lexikon der Nachhaltigkeit 2015). Der ökologische Fußabdruck liegt in Deutschland mit 4,5 gha pro Person über dem weltweiten Durchschnitt von 2,5 gha (Stand 2005; Bogun 2012: 3). Ein weiteres Maß ist der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro BundesbürgerIn. Dieser lag in Deutschland im Jahr 2013 bei 11,5 Tonnen CO<sub>2</sub> bzw. CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Person und somit leicht über dem Durchschnitt der EU28-Länder (Umweltbundesamt 2015).

Aus diesen Befunden lassen sich aber keine einfachen Rückschlüsse ziehen. Wie Bogun (2012) ausführt, hat das Individuum einen unmittelbaren Einfluss auf nur etwa ein Drittel des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes; die restlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland entstehen unabhängig von individuellem Verhalten bzw. können durch solche Verhaltensänderungen nicht gesteuert werden. Insofern können die Haushalte zwar einen Beitrag leisten, allerdings ist dieser abhängig vom Einkommen: Je höher das Einkommen, desto größer der Ressourcenverbrauch.

Bogun hat – aufbauend auf einer anderen Studie – den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des deutschen Bundesbürgers nach Sektoren unterteilt:

Tab. 1: Durchschnittlicher CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des deutschen Bundesbürgers (Vorschlag; in t CO<sub>2</sub>-Äquivalente/Pers.)

Wohnen	2,72	Strom	0,75
		Heizung	1,97
Verkehr	2,52	PKW	1,56
		ÖPNV	0,11
		Flug	0,85
Ernährung	1,65		
Allgemeinheit	1,24		
Konsum	2,75		
Insgesamt	10,88 CO <sub>2</sub> -Äqu.		

Quelle: Schächtele/Hertle 2007; eigene Darstellung

Da auf die Aspekte Wohnen und Verkehr bereits in den vorigen Abschnitten eingegangen wurde, sollen an dieser Stelle die Aspekte Ernährung und Konsum hervorgehoben werden, die ebenfalls einen hohen Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Person ausmachen. Der hohe Emissionsanteil im Bereich Ernährung wird dabei auf mehrere Faktoren zurückgeführt. Der wichtigste Faktor ist der Konsum von tierischen Lebensmitteln, insbesondere Fleisch (Kanerva 2013). In den letzten Jahren gab es eine Reihe von politischen Vorschlägen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch eine Verringerung des Fleischkonsums zu reduzieren. Hierzu gehört der Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Wahlprogramm von 2013, einen fleischlosen Tag, den sogenannten „Veggie Day“, in öffentlichen Kantinen einzuführen. Im Jahr 2013 meldete Infratest Dimap, dass 61 Prozent der Bevölkerung die Einführung eines Vegetarier-Tages an Deutschen Kantinen für „nicht richtig“ halten (Infratest Dimap 2013). Eine Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach (IFD Allensbach), ebenfalls aus dem Jahr 2013, kommt zu anderen Ergebnissen: Demnach befürworteten 46 Prozent der BundesbürgerInnen die Idee, einen „Veggie Day“ in Kantinen einzuführen; 41 Prozent halten die Idee für „nicht gut“ und 13 Prozent sind unentschieden. Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede

bei den Geschlechtern: 55 Prozent aller Frauen halten die Einführung eines fleischlosen Tages für eine gute Idee; nur 32 Prozent sprechen sich dagegen aus. Bei den Männern gibt es die umgekehrte Tendenz: 51 Prozent aller Männer lehnen den „Veggie Day“ ab, und immerhin 35 Prozent finden die Idee gut. Diese Tendenzen zeigen sich nach Aussage von IFD Allensbach für alle Altersgruppen, wobei die 16 bis 29-Jährigen offener für die Idee seien. Zustimmungswerte für den „Veggie Day“ von über 50 Prozent finden sich zudem in den Gruppen mit höherer Bildung, also bei Personen mit mindestens Fachhochschulreife. Darüber hinaus spielt der eigene Fleischkonsum eine Rolle: Je häufiger jemand Fleisch isst, umso stärker lehnt er den „Veggie Day“ ab (IFD Allensbach 2013).

Insgesamt scheint die Zahl an Menschen und Initiativen, die sich für einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln einsetzen, stetig zu wachsen: Der Vegetarierbund (2015) geht von 10 Prozent VegetarierInnen in Deutschland und rund 1 Prozent VeganerInnen aus (Stand Januar 2015). Eine Studie der Friedrich-Schiller-Universität/Jena (2007) hat 4.000 VegetarierInnen zu ihren Motiven befragt: Unter den 10 Gründen, die am häufigsten genannt wurden, steht das Tierwohl im Vordergrund (so zum Beispiel die Ablehnung der Zustände der Massentierhaltung, Zustände bei Tiertransporten oder auch Zustände bei der Schlachtung). Doch spielt auch das persönliche Umfeld eine Rolle: FreundInnen oder die Familie haben das Essverhalten der Befragten ebenfalls beeinflusst. Weiterhin spielt der Bildungsstand eine Rolle: Die Mehrzahl der Befragten verfügt über einen hohen Bildungsabschluss, hat also entweder ein Studium abgeschlossen (29 %), befindet sich derzeit im Studium (22 %) oder hat ein Gymnasium besucht (23 %). Zudem bestehen alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede: Über 40 Prozent der Befragten sind zwischen 20 und 29 Jahren, weitere 20 Prozent zwischen 30 und 29 Jahren. 70 Prozent der Befragten sind Frauen (Vegetarierstudie 2007).

In den letzten Jahren sind vielfältige neue Initiativen für nachhaltigen Konsum entstanden. Hierzu gehören nachhaltige Initiativen von GründerInnen (siehe Abschnitt 3.6.), Urban Gardening-Initiativen, die insbesondere in Großstädten große Beliebtheit erfahren, sowie Initiativen für lokalen Konsum. Eine Studie zu lokalem Konsum in der Kölner Region unterstreicht das Potential von „Buy Local“-Initiativen, allerdings nicht unbedingt unter dem Aspekt von Umwelt- und Klimaschutz. Für die Befragten spielen der direkte Kontakt zu den InhaberInnen eine wichtige Rolle. Hier seien insbesondere Männer bereit, höhere Preise für die Produkte zu zahlen (IFH Köln 2015). Auch bei diesen Initiativen lassen sich „Motivbündel“ erkennen: Neben dem Umweltschutzgedanken kommen auch andere Aspekte, wie beispielsweise das gemeinschaftliche Erlebnis (Urban Gardening) oder die Stärkung der lokalen Wirtschaft und der direkte Kontakt zu den HändlerInnen ins Spiel.

PädagogInnen verweisen auf das hohe Potential von Verhaltensänderungen im Bereich der Ernährung, gerade dann, wenn diese früh ansetzen und in die Familie, Kindergärten oder Schulen eingebunden werden. Unter dem Stichwort der „Ernährungserziehung und -bildung“ hat sich die pädagogische und psychologische Forschung den Chancen gewidmet, das Essverhalten von Kindern und Jugendlichen zu beeinflussen: „Unter Ernährungserziehung wird eine intendierte und normengeleitete Vermittlung von Wissen und Verhaltensregeln verstanden, sie findet meist in der

Familie statt und ist Teil der Ernährungsbildung. Ernährungsbildung ist die (Vermittlung der) Kompetenz, die eigene Ernährung selbstständig genussvoll, gesundheitsverträglich, politisch mündig und sozial verantwortlich auch unter komplexen gesellschaftlichen Bedingungen zu entscheiden und zu gestalten.“ (Methfessel 2009: 39)

Auch in anderen Studien wird die Bedeutung der Ernährungsbildung in Schulen und Kindertagesstätten hervorgehoben. Die Studie von Heindl, die Ernährungsbildungsprogramme an Schulen untersuchte, kommt zu folgenden Ergebnissen: Erstens müsse „Essen lernen“ positiv besetzt sein, um Verhaltensänderungen bei Kindern zu bewirken. Zweitens spielt es eine Rolle, ob die Schule das Thema positiv aufgreife. Drittens dürften die Interventionen nicht einmalig bleiben, sondern müssten in dauerhafte Programme eingebunden werden. Viertens sei es wichtig, dass eine Integration unterschiedlicher Lebensbereiche der Kinder stattfände und Ernährungskonzepte in Schule, Familie und Kommune aufeinander abgestimmt seien (Heindl 2009: 442). Auch hier zeigen sich bereits früh genderspezifische Aspekte des Essverhaltens: Während bei Jungen die Lust am Essen und der Geschmack im Vordergrund stehe, sind gesundheitliche Aspekte für Mädchen wichtiger. Laut Heindl decken sich diese Erkenntnis mit denen anderer empirischer Studien, was dafür spreche, genderspezifische Aspekte beim Essverhalten stärker in den Blick zu nehmen (ebd.: 445).

Wie bereits ausgeführt variiert der Ressourcenverbrauch mit der Höhe des Einkommens. Bogun (2012) zeigt, dass dafür weniger das Kaufverhalten oder die Nutzung von bestimmten Geräten im Haushalt von Bedeutung sind, als vielmehr Aspekte wie Verkehr und Tourismus. Da auf die Rolle des Verkehrs bereits im Abschnitt 3.2 eingegangen wurde, soll an dieser Stelle speziell der Tourismus angesprochen werden. Hierbei spielen insbesondere Fernreisen mit dem Flugzeug eine Rolle. Der ADAC-Reisemonitor gibt eine Übersicht zum Reiseverhalten der Deutschen: Flugzeug (47 % der Befragten) und PKW (44 % der Befragten) sind die bevorzugten Transportmittel. Für 34 Prozent der Befragten ist Deutschland das beliebteste Urlaubsland, gefolgt von Spanien und Italien (jeweils 13 %) sowie der Türkei (9 %). 17 Prozent der Befragten haben im Jahr 2015 eine Fernreise unternommen (ADAC 2015). Eine Studie des WWF aus dem Jahr 2009 zeigt, dass viele der Befragten bereit wären, zugunsten des Klima- und Umweltschutzes ihren Urlaub anzupassen: 45 Prozent wären bereit, ihren Urlaub zu Hause zu verbringen; 43 Prozent wären bereit, ein Urlaubsziel in der Nähe zu wählen. Etwa ein Drittel der Befragten würde mit der Bahn anstatt mit dem PKW in den Urlaub fahren oder weniger Urlaubsreisen machen, und 26 Prozent würden auf Fernflugreisen verzichten. Auch hier zeigen sich milieuspezifische Unterschiede, die sich allerdings konträr zu den Ergebnissen der Umfrage zum Fleischkonsum gestalten: Menschen mit höherem Einkommen und höherer Bildung sind demnach seltener willens, aus Umweltschutzgründen auf Urlaub oder Fernreisen zu verzichten (WWF 2009). Diese Ergebnisse unterstützen die Feststellungen in Kapitel 2: Umweltbewusstes Verhalten kann in einigen Bereichen durchaus umgesetzt werden, wohingegen in anderen Bereichen keine Bereitschaft dazu besteht.

### **3.5 Treibende Kräfte**

In allen oben aufgeführten Bereichen sind viele Akteure, Initiativen und Projekte als treibende Kräfte für das Gelingen gesellschaftlicher Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energiewende von zentraler Bedeutung. Dies soll anhand weniger Beispiele und „Pionierprojekte“ verdeutlicht werden.

#### ***Agenda 21-Projekte***

Die Agenda 21-Aktivitäten stehen unseres Erachtens am Anfang einer neuen Epoche, in der, ausgelöst durch die Publikationen des Club of Rome (Meadows et al. 1972), die Endlichkeit der Ressourcen und die Notwendigkeit einer Transformation in Richtung eines zukunftsfähigen Wirtschaftens und Lebensstils bewusst wurde.

Angeregt durch die internationalen Aktivitäten um das Aktionsprogramm „Agenda 21“, das auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 verabschiedet wurde, entwickelte sich ab Mitte der 1990er Jahre in vielen Kommunen ein beachtliches Engagement, das zusammenfassend als lokaler Agenda 21-Prozess beschrieben wird. Die Agenda 21 ist ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm, das Leitlinien für das 21. Jahrhundert festlegt, um eine veränderte Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik herbeizuführen. Durch das Aktionsprogramm und die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen wurden viele neue Beteiligungsformen, Modellprojekte und Dialogformen angestoßen.

Die Lokale Agenda 21 ist auf Kooperation und Vernetzung angelegt. Grundvoraussetzung für den Lokalen Agenda 21-Prozess ist die Beteiligung der Kommunalverwaltung sowie der Zivilgesellschaft. Die Projekte dienen nicht zumindest nicht vorrangig der Lösung bestimmter Konflikte, sondern der gemeinsamen Bearbeitung der im Aktionsprogramm „Agenda 21“ vorgegebenen Ziele und Maßnahmen (Brand/Warsewa 2003). In ihrer Vorgehensweise unterscheiden sich die Lokale Agenda-Projekte zum Teil erheblich. Es gibt solche, bei denen - in einem relativ straff organisierten Prozess - die Verwaltung eine aktive und federführende Rolle einnimmt („top down“), aber auch Projekte, die den Prozess der Initiative beteiligter BürgerInnen und seiner eigenen Dynamik überlassen („bottom up“). Um den Engagierten und den Kommunen einen Einstieg in den Lokale Agenda-Prozess zu erleichtern, wurden verschiedene Leitfäden publiziert (ICLEI 1998).

Die reichhaltige Literatur zur Agenda 21 beleuchtet sowohl die Formen und Vorzüge als auch die kritischen Aspekte und Probleme (Rösler et al. 1999; Brand/Fürst 2002; Kern et al. 2002). Für die vorliegende Studie sind drei Aspekte der Kritik wesentlich: Erstens sind die AkteurInnen aufgrund der hohen Komplexität der Thematik und der mangelnden Erfahrung oftmals überfordert; zweitens mangelt es häufig an der Unterstützung (materiell und ideell) durch Politik und Verwaltung sowie an der Wahrnehmung von Interessen der BürgerInnen; und drittens haben viele Agenda-Foren eine hohe Fluktuation der Teilnehmenden zu verzeichnen, und es ist relativ häufig ein Engagement der „üblichen Verdächtigen“ anzutreffen.

Dennoch sind die Aktivitäten im Rahmen der Agenda 21-Prozesse von zentraler Bedeutung für eine

nachhaltige Energiewende und führten zu vielfältigen Innovationen im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich. Zwei dieser Engagementformen, die fast schon als neue Bewegung bezeichnet werden können, sollen hier kurz vorgestellt werden.

### ***Energiegenossenschaften***

Energiegenossenschaften stehen für dezentrale und bürgernahe Strukturen und werden als Erfolgsgeschichte im Rahmen der Energiewende diskutiert. Mehr als jede zweite von erneuerbaren Energien gespeiste Anlage befindet sich bereits in der Hand von Privatleuten und LandwirtInnen und wird individuell oder genossenschaftlich organisiert (Klemisch 2014). Und dieser Trend scheint sich fortzusetzen. Die genossenschaftliche Organisationsform bietet für viele Initiativen eine gute Grundlage, marktwirtschaftliche Aktivitäten und Selbsthilfe zu verbinden. In den letzten Jahren gründeten sich knapp 600 Energiegenossenschaften, die in sogenannten Bürgeranlagen bisher zusammen rund 800 Millionen Euro in erneuerbare Energien investierten (Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV–Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband 2013). Neben den politischen Gelegenheitsfenstern bedarf es der Bereitschaft der AkteurInnen, sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen bzw. diese mitzugestalten. Die BürgerInnen entdecken, dass sie selbst aktive Akteure der Energiewende sein können und gleichzeitig auch solidarische Wirtschaftsformen vorantreiben können.

Nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen Industrie- und Transformationsstaaten lässt sich derzeit eine Gründungswelle von Genossenschaften beobachten, insbesondere in den Bereichen Energie und Wasser, Sozial- und Gesundheitswesen sowie lokal-regionale Versorgung mit guten Lebensmitteln. Folgende generelle Vorteile von Genossenschaften werden hervorgehoben: Sie können bedarfswirtschaftliche Lösungen ermöglichen, informelle Ökonomien in den Markt integrieren, Erwerbsarbeit schaffen, bürgerschaftliches Engagement zugunsten des Gemeinwohls nutzen und lokal-regionale Wertschöpfungsprozesse fördern (Schröder/Walk 2014).

Einige Studien weisen darauf hin, dass bislang in der öffentlichen und häufig auch in der wissenschaftlichen Debatte die ökonomische Leistung von Genossenschaften im Vordergrund stand. Dass Genossenschaften auch als Lernorte für Beteiligung und demokratische Strukturen dienen können, wird noch zu wenig in die Öffentlichkeit und Politik hineingetragen (Münkner/Ringle 2010). Genossenschaften wirken als Schule der Demokratie, da dort Eigenverantwortung und Partizipation gelebt werden. Die Basis aller Entscheidungen sind die Mitglieder, die in Genossenschaften als EigentümerInnen mit ihrer Einlage haften und gleichberechtigt, das heißt mit jeweils einer Stimme, ihr Mitbestimmungsrecht ausüben können. Es zählt jede/r Einzelne als Mitglied, nicht das eingebrachte Kapital. Die gewählten bzw. berufenen VertreterInnen der Mitglieder, also Aufsichtsrat und Vorstand, müssen den Mitgliedern gegenüber Rechenschaft ablegen und sich Zustimmung für ihr Handeln einholen. Vor dem Hintergrund dieser Organisationsspezifika werden genossenschaftliche Konzepte im Kontext der Energiewende zunehmend als geeignete Alternative zu Privatisierungen diskutiert (Flieger 2011; Klemisch 2014).



## **Bioenergiedörfer**

In Deutschland stellt neben den Energiegenossenschaften auch das Modellprojekt „Bioenergiedorf“ ein eindrucksvolles Beispiel für die Umsetzung eines dezentralen und partizipativen Energiekonzepts auf lokaler Ebene dar. Ein Bioenergiedorf ist eine räumlich zusammenhängende Siedlung (ein Gemeindeteil, eine Gemeinde oder auch ein Verbund mehrerer Gemeinden), die ihre Energieversorgung mit selbst erzeugten erneuerbaren Energien sicherstellt (bspw. durch Windkraftanlagen, Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie oder Wärmepumpen). In einem Bioenergiedorf soll möglichst die gesamte Wärme- und Stromversorgung eines Ortes auf Basis von erneuerbaren Energien in Eigenregie betrieben werden.<sup>12</sup>

Das erste Bioenergiedorf wurde 2006 in Jühnde bei Göttingen im Rahmen eines Forschungsprojekts konzipiert. Ziel des Projekts war es, die Mehrheit der Bevölkerung eines Dorfs für erneuerbare Energien als primäre Form der Energieerzeugung im Dorf zu gewinnen (Schmuck et al. 2003: 143). Partizipative Strukturen sollten gefördert werden, um das energiewirtschaftliche Gesamtvorhaben im Dorf auf ein tragfähiges und breites Fundament zu stellen. Die Idee zum Bioenergiedorf wird demzufolge in der Regel zunächst von außen in die dörfliche Gemeinschaft getragen. Die Planung, Umsetzung, Finanzierung erfolgt dann aber unter maßgeblicher Beteiligung der DorfbewohnerInnen. Als ein wesentlicher Faktor kommt zum Tragen, dass auch der finanzielle Gewinn direkt dem Dorf zugute kommt (Wüste et al. 2011: 138 f.).

Hinsichtlich der Motivation der BürgerInnen, sich für das Bioenergiedorf zu engagieren, weisen Karpenstein-Machan und Schmuck (2010) darauf hin, dass anfangs eine „pressure group“ im Dorf notwendig ist und auch die lokalen Entscheidungsträger hinter dem Projekt stehen müssen. Durch eine möglichst hohe Transparenz der Planung sowie eine neutrale Moderation bei Konflikten kann die Dorfgemeinschaft gefestigt und dadurch wiederum eine größere Unterstützung und Beteiligung erzeugt werden. Durch Vernetzung und die längerfristige Zusammenarbeit von Gleichgesinnten lässt sich die Motivation für das Projekt erhöhen.

## **Nachhaltige Initiativen von GründerInnen**

Mit der wachsenden Bedeutung von umweltpolitischen Maßnahmen und Nachhaltigkeitsaspekten ist auch eine Reihe von nachhaltigen Unternehmen entstanden: „Die Idee der Nachhaltigkeit wird im Unternehmen mit dem Ziel möglichst hoher Marktanteile umgesetzt. Innovationen, also meistens bereits existierende Erfindungen (Inventionen), werden als Chance erkannt, um auf dem Markt erfolgreich zu sein und Umwelt- und Sozialprobleme lösen zu können.“ (Brix et al. 2006: 8) Der Begriff Sustainable Entrepreneurship zielt nicht, wie vermutet werden könnte, zwingend auf den Umwelt- und Energiebereich. Im Mittelpunkt steht hier vielmehr eine langfristige Unter-

---

<sup>12</sup> Daneben, und zeitlich bereits früher einsetzend, gibt es Bestrebungen, größere Gebäudekomplexe in nachhaltiger Form zu errichten und zu unterhalten. Eines der auch mit staatlichen Mitteln geförderten „Leuchtturmprojekte“, hervorgegangen aus dem Umweltzentrum in Verden, ist das Norddeutsche Zentrum für nachhaltiges Bauen. Eine ähnliche Einrichtung existiert mit dem Öko-Zentrum in Nordrhein-Westfalen, einem ökologisch ausgerichteten Gewerbepark.

nehmensperspektive („Business Success Through Sustainability“), die auch soziale und gesellschaftspolitische Belange einschließt (Weidinger et al. 2013).

Das Konzept Social Entrepreneurship ist ebenfalls mit der Figur des wirtschaftlich tätigen Unternehmers oder der Unternehmerin assoziiert (Lorenz 2012; Scheuerle et al. 2013). Ein Social Entrepreneur kann in sehr unterschiedlichen Bereichen (Kultur, Bildung, Wohlfahrt, Menschenrechte usw.), somit auch im Umweltbereich tätig sein. Kennzeichnend für alle diese Tätigkeiten ist, dass der Profitgedanke als nachrangig angesehen wird. Mit Blick auf den Umweltbereich wird auch von Eco-entrepreneurship gesprochen.

Bislang gibt es keine Studien, die zeigen, ob sich der Anteil nachhaltiger Unternehmen am Markt erhöht hat. Erschwert wird die Einschätzung dadurch, dass es kein eindeutiges Kriterium zur Abgrenzung nachhaltigen Unternehmertums gibt. Im Folgenden werden einige Studien vorgestellt, die eine Definition von nachhaltigem Unternehmertum vornehmen und dabei auch die zentralen Handlungsmotive der GründerInnen in den Vordergrund stellen.

Die Studie von Brix et al. (2006) unterscheidet zwischen drei verschiedenen Typen nachhaltigen Unternehmertums: Bioniere (die AutorInnen nennen als Beispiele demeter, LichtBlick und Ben&Jerry's), großbetriebliches Umweltmanagement (Toyota Motor Corporation) und Ecopreneure bzw. Sustainable Entrepreneure (zum Beispiel Otto und The Body Shop). Als Bioniere werden Unternehmen bezeichnet, die sich auf Nischenprodukte spezialisiert haben. Dies sind meist kleinere Unternehmen. Im Gegensatz dazu zielen Ecopreneure oder Sustainable Entrepreneure auf den Massenmarkt (Brix et al. 2006: 2). Eine Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterscheidet zwischen Social Entrepreneurship (SE) im engeren und weiteren Sinne. SE im engeren Sinne beschreibt Initiativen, die einen radikalen Wandel anstreben und die gemeinnützige Ziele effektiv und nachhaltig erreichen wollen. Als Akteure dieser Art von Unternehmertum nennt die KfW Untergruppen von Drittsektor-Organisationen, aber auch Unternehmen mit nachrangigem Profitinteresse und einem hohen Innovationsgrad. SE im weiteren Sinne bezeichnet Drittsektor-Organisationen mit einem weniger starken Innovationspotential sowie Unternehmen, die bestehende Geschäftsmodelle in einen anderen Sektor übernehmen. Hierzu gehören Unternehmen, die Fair Trade-Modelle verfolgen und nachhaltigen Konsum unterstützen (Scheuerle et al. 2013: 11-12). Diese Klassifizierungen zeigen, dass sich nachhaltiges Unternehmertum aus unterschiedlichen Gruppen zusammensetzt: einerseits aus Gruppen, für die Nachhaltigkeit sowie soziale Innovationen im Vordergrund stehen und das Profitinteresse eher nachgeordnet ist; andererseits auch aus Gruppen, die ökologische und soziale Aspekte in ihr Portfolio integrieren, um Profit zu maximieren.

KritikerInnen des nachhaltigen Unternehmertums weisen auf die Problematik des Greenwashing hin: Produkte werden als „grün“, „ökologisch“ oder „nachhaltig“ angepriesen, obwohl sie keinen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Dies führt zu Glaubwürdigkeitsproblemen und Vertrauensverlust in der Bevölkerung sowie zur Verunsicherung der VerbraucherInnen bei Kaufentscheidungen. Bei konkreten Aktivitäten in all diesen Feldern muss daher geprüft werden, ob es sich lediglich um Formen einer letztlich ökonomisch motivierten Imagepflege oder aber um primär gesellschaftspolitische Anliegen handelt. Hinzu kommt die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Zertifikate (verschiedene Bio-Siegel, Fair Trade-Siegel) für

die VerbraucherInnen. Eine Studie zur Rolle von KonsumentInnen kommt zu dem Schluss, dass es zu viele Labels gibt, deren Bedeutung diffus ist und nicht erklärt wird, und es zudem immer mehr Siegel mit irreführenden Bezeichnungen gebe (Meyer-Höfer/Spiller 2013).

### ***Hohes Potential: Change Agents***

Die beschriebenen Initiativen zeigen, dass es bereits treibende Kräfte gibt, die in unterschiedlichen Sektoren aktiv sind und auf der lokalen Ebene zur Energiewende beitragen. Die Forschung bezeichnet diese AkteurInnen als Change Agents: Darunter werden Personen verstanden, die Prozesse des Wandels vorantreiben. Ihre Tätigkeit ist unabhängig von der beruflichen Stellung der Person (für das berufliche Umfeld wird der Begriff Change Manager genutzt). Change Agents sind darüber hinaus nicht unbedingt an der Entwicklung von sozialen und gesellschaftlichen Innovationen beteiligt; sie bringen diese Entwicklungen aber voran und machen sie gesellschaftsfähig (Heins/Alscher 2013: 125-126). Heins und Alscher betonen, dass Change Agents als TreiberInnen der Energiewende bislang zu wenig Beachtung fänden. Politischer Dialog bestehe meist auf der Ebene von Unternehmen, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden oder Gewerkschaften, so dass das bürgerschaftliche Potential weitgehend ungenutzt bliebe. Um die Rolle der Change Agents zu stärken, schlagen sie einen stärkeren Dialog der Politik mit diesen AkteurInnen vor. Darüber hinaus könnten politische Maßnahmen die Arbeit der *Change Agents* unterstützen, beispielsweise durch Qualifikationsangebote, die Fachwissen (wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Grundkenntnisse) vermitteln, aber auch Hintergrundwissen zum Klimawandel bieten. Die Methodenkompetenz der AkteurInnen könne gestärkt werden, um „ein sozial und nachhaltiges Wirtschaften“ zu fördern. Zudem könnte die Politik Vernetzungen zwischen den Change Agents unterstützen und so gegenseitige Lern- und Austauschprozesse ermöglichen (Heins/Alscher 2013: 130-132). Diese Vorschläge zielen darauf ab, AkteurInnen zu stärken, die bereits eine aktive Rolle übernommen haben. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich bislang wenig mit individuellen Motiven der Change Agents und deren Erfahrungen beim Engagement für die Energiewende beschäftigt. Studien zu Engagementbiografien von Change Agents im Bereich der Energiewende wären hilfreich, um Treiber für das persönliche Engagement zu identifizieren. Damit ließen sich Unterschiede der Einstellungen und Motivationen der Change Agents in den verschiedenen Sektoren erkennen und konstruktiv nutzen.

### ***Exkurs: Konflikte um Infrastrukturprojekte***

Diese Aufzählung von „Pionierprojekten“ zeigt, dass die Energiewende nicht nur verbal, sondern auch handlungspraktisch unterstützt wird. Gleichzeitig stoßen Projekte im Zusammenhang mit der Energiewende, bspw. neue Stromtrassen oder Windenergieanlagen, auf heftigen Widerstand. Der Erfolg der Energiewende hängt also nicht nur von technischen Lösungen ab, sondern von einem komplexen Wechselspiel gesellschaftlicher, politischer und infrastruktureller Bedingungen. Die energierelevanten Infrastrukturen legen individuelle Verhaltensweisen auf Jahrzehnte hinweg fest. Ohne den massiven Umbau dieser Infrastrukturen entfalten die individuellen Bemühungen um umweltbewusste Lebensstile somit wenig Wirkung (Reusswig/Greisberger 2008: 199). Umgekehrt

müssen infrastrukturellen Veränderungen zu bestimmten Lebensstilen passen und gesellschaftlich und politisch unterstützt werden, um volle Wirkung erlangen zu können. Politische Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung spielen eine wesentliche Rolle für den Erfolg einer partizipativen Energiewende.

Intensive Konflikte um Energiepolitik und Energieanlagen lassen sich bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückverfolgen (Linse et al. 1988), aber erlangten erst seit den 1970er Jahren eine gesteigerte und nationale Dimensionen erreichende Aufmerksamkeit. Bereits in dieser frühen Phase wurde von Seiten der Regierung versucht, die Dimensionen und Dynamik des Protestpotentials einzuschätzen (Battelle 1975 und 1977). Bedenken bzw. Widerständen sollte mit dem nach schwedischem Vorbild initiierten und von 1975 bis 1978 durchgeführten „Bürgerdialog Kernenergie“ (Rucht 1980) begegnet werden. In diesem Fall gelang es allerdings nicht wie erhofft, kritische BürgerInnen zu besänftigen.<sup>13</sup> Vielmehr trug dieser Dialog dazu bei, die Kritik zu schärfen und weiter zu verbreiten. Wenig glaubwürdig war die damalige Beteuerung, die Bundesregierung sei „im Streit der Befürworter und der Gegner der Kernenergie nicht Partei, sondern ein unabhängiger Anwalt des Gemeinwohls“ (BMBF 1972: 1).

Inzwischen sind Widerstände gegen energietechnische und andere Großprojekte zur Regel geworden. Paradigmatisch dafür ist der Konflikt um das Projekt Stuttgart 21. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen reichten zwar in ihrer Schärfe nicht an die Konflikte um Atomkraftwerke und atomare Lagerstätten sowie Erweiterungen von Großflughäfen (Rucht 1984) heran, aber haben in bisher ungekannter Dimension eine Grundsatzdebatte über Planungs- und Beteiligungsverfahren angestoßen, die inzwischen auf allen Ebenen – der Publizistik, der Forschung, der Rechts- und Verwaltungswissenschaft, der institutionellen Politik – geführt wird. Deutlicher als je zuvor hat sich gezeigt, dass eine Planung ohne eine breite Einbeziehung der Öffentlichkeit nicht nur erhebliche Verzögerungen nach sich zieht, sondern vor allem zu einem immensen politischen Flurschaden führt. Zunehmend wird fraglich, ob mehr oder weniger große Infrastrukturprojekte, darunter der (Aus-)Bau von Autobahnen, Eisenbahnstrecken, Überlandleitungen für Strom, Kraftwerken, Pumpspeicherwerken, CO<sub>2</sub>-Endlagern etc. gegen den organisierten Widerstand örtlicher, regionaler und zuweilen auch nationaler Gruppierungen und Allianzen realisierbar sind, wie es bereits beim Diktum des damaligen Ministerpräsidenten Niedersachsens Albrecht angeklungen war, der 1980, auf dem Höhepunkt einer bundesweiten Protestwelle, eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage im Raum Lüchow-Dannenberg für „politisch nicht durchsetzbar“ erklärte. Mehrere große Vorhaben erwiesen sich aus diversen Gründen, darunter auch der anhaltende Widerstand der Bevölkerung, als „Pleiten“. Dazu zählen der „Schnelle Brüter“ in Kalkar, die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sowie die Magnetschwebbahn „Transrapid“ von Berlin nach Hamburg bzw. als Zubringer zum Münchener Flughafen.

---

<sup>13</sup> In einer undatierten Pressemitteilung (gegen Ende 1976) bezeichnete der Bund für Umwelt- und Naturschutz den Bürgerdialog als „Feigenblatt“ und schlug eine Einladung des Bundesministers für Forschung und Technologie aus. Online unter:

[http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/ueber\\_uns/40\\_jahre\\_bund/150211\\_bund\\_ueber\\_uns\\_40\\_jahre\\_bund\\_schlusseldokument\\_pressemitteilung\\_kernenergie.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/ueber_uns/40_jahre_bund/150211_bund_ueber_uns_40_jahre_bund_schlusseldokument_pressemitteilung_kernenergie.pdf), zuletzt aufgerufen am 9.8.2015.

Über die soziale Zusammensetzung, die Werthaltungen und die Motive der bei solchen Konflikten auftretenden Protestgruppen liegen Ergebnisse diverser Studien vor (Cremer et al. 2008; Baumgarten/Rucht 2013; Marg et al. 2013). Sie sollen hier nicht im Einzelnen referiert werden. Zunehmend deutlich wird jedenfalls, dass diese Proteste sehr stark von Sorgen um den Zustand der Umwelt und, weit darüber hinausgehend, auch von einem veränderten Verständnis von Fortschritt, Demokratie und Bürgerbeteiligung getragen werden. Zuletzt hat der Streit um Stuttgart 21 gezeigt, dass Protest vor allem dann eine breitere Aufmerksamkeit und Unterstützung findet, „wenn er sich mit grundsätzlicher Skepsis gegenüber 'der Politik' oder 'der Wirtschaft' verbindet“ (Brettschneider 2011: 45). Einen Hintergrund dafür bildet der – auch jenseits von konkreten Konflikten um Großprojekte ermittelte – Vertrauensverlust der BürgerInnen in die etablierten politischen Institutionen und die „politische Klasse“. Hinzu kommt eine gewachsene Skepsis gegenüber der Weisheit technischer und ökonomischer Experten, die im Zuge der Finanzkrise und einzelnen Planungsdesastern wie dem Bau des Berlin-Brandenburger Flughafens zusätzliche Nahrung fand.

Vor diesem Hintergrund sind auch die jüngeren und sich absehbar fortsetzenden Konflikte um die Energiewende zu sehen. Bei einer weitreichenden generellen Unterstützung für die Energiewende in der Gesamtbevölkerung (vgl. Abschnitt 3.1) offenbart sich in konkreten Fällen doch erheblicher Zweifel bis hin zu manifestem Widerstand, sei es gegen einzelne Windenergieanlagen oder größere Windparks, neue Kraftwerksbauten (insbesondere Kohlekraftwerke), Lagerstätten für Schadstoffe aus dem Energiekreislauf (insbesondere CO<sub>2</sub>), die weitere Ausbeutung fossiler Energieträger (insbesondere Braunkohle sowie die Fracking-Technologie), Pumpspeicherwerke und neue Stromtrassen. Die gegen den Netzausbau gerichteten Proteste haben dazu geführt, einen „Bürgerdialog Stromnetz“<sup>14</sup> zu etablieren.

Relativ neu an diesen Protesten ist, dass sich erklärte UmweltschützerInnen bei manchen Konflikten auf beiden Seiten der Barrikade finden, so insbesondere bei Windkraftanlagen und neuen Stromtrassen. Relativ neu ist auch der Sachverhalt, dass einzelne Landesregierungen nicht nur zur Abwehr und örtlichen Verlagerung von Bauvorhaben in andere Gebietskörperschaften neigen, sondern in ihrer Argumentation teilweise auch Belange des Umweltschutzes geltend machen.

Dem Widerstand gegen Großprojekte liegt neueren Umfragen zufolge in aller Regel ein Bündel von Motiven zugrunde, bei dem Umweltgesichtspunkte je nach Art und Auswirkungen des Projekts eine zentrale oder auch eher randständige Rolle einnehmen. Als Hauptmotive gegen Stuttgart 21 wurden vor allem die hohen Kosten des Projekts, Demokratiedefizite bei der Projektplanung und beim Umgang mit den Demonstrierenden sowie Profite auf Seiten der Banken und Baukonzerne genannt (Rucht et al. 2010). In Interviews geben die Protestierenden an, das demokratische System in Deutschland als defizitär zu erleben und auf eine passive Rolle reduziert zu werden. Gleichzeitig identifizieren sich die Demonstrierenden aber stark mit demokratischen Werten (Baumgarten/Rucht 2013).

---

<sup>14</sup> Online unter: <http://www.buergerdialog-stromnetz.de/worum-gehts/faq/B%C3%BCrgerdialog#407>, letztmals aufgerufen am 25.8.2015.

Trotz dieser ins Grundsätzliche weisenden Kritik weist das Engagement der Protestierenden zumeist einen vorrangigen Bezug auf das konkrete Projekt auf (vgl. Bebnowski et al. 2010: 8; Becké et al. 2011: 9). Das generelle Profil der dominanten TrägerInnen von Protesten bestätigt sich auch im Zusammenhang mit Projekten der Energiewende. So engagieren sich bei Protesten gegen Windkraftanlagen häufig sehr gut ausgebildete Personen – in diesem Fall eher solche mit einem natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Hintergrund (vgl. Marg et al 2013: 97). Einige Studien weisen darauf hin, dass die Protestierenden, obwohl sie sich überdurchschnittlich dem politisch linken Spektrum zuordnen, z.B. im Rahmen der Proteste gegen Windenergie konservativen Positionen bzw. Werten zuneigen. So werden Argumente des Umweltschutzes mit Anliegen des traditionellen Natur- und Heimatschutzes verknüpft (vgl. Marg et al. 2013: 106 f.). Aber auch bei den BefürworterInnen von konkret geplanten Windenergieanlagen ist ein ähnliches Sozialprofil zu vermuten, wobei hier übergeordnete Gesichtspunkte im Sinne einer nachhaltigen Energiewende eine ungleich größere Rolle zu spielen scheinen. Versuche von kommerziellen ProjektträgerInnen, die bürgerschaftliche Zustimmung zum Netzausbau durch Beteiligungsangebote mit Renditeversprechen für Privatpersonen zu fördern, erwiesen sich bislang als wenig erfolgreich.<sup>15</sup> Allerdings erwiesen sich, wie schon in der Vergangenheit, politische EntscheidungsträgerInnen auf lokaler Ebene zuweilen als durchaus aufgeschlossen für Energieanlagen auf fossiler oder regenerativer Basis, sobald hinreichend attraktive finanzielle Angebote und Erträge (insbesondere Gewerbesteuererinnahmen) in Aussicht standen.

Bei den im Energiebereich tätigen Unternehmen, die nicht nur mit Einzelvorhaben, sondern mit regional, sachlich und zeitlich weitreichenden Planungen befasst sind, zeichnet sich mittlerweile ein Umdenken bezüglich des Bürgerprotests und der Bürgerbeteiligung ab. Dominierten in der Vergangenheit Abwehrhaltungen, Diskreditierungen und der Verweis auf das Wissen von ExpertInnen und vermeintliche Sachzwänge, so hat sich die Tonlage, zuweilen auch das faktische Verhalten, verändert. Große Energieversorger wie E.on und RWE strukturieren unter dem Vorzeichen der Energiewende nicht nur ihre Geschäftsbereiche neu, sondern sind auch bemüht, ihre KritikerInnen besser zu verstehen. Die positiven Effekte, zumindest aber die Unausweichlichkeit einer Bürgerbeteiligung wird von immer mehr Projektträgern anerkannt. So geht der Übertragungsnetzbetreiber Tennet TSO bei seinen Planfeststellungsverfahren inzwischen verstärkt auf die BürgerInnen zu, liefert lange vor dem offiziellen Verfahren umfangreiche Informationen und benennt Anlaufstellen.<sup>16</sup> Auf der anderen Seite erheben sich immer wieder politische Stimmen, die mit Hinweis auf die erforderliche Beschleunigung der Energiewende eine generelle Einschränkung der Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen fordern. Ein entsprechender Vorschlag der Bundesregierung, auf eine öffentliche Erörterung bei Genehmigungsverfahren für Großprojekte zu

---

<sup>15</sup> Ein in Schleswig-Holstein im Jahr 2013 gestartetes Pilotprojekt des Netzbetreibers Tennet sah vor, rund 40 Millionen EURO für den Bau einer Stromtrasse von Privatpersonen einzuwerben, denen eine Rendite von rund fünf Prozent in Aussicht gestellt wurde. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzbetreiber-verspricht-5-prozent-rendite-buerger-koennen-sich-am-bau-einer-stromleitung-beteiligen-12043901.html>, zuletzt aufgerufen am 15.08.2015.

<sup>16</sup> Online unter: <https://www.tennetso.de/site/Transparenz/veroeffentlichungen/ubersicht>, zuletzt aufgerufen am 25.8.2015.

verzichten<sup>17</sup>, stieß auf erheblichen Widerspruch und wurde bislang nicht in die Praxis umgesetzt.

### 3.6 Zwischenbilanz und Forschungslücken

Die meisten Studien zu Teilbereichen der Energiewende konzentrieren sich bislang auf die Akzeptanz der Energiewende und damit verbundener einzelner Maßnahmen. Selbst die Mehrzahl der neueren Studien nimmt Erkenntnisse der Umweltbewusstseinsforschung, welche wichtige Einsichten vermitteln, nicht oder nur am Rande zur Kenntnis. Auffällig ist darüber hinaus, dass das technisch-industrielle Verständnis der Energiewende in vielen Studien reproduziert wird und die Bedeutung von Nachhaltigkeit oder nachhaltiger Entwicklung in vielen Befragungen nicht ermittelt wird, obgleich sie im Umweltbewusstsein vieler Menschen durchaus eine Rolle spielen. Das technisch-industrielle Verständnis der Energiewende, das derzeit auf politischer Ebene dominiert, wird von einem großen Teil der Bevölkerung nicht geteilt: Nachhaltigkeit, Demokratie, Partizipation sowie soziale Aspekte sind für einen großen Teil der Befragten von Bedeutung. Die etablierte Politik läuft Gefahr, durch eine mangelnde Integration von Umweltschutzaspekten, aber auch sozialen und demokratischen Aspekten, die Unterstützung für die Energiewende zu verspielen. Auch droht die Unterstützung für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu sinken. Ein weiterer Gesichtspunkt, der bei der Planung und Umsetzung von Vorhaben stärker berücksichtigt werden sollte, ist die frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in Projekte. Den Befragten sind Mitbestimmung und demokratische Verfahren wichtig. Die damit verbundenen Erwartungen und Erfahrungen sollten eingehender ermittelt und in der Praxis genutzt werden. Gefragt sind also Untersuchungen, die neben der Akzeptanz für technische und politische Maßnahmen der Energiewende auch andere Aspekte (ökologische, soziale und demokratische) einbeziehen, Chancen, Hindernisse und Zielkonflikte verdeutlichen und weniger als bisher auf Antworten zu hypothetischen Fragen („Können Sie sich vorstellen, dass ...“) abzielen.

Bei einem sehr großen Teil der Befragten findet sich eine hohe Akzeptanz und Unterstützung für die Energiewende. Die Zustimmung für erneuerbare Energien besteht in allen Altersgruppen und auch in verschiedenen sozialen Milieus. Die Untersuchungen in verschiedenen Teilbereichen (Verkehr, Bauen usw.) zur individuellen Motivation, sich für den Klimaschutz bzw. für die Energiewende einzusetzen, weisen nicht nur auf positive Anknüpfungspunkte hin, sondern auch auf Hindernisse. Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen tragen, obwohl sie teilweise weniger für die Energiewende sensibilisiert sind, im Durchschnitt weniger zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei. Insbesondere Gruppen mit hohem Bildungsniveau und höherem Einkommen sind trotz des Wissens um den Klimawandel seltener bereit, auf Reisen und insbesondere Fernreisen zu verzichten. Hier wird die in der Umweltbewusstseinsforschung beschriebene Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln besonders deutlich. Studien zum Energieverbrauch, aber auch zur Elektromobilität zeigen, dass Kostenargumente für viele VerbraucherInnen noch immer eine zentrale Rolle spielen. Teilweise fehlt es hier allerdings auch an Wissen über die realen Kosten. In

---

<sup>17</sup> Vgl. Die Welt vom 7.11.2011 („Bundesregierung will Bürgerbeteiligung klar einschränken“).

anderen Fällen, beispielsweise beim nachhaltigen Konsum, zeigen Untersuchungen, dass es an der notwendigen Transparenz mangelt und dass bei vielen VerbraucherInnen Verunsicherung vorherrscht. Gleichzeitig besteht gerade im Bereich der nachhaltigen Ernährung eine große gesellschaftliche Offenheit dafür, das Ernährungsverhalten zu ändern. Studien aus dem pädagogischen Bereich könnten für die Umsetzung konkreter politischer Maßnahmen stärker genutzt werden

Die Studien zu konkreten Teilbereichen, in denen die Energiewende zum Tragen kommen soll, zeigen darüber hinaus, dass Energiewende-Initiativen immer dann erfolgreich sind, wenn sie von den Beteiligten als positives Erlebnis wahrgenommen werden: Dies gilt sowohl für Windkraftanlagen, die dann eher akzeptiert werden, wenn sie optisch ansprechend gestaltet sind, als auch für die Änderung von Konsum, Lebensstilen oder Essgewohnheiten. Sind Veränderungen positiv besetzt, ist zu erwarten, dass diese Veränderungen einen dauerhaften Charakter haben.

Bestimmten Akteuren, sogenannten Change Agents, kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Sie sind TreiberInnen von sozialen Innovationen. Untersuchungen von Initiativen in Schulen und Universitäten zeigen, dass positive Anreize und eine kontinuierliche Begleitung dauerhafte Lernprozesse ermöglichen. Auf die Rolle von Change Agents und Pionieren wird zwar gelegentlich hingewiesen, doch fehlt es an Studien, die klären, warum die Change Agents überhaupt aktiv werden, unter welchen Voraussetzungen solche Change Agents und Pioniere erfolgreich sind (oder auch scheitern) und wie derartige Gruppen und Projekte gezielt gefördert und vervielfacht werden könnten. Weiterhin sollte in zukünftigen Untersuchungen die vergleichende Motivations- bzw. Einstellungsforschung einbezogen werden. Hier wäre u.a. zu klären, ob es spezifische Motivationsbündel für die einzelnen Teilbereiche (Bauen, Wohnen, Verkehr usw.) gibt.

## **Kapitel 4: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Unser Ziel bestand darin, die insbesondere vor dem Hintergrund der Energiewende in Deutschland entstandenen Studien und Erkenntnisse zum „Faktor Mensch“ zu sichten, zu bilanzieren und auch hinsichtlich ihrer Anregungen und Empfehlungen auszuwerten. Im Mittelpunkt standen personen- und gruppenbezogene Motive, Einstellungen, Verhaltensweisen und die darauf einwirkenden bzw. daraus folgenden zivilgesellschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen, die zum Erfolg bzw. Misserfolg der Energiewende beitragen. Bei der Durchführung dieser thematisch eingegrenzten Aufgabe erwies es sich allerdings als notwendig, über die unmittelbar mit der Energiewende verbundenen Studien hinauszugehen. Einzubeziehen waren somit auch allgemeine Erkenntnisse der Forschung zu gesellschaftlichem Engagement und bürgerschaftlicher Partizipation, zur Aktivierung im Rahmen der Protestgruppen und sozialen Bewegungen, zu Konflikten um Umweltvorhaben und technisch-industrielle Großprojekte, schließlich zu den Wirkungen und Wirkungsgrenzen staatlicher Steuerungen durch imperative Eingriffe, monetäre und andere Anreize, Information, Aufklärung und Partizipationsangebote. Manche der Erkenntnisse aus diesen angrenzenden bzw. breiteren Forschungsfeldern lassen sich, wenngleich nicht explizit darauf



gemünzt, auch auf Fragen der Energiewende übertragen.

#### **4.1 Hauptbefunde der empirischen Forschung**

Es ist ein auf nationaler wie internationaler Ebene gesicherter Befund, dass das politische Interesse, das Partizipationsverhalten und auch die Bereitschaft, sich freiwillig in diversen gesellschaftlichen Feldern zu engagieren, stark von der Schichtzugehörigkeit und dem Bildungsniveau abhängt. In Deutschland gibt es insgesamt einen hohen Anteil von freiwillig Engagierten, die allerdings überwiegend in den Bereichen Sport und Kultur aktiv sind. Ein weitaus geringerer Anteil engagiert sich im politischen Bereich, wobei hier wiederum der Umweltbereich zu den kleineren Feldern gehört.

Das Engagement lässt sich nach sozio-demografischen Merkmalen, insbesondere Alter, Geschlecht und Schicht/Milieu, differenzieren. Tendenziell ist das Engagement bei höheren Altersgruppen, Männern und Personen mit hoher Bildungsqualifikation stärker ausgeprägt. Es variiert darüber hinaus nach Lebensphase und -situation: Jüngere Erwachsene und Singles engagieren sich häufiger ehrenamtlich als Menschen in Beziehungen, wobei letztere verstärkt in Kindertagesstätten und Schulen aktiv werden. Auch lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Art der Tätigkeit feststellen: Frauen sind eher im sozialen Bereich aktiv; Männer engagieren sich eher in herausgehobenen Positionen, die mit Prestige verbunden sind. Hinsichtlich der Motive für ein Ehrenamt können drei Kerngruppen identifiziert werden: Die erste Gruppe bilden Engagierte, die vorrangig von Pflicht- und Wertvorstellungen geleitet werden und sich aus altruistischen Motiven beteiligen. Diesen Personen wollen Dinge zu verändern, die ihnen missfallen. Bei der zweiten Gruppe steht der Wunsch nach Abwechslung und sozialen Kontakten im Vordergrund. Die dritte Gruppe möchte die eigenen Fähigkeiten für ein konkretes Anliegen oder für eine bestimmte Gruppe einsetzen.

Vereine bilden nach wie vor den wichtigsten Ort des Engagements. Allerdings weisen die Studien darauf hin, dass insbesondere jüngere Engagierte und potentiell Engagierte flexible Formen des Engagements bevorzugen. Jedoch gelten diese Ergebnisse nicht für den Umweltbereich, wo Großorganisationen nach wie vor viel Zulauf erfahren.

Insbesondere die Energiewende findet eine relativ große Unterstützung in der Gesamtbevölkerung, wobei sich hier Unterschiede entsprechend den jeweiligen Lebensstilen und des sozialen Umfelds zeigen. Diese Unterschiede führen teilweise zu widersprüchlichen Ergebnissen: Zwar sind Befragte mit höherer Bildung und höheren Einkommen stärker für den Klimawandel sensibilisiert. Sie sind zum Beispiel eher bereit, auf den Fleischkonsum zu verzichten. Gleichzeitig verursacht diese Gruppe im Gegensatz zu den ärmeren Bevölkerungsgruppen höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in diesem Fall vorrangig im Verkehr und Tourismus entstehen. Hier zeigt sich die in der Umweltbewusstseinsforschung häufig beschriebene Kluft zwischen Wissen und Handeln.

Eine große Unterstützung in der Bevölkerung erfährt die Nutzung von erneuerbaren Energien, wobei auch hier nach bestimmten Bereichen differenziert werden muss. Insgesamt, und dies zeigen Studien zum Bau von Energieanlagen, spielt die Einbeziehung der Bevölkerung für die

Akzeptanz von Projekten eine wesentliche Rolle. Für einen Teil der Befragten sind aber auch ökologische Motive von Bedeutung. In mehreren Studien wird darüber hinaus deutlich, dass weitere Aspekte eine Rolle spielen: So zeichnet sich die Einsicht ab, dass die Energiewende nicht nur auf technischer und wirtschaftlicher Ebene entschieden werden kann, sondern dass auch soziale, motivationale und gesellschaftliche Aspekte bedeutsam sind. In der Gesellschaft scheint eine ganzheitliche Vorstellung von der Energiewende somit schon weiter verankert zu sein als in den noch eher technisch ausgerichteten politischen Programmen.

Gerade im ökologischen Bereich kommt den VorreiterInnen für Innovationen eine wichtige Rolle zu. Diese sogenannten Change Agents treiben innovative ökologische Projekte voran und fungieren besonders in längeren Prozessen als AnsprechpartnerInnen und MotivatorInnen. Darüber hinaus sind Veränderungen hin zu ökologischem und umweltgerechtem Verhalten eher von Erfolg gekrönt, wenn sie nicht einmalig und kurzfristig ansetzen, sondern in Institutionen (wie Schulen oder Verwaltungen) eingebunden sind, durch diese begleitet und auch reflektiert werden.

#### **4.2 Lücken der empirischen Forschung**

Generell ist ein unkoordiniertes Nebeneinander vieler Einzelstudien festzustellen, die manche Teilaspekte relativ gut und empirisch gesichert abdecken, andere Fragen dagegen fast völlig ausklammern (siehe 4.1 und 4.3). Abgesehen von wenigen Ausnahmen wie dem breit angelegten Freiwilligensurvey erstrecken sich die vorliegenden Studien meist auf kurze Zeiträume oder einen einzigen Zeitpunkt, eng begrenzte Populationen und einige Teilfragen der Energie- und Umweltpolitik. Es liegen kaum standardisierte Erhebungsinstrumente vor, die Vergleiche über unterschiedliche Zeiträume und thematische Felder hinweg erlauben würden. Viele empirische Ergebnisse beruhen auf Selbstauskünften der Befragten und dürften somit „sozial erwünschte“ Werte, Intentionen und Handlungen zu stark gewichten. Dagegen fehlen Studien, die tatsächliches Verhalten in einem methodisch strengeren Zugriff (etwa im Rahmen von Zeitbudget-Studien) und/oder durch unabhängige und kritische Beobachtungen erfassen. Hinzu kommt der Mangel, dass Umfang und Modalitäten von Engagement in informellen Bahnen und Strukturen nicht oder nur auf sehr pauschale Weise erfasst werden (z.B. durch eine Frage: „Wie oft haben Sie sich in den letzten Jahren an einer Unterschriftensammlung beteiligt?“). Auf dieser lückenhaften und methodisch teilweise unzureichenden Basis fällt es schwer, Langzeittrends, aber auch vermeintlich oder tatsächlich neue Entwicklungen zu erkennen und in ihrem Gewicht einzuschätzen.

Bisherige Studien liefern kaum Erkenntnisse, wie die Kluft zwischen Wissen und Handeln gerade auch im Bereich der Energiewende überwunden werden kann. Notwendig wären hier Studien zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die häufiger als andere Gruppen ökologisches Verhalten konkret umzusetzen versuchen, beispielsweise durch die Abkehr vom Auto, bewusste Ernährung oder den Verzicht auf Fleisch.

Es existieren kaum Studien, die Wissen über konkrete Barrieren der aktiven bürgerschaftlichen Mitgestaltung liefern. Manche Untersuchungen bieten lediglich eine relativ unkritische Begleitforschung zu Modellvorhaben. Dagegen fehlen Studien über längere Zeiträume, die auch über den

Wandel von Motiven, Arten und Intensitäten des Engagements sowie Neuzugänge und AussteigerInnen informieren. Ebenso liefern die vorhandenen Studien nur wenige Hinweise dazu, wie mit individuellen Zielkonflikten, Widersprüchen und Ambivalenzen bei Beteiligungsprozessen umgegangen wird. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass größere politische Maßnahmen und Programme nur selten evaluiert werden.

Unterbelichtet sind, abgesehen von wenigen Fallstudien (etwa zu Mediationen), die informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung und deren Zusammenspiel mit formellen Verfahren. Auch fehlt eine systematische Bilanz der formellen Verfahren (zum Beispiel von Planfeststellungen). Bislang haben zu diesen Verfahren vor allem JuristInnen und VerwaltungswissenschaftlerInnen Stellung bezogen. Dagegen mangelt es an sozialpsychologischen und soziologischen Studien, die andere Dimensionen erschließen können.

### **4.3 Handlungsempfehlungen vorliegender Schriften und Studien**

Die schon seit Jahrzehnten zu beobachtenden Veränderungen zivilgesellschaftlichen Engagements in Richtung flexibler und offener, hierarchiefreier Strukturen bei nachlassender Bindung an formelle (Groß-) Organisationen (Rucht 2003) legen es nahe, auch die Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements entsprechend auszurichten. Generell zeigt sich eine relativ hohe Übereinstimmung und Redundanz der allgemein gehaltenen Forderungskataloge diverser Studien. Hürden bei der Umsetzung solcher Forderungen werden teilweise benannt. Jedoch fehlen Vorschläge zur Überwindung dieser Hürden, oder die Vorschläge sind diffus und allgemein gehalten.

Die Ergebnisse der Befragungen weisen darauf hin, dass es an geeigneten AnsprechpartnerInnen und Beratungsstellen mangelt, die Engagementwillige darüber informieren, wo und wie ein Engagement in einzelnen Themenfeldern möglich ist.

Ein ganz entscheidender Zugangsweg zum Umweltengagement – darin stimmen die meisten Studien überein – sind die vorhandenen sozialen Netzwerke. Durch die Einbindung in ein soziales Umfeld, in dem Umweltengagement auf positive Resonanz stößt, erhöht sich das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement. Für die Förderung des Umweltengagements bedeutet dies, Maßnahmen zu konzipieren, die auch den Aufbau oder die Unterstützung sozialer Netzwerke ermöglichen.

Angesichts der offenbar starken Kontinuität des Engagements im Lebenslauf, auf die einige Studien hinweisen, ist es sinnvoll, mit Aktivierungsmaßnahmen schon während der Kindheit und im Jugendalter anzusetzen. Entsprechende Studien sollten sich mit der Frage beschäftigen, wie junge Menschen für eine Beteiligung zu begeistern wären. Das von Göll und Henseling (2005) ermittelte ansteigende Interesse von Jugendlichen für Umwelt- und Naturschutz weist auf ein großes Potenzial hin, durch gezielte Kooperationen und Projekte mit schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, mit Ausbildungsbetrieben und Hochschulen junge Menschen für ein Umweltengagement zu gewinnen. Dies gilt auch für konkrete Teilbereiche, die für die Energiewende wichtig sind, wie nachhaltiger Konsum, nachhaltige Ernährung, nachhaltiges

Wohnen sowie das Mobilitätsverhalten.

Gleichzeitig zeigen die Befunde zu den Engagementbiografien in den unterschiedlichen Lebensphasen, also bspw. das steigende Engagement im frühen Rentenalter oder der Zeitmangel während Lebensphasen mit starken beruflichen oder familiären Belastungen, dass unterschiedliche Engagementmodelle für spezifische Phasen entwickelt werden sollten. Beispielsweise könnten einzelne Engagementprojekte mit familienfreundlichen Modellen verbunden werden. Auch sind für einige Phasen besondere Unterstützungsmaßnahmen zu überlegen und die Hürden eines Wiedereinstiegs möglichst gering zu halten.

Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind aber nicht nur in unterschiedlichen Lebensphasen, sondern auch für die unterschiedlichen Engagementbereiche sowie hinsichtlich neuer Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten sinnvoll. Die Beteiligung im Netz bspw. erfordert Kenntnisse über das Medium, seine Möglichkeiten, Wirkungen sowie Vor- und Nachteile. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Institutionen, darunter Vereine, Verbände, NGOs und informelle Netzwerke, können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Engagierte früh in die digitale Beteiligungswelt einzuführen.

Da auch berufsrelevante Motivationslagen eine immer größere Rolle spielen und in den Engagementprojekten Schlüsselqualifikationen wie Kommunikationskompetenzen und Teamfähigkeit erworben werden können, könnten ehrenamtliche Tätigkeiten auch für eine spätere Berufsqualifikation vorteilhaft sein.

Die Ergebnisse der Milieu- und Partizipationsstudien weisen auf den besonderen Bedarf der Ansprache sozial benachteiligter und natur- bzw. umweltferner gesellschaftlicher Gruppen hin. Deren Motivierung für ein Engagement muss mit einer verstärkten Bewusstmachung für den praktischen und ideellen Wert einer intakten Umwelt und nachhaltigen Energie einhergehen. Hier könnten niedrigschwellige Angebote im nahen Lebensumfeld dieser Zielgruppen bereitgestellt werden, die an deren Alltagsbedürfnissen anknüpfen, z.B. der wohnortnahen Gestaltung von Freizeit-, Erlebnis- und Bildungsaktivitäten für Kinder oder die ganze Familie (z.B. Nutzgarten- und Energieprojekte auch in der Stadt). Diese Projekte sind gerade für solche Kinder und Jugendliche wichtig, deren Eltern aufgrund vielfältiger sozialer und sprachlicher Benachteiligungen und Überforderungen nicht in der Lage sind, ihrem Nachwuchs das Energie- und Umweltthema nahezubringen. Gleichzeitig verdeutlichen die Studien aber auch, dass die gesellschaftlichen Milieus mit einem hohen Bildungsgrad sowie einem hohen Einkommen stärker zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß beitragen, obwohl sie dem Thema der Energiewende eine hohe Bedeutung zumessen. Auch hier wären konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie das Wissen und Handeln dieser Gruppen besser zur Deckung gebracht werden kann.

Die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene (z.B. FreiwilligenkoordinatorInnen oder EhrenamtskoordinatorInnen auf verschiedenen Ebenen) steht noch am Anfang. Allianzen und Kooperationen mit AkteurInnen aus dem Umwelt und Energiebereich könnten ausgebaut werden und mit anderen Bereichen (wie Gesundheit, Bildung und Soziales) verknüpft werden.

Öffentlichkeitsbeteiligung gehört zu den am meisten diskutierten Konzepten, die gelegentlich unter

dem Stichwort „Demokratisierung der Demokratie“ firmieren. Um echte Partizipation und gemeinsame Dialogprozesse zu ermöglichen, sollte die Öffentlichkeit frühzeitig und möglichst vollständig über die Projekte und ihre Konsequenzen informiert werden. Es gilt, vor allem die unmittelbar Betroffenen und Beteiligten von Beginn an einzubeziehen. Transparenz über die Verfahren sowie die Klarheit von Zuständigkeiten und Kompetenzen sind darüber hinaus wichtige Voraussetzungen, die Vertrauen schaffen und gemeinsam getragene Lösungen ermöglichen. Betroffenen wird schnell klar, ob es sich um eine ernsthafte dialogische Orientierung handelt. Belehrung „von oben“ führt schnell zu Frustration bis hin zum Rückzug der Beteiligten. Auch sollten Fristen und Terminankündigungen eingehalten werden: Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit stärken das Vertrauen in den ernsthaften Dialog. In diesem Zusammenhang könnten die neuen Medien extensiver und intensiver genutzt werden. Beispielsweise kann auf Webseiten und Blogs auf den Stand der Verfahren, Gesprächsrunden sowie auf (Teil-)Ergebnisse hingewiesen werden. In Konfliktsituationen bieten Mediations- und Schlichtungsverfahren eine Möglichkeit, die Beteiligten wieder „an einen Tisch“ zu bringen. Allerdings sollten solche Verfahren nicht erst dann zum Einsatz kommen, wenn sich die Fronten völlig verhärtet haben.

Darüber hinaus wird deutlich, dass politische Maßnahmen und Programme nur selten evaluiert werden, obwohl Evaluationen in anderen Politikbereichen längst zur gängigen Praxis gehören: Für Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wurde mit dem Deutschen Evaluierungsinstitut für Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ein unabhängiges Institut geschaffen, das Evaluierungen, Leistungsanalysen und Wirkungsanalysen durchführt. Die Schaffung eines unabhängigen Gremiums für die Evaluierung von Partizipationsprozessen auf lokaler und nationaler Ebene könnte zur Verbesserung der Programme beitragen.

#### **4.4 Plädoyer für eine demokratisch und nachhaltig gestaltete Zukunft**

Wir stimmen weitgehend mit den in der neueren Fachliteratur vorgelegten Handlungsempfehlungen – frühzeitige Information über Vorhaben, Transparenz der Verfahren, eindeutige Klärung von Zuständigkeiten usw. – überein. Teilweise handelt es sich dabei um „Binsenweisheiten“ (etwa „erst planen, dann bauen“<sup>18</sup>), an die angesichts einer defizitären Praxis gleichwohl immer wieder erinnert werden muss. Wie die Sichtung des Energiekonzeptes der Bundesregierung zeigt, werden verschiedene gesellschaftliche Gruppen bislang kaum in die Planung einbezogen, obgleich in der Bevölkerung insgesamt ein hohes Bewusstsein für Sinn und Bedeutung der Energiewende besteht.

In den hier betrachteten Studien finden sich verschiedene Handlungsempfehlungen, die wir aufgrund unserer Einschätzungen um weitere Punkte erweitert und ergänzt haben. Folgende Empfehlungen erscheinen uns bedenkenswert:

---

<sup>18</sup> So eine der zehn Empfehlungen einer von Bundesverkehrsminister Dobrindt eingesetzten Kommission zum „Bau von Großprojekten“. Es ist bezeichnend, dass in dieses Gremium überwiegend VertreterInnen der Bauindustrie, der Wirtschafts- und Ingenieursverbände berufen wurden. Online unter: [http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/reform-grossprojekte-mitglieder.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/reform-grossprojekte-mitglieder.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt aufgerufen am 9.8.2015.

### ***Aufklärung über Handlungsalternativen***

Die verbreitete Praxis, unternehmerische oder politische Vorhaben von Beginn an oder in einem fortgeschrittenen Stadium als alternativlos darzustellen, sollte aufgegeben werden. Stattdessen wären Vorhaben in einem frühen Stadium in ihrer Sinnfälligkeit aufgrund einer Abwägung gegenüber alternativen Planungen (incl. deren Vor- und Nachteilen) öffentlich zu begründen. Das Gebot der Öffentlichkeitsbeteiligung gilt für grundsätzliche Richtungsentscheidungen und nicht nur für die konkrete Ausgestaltung bereits festgelegter Vorhaben.

### ***Transparente und offene Verfahren***

Verfahren der Bürgerbeteiligung, Schlichtung und Mediation sollten neben der sachlichen Klärung bzw. Kompromissfindung bei inhaltlichen Fragen auch von Anfang an Spielregeln, Prozeduren und Kompetenzen verdeutlichen bzw. aushandeln. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen Verfahren, die eine Beratungs- oder aber eine Entscheidungsfunktion haben. Verfahren sollten ergebnisoffen angelegt sein und nicht einer nachhinkenden Akzeptanzbeschaffung dienen.

### ***Langfristige Orientierung***

Beratungs- und Beteiligungsprozesse sollen sich nicht nur auf Phasen unmittelbar anstehender Entscheidungen erstrecken, sondern prozessbegleitend, langfristig und kontextsensibel angelegt sein. Dazu gehört, einzelne Vorhaben in einem größeren Sachzusammenhang zu verorten, etwa als Teil einer Gesamtstrategie der Energiewende und einer grundsätzlichen Richtungsentscheidung zugunsten einer aktiven Bürgergesellschaft.

### ***Sinnstiftung und Stärkung des Selbstwertgefühls***

Insbesondere für Menschen, die nicht erwerbstätig sind (z.B. SchülerInnen, Studierende, Arbeitslose, Hausfrauen und -männer, RentnerInnen) bzw. für Menschen, die sich in besonderen Lebenssituationen befinden (z.B. durch den Tod des Lebenspartners oder den Auszug der Kinder), vermag das Engagement eine sinnvolle neue Perspektive zu bieten. Die Ausübung von Ehrenämtern kann das Gefühl des Gebrauchtwerdens und das Selbstwertgefühl erhöhen und zugleich Resignation abbauen. Diese Perspektiven sollten verstärkt in die Programm- und Engagementförderung aufgenommen werden.

### ***Kompetenzerwerb***

Die ehrenamtlichen Aktivitäten werden zunehmend von Menschen genutzt, um Kompetenzen aufzubauen, z.B. um die Zeit zwischen dem Ende ihrer Schulzeit und dem Beginn einer Ausbildung zu überbrücken, oder aber für ältere Menschen, die sich beruflich nicht ausgefüllt fühlen und eine „Ersatzkarriere“ suchen. Auch für erwerbslose Personen kann ehrenamtliche Tätigkeit diese Funk-

tion erfüllen und gleichzeitig als Qualifikationsmaßnahme dienen.

### ***Suche nach einem „alternativen“ Lernumfeld***

Schule, Ausbildung und Beruf bieten nicht für alle Menschen ein geeignetes Umfeld, um „alternative“ Handlungsmöglichkeiten zu erkunden. Im Engagementbereich können individuelle Fähigkeiten in einem relativ geschützten Rahmen erprobt und eigene Stärken und Schwächen entdeckt werden. Möglichkeiten zur Selbsterfahrung, Selbstfindung und Selbstverwirklichung werden häufig als Motive genannt und sollten stärker berücksichtigt werden.

### ***Soziale Netzwerke, Spaß und Abenteuer***

Engagement kann der Individualisierung und Anonymität entgegenwirken und neue soziale Netzwerke bzw. Kontakte ermöglichen. Das Engagement wird häufig mit Freude, Abwechslungsreichtum und Abenteuer verbunden. Dies spielt als motivationaler Hintergrund für das Engagement eine große Rolle. Dennoch gibt es bislang kaum Strategien und Ideen, die diese Aspekte aufgreifen und für die Engagementförderung nutzen.

### ***Neue Medien***

Das Internet und die Gesamtheit digitaler Medien bieten vielfältige Möglichkeiten für Informationen und Beteiligung. Einerseits ist die Beteiligung im Internet relativ einfach und bequem; andererseits bietet das Netz eine so große Vielfalt an Inhalten und Plattformen, dass es viele Engagierte als unüberschaubar, die Beteiligung als schnelllebig, teilweise sogar oberflächlich und wirkungslos einschätzen. Beratungsangebote und eine enge Verzahnung mit realen Netzwerken und Offline-Aktionen sind bislang noch kaum entwickelt.

### ***Inklusion benachteiligter Gruppen***

Beteiligungserferne Gruppen, die oft auch ressourcenärmer sind und eine geringere formale Bildungsqualifikation aufweisen, sollten bei der Engagementförderung und der Partizipationsplanung stärker unterstützt werden (bspw. durch die Bereitstellung verständlicher und leicht zugänglicher Informationen; gegebenenfalls auch durch sprachliche und kulturelle Übersetzungshilfen). Weiterhin kann eine gezielte Moderation und Lenkung von Gesprächskulturen und ein sensibler Umgang mit sozialen und wissensbasierten Hierarchien dazu beitragen, benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker einzubeziehen.

### ***Phasen-, milieuspezifische und altersgerechte Planung***

Die Intensität des Engagements unterscheidet sich nach Altersstufe, Milieuzugehörigkeit und Lebensphase. Demzufolge ist es sinnvoll, diese Unterschiede in den Programmen zur Engagementförderung und bei der Konzeption der Beteiligungsverfahren stärker zu berücksichtigen.

### ***Konkrete Engagementmodelle für spezifische Teilbereiche der Energiewende***

Die einzelnen Teilbereiche der Energiewende (Verkehr, Bauen, Konsum, etc.) werden durch spezifische Verhaltensweisen und Alltagsroutinen unterstützt oder aber gebremst. Eine bereichsspezifische Konzeption von Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten sollte an den konkreten und themenspezifischen Interessen der BürgerInnen anknüpfen.

### ***Unterstützung von Change Agents, Pioniere und Multiplikatoren***

Change Agents, Pioniere, Leuchtturmprojekte und MultiplikatorInnen haben wesentlich dazu beigetragen, dass ökologische Themen und erneuerbare Energien aus der Nische gelangt sind. Eine gezielte Förderung von PromotorInnen für die Energiewende wird bislang nur ansatzweise verfolgt; einzelne Vorbilder sind bislang nur InsiderInnen bekannt.

### ***Politische und institutionelle Rahmenbedingungen***

Die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen wurden zwar in den letzten Jahren ausgebaut. Allerdings bestehen zwischen einzelnen Bundesländern und Kommunen noch immer große Unterschiede. Für ein erhöhtes Engagement und eine breite Beteiligung müssen auf allen Entscheidungsebenen klare Rahmenbedingungen geschaffen und notwendige Ressourcen bereitgestellt werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass weder die Potentiale der „Produktivkraft Kommunikation“ (Habermas 1990) noch die „Produktivkraft Partizipation“ (Naschold 1969) ausgeschöpft sind.



## Literatur

- ADAC (2015): Reisemonitor 2015. Online unter: <http://media.adac.de/start/adac-reisemonitor-2015.html>, zuletzt aufgerufen am 19.08.2015
- Agentur für Erneuerbare Energien (2012): Akzeptanz und Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Studien aus der Akzeptanz- und Partizipationsforschung. Hintergrundinformation der Agentur für Erneuerbare Energien. Renew Special Ausgabe 60. Berlin
- Agentur für Erneuerbare Energien e.V./DGRV–Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (Hg.) (2013): Energiegenossenschaften. Bürger, Kommunen und lokale Wirtschaft in guter Gesellschaft. Berlin
- Ajzen, Icek/Fishbein, Martin (2005): The Influence of Attitudes on Behavior. In: Dolores Albarracín/Blair Johnson/Mark Zanna (Hg.): The Handbook of Attitudes. Mahwah: Erlbaum, S. 173-221
- Alcantara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2015): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- AMB Generali (2009): Engagementatlas '09. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen, Berlin. Online unter: <http://zukunfts-fonds.general-deutschland.de>, zuletzt aufgerufen am 16.09.2011
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners, 35, S. 216–224
- Barber, Benjamin (1984): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkeley: University of California Press
- Battelle-Institut e.V. (1975): Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie
- Battelle-Institut e.V. (1977): Einstellung und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie
- Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter (2013): Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch? In: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97-125
- Bebnowski, David/Hermann, Christoph/Heyne, Lea/Hoeft, Christoph/Kopp, Julia/Rugenstein, Jonas (2010): Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21. Online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.03.2015
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale

Ungleichheiten, Soziale Welt. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 35-74

Beck, Ulrich (1991): Politik in der Risikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Becké, Ana Belle/Hartmann, Franz/Hermann, Christoph/Heyne, Lea/Hoeft, Christoph/Marg, Stine (2011): Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg (BER/BBI). Eine explorative Analyse der Protestteilnehmer. Online unter: [http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Stuttgart21\\_II.pdf](http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Stuttgart21_II.pdf), zuletzt aufgerufen am 06.03.2015

Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (1998): Das Ehrenamt in empirischen Studien ein sekundäranalytischer Vergleich. Stuttgart: Kohlhammer

Behrendt, Siegfried (2000): CarSharing Nachhaltige Mobilität durch eigentumslose PKW-Nutzung? Fallstudie im Rahmen des Projekts „Eco-Services for a Sustainable Europe“. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung. Berlin.

Beierle, Thomas/Cayford, Jerry (2002): Democracy in Practice: Public Participation in Environmental Decisions. Washington: Resources for the Future

BMBF (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft) (1972): informationen-bildung-wissenschaft vom 16.8.1972. Bonn

BMBU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2015): Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2009): Monitor Engagement. Ausgabe Nr. 1: Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung, erstellt durch Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Projektgruppe Zivilengagement. Berlin

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. TNS Infratest Sozialforschung. München

BMFSFJ (Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & Institut für Demoskopie Allensbach) (2014): Motive des bürgerschaftliche Engagements. Kernergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Erhebung durch das Institut für Demoskopie Allensbach im August 2013. Berlin

BMI (Bundesministerium des Innern) (2012): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG); Deutscher Bundestag Drucksache 17/9666, 17. Wahlperiode, 16.05.2012, Gesetzentwurf der Bundesregierung. Online unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/096/1709666.pdf>, zuletzt aufgerufen am 16.08.2015

BMU (Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2010): Pilotstudie zur Akzeptanz vertikaler Energieanlagen. Berlin

BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2008):

Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.  
Umweltpolitik. Berlin

BMU/BFN (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Bundesamt für  
Naturschutz) (2012): Naturbewusstsein 2011. Berlin. Online unter:  
[www.bfn.de/naturbewusstsein.html](http://www.bfn.de/naturbewusstsein.html), zuletzt aufgerufen am 18.07.2015

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (2015): Energiewende. Online unter:  
<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/energiewende.html>, zuletzt aufgerufen am  
06.08.2015

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland.  
Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Otto-Brenner-Stiftung, Arbeitspapier  
1. Online unter: [https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-  
arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-1-soziale-ungleichheit-und-politische-partizipation-  
in-deutschland.html](https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-1-soziale-ungleichheit-und-politische-partizipation-in-deutschland.html), zuletzt aufgerufen am 9.8.2015

Bogun, Ronald (2012): Konsum, Umweltverbrauch und soziale Gleichheit eine Frage „unseres  
Lebensstils“? Artec-paper 179. Universität Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit

Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In:  
Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 18-25

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.  
Frankfurt am Main: Suhrkamp

Brand, Karl-Werner/Fürst, Volker (2002): Voraussetzungen und Probleme einer Politik der  
Nachhaltigkeit. Eine Exploration des Forschungsfelds. In: Karl-Werner Brand (Hg.): Politik der  
Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme und Chancen eine kritische Diskussion. Berlin:  
edition sigma, S. 15-109

Brand, Karl-Werner/Reusswig, Fritz (2015): Umweltsoziologie. In: Hans Joas (Hg.): Lehrbuch der  
Soziologie. Frankfurt am Main: Campus Verlag, im Erscheinen

Brand, Karl-Werner/Warsewa, Günter (2003): Lokale Agenda 21: Zukunftsperspektiven eines neuen  
Politiktypus. In: GAIA Ecological Perspectives for Science and Society, 12, 1, S. 15-23

Brandenburg, Hermann (1995): Neues Ehrenamt. Herausforderung und Perspektiven. Archiv für  
Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 26, S. 107-119

Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hg.) (2014): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur.  
Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen.  
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Brettschneider, Frank (2011): Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten, in: Aus  
Politik und Zeitgeschichte 44-45, S. 40-47

Brix, Kerstin/Bromma, Birte/Jaenisch, Janina (2006): Nachhaltiges Unternehmertum. Diskussion  
des Konzeptes an Unternehmensbeispielen vom Bioneur zum Sustainable Entrepreneur.  
Lüneburg: Centre for Sustainable Management

- Bundesverband Deutsche Mittelgebirge (2012): Akzeptanz von Windenergieanlagen in Deutschen Mittelgebirgen. Online unter: [https://www.ihk-kassel.de/solva\\_docs/Studie\\_akzeptanz\\_windenergie.pdf](https://www.ihk-kassel.de/solva_docs/Studie_akzeptanz_windenergie.pdf), zuletzt aufgerufen am 26.08.2015
- Burkett, Paul (2006): *Marxism and Ecological Economics: Toward a Red and Green Political Economy*. Leiden: Brill
- Christ, Tamina (2012): Naturbewusstsein in den Sinus-Milieus. In: BMU/BFN (Hg.): *Naturbewusstsein 2011. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt*. Bonn: BfN-Skripten. Online unter: <http://www.bfn.de>, zuletzt aufgerufen am 31.08.2015, S. 20-33
- Cremer, Clemens et al. (2008): *Sozioökonomische Begleitforschung zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Carbon Capture und Storage (CCS) auf nationaler und internationaler Ebene*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Berlin: Suhrkamp
- Degenhardt, Lars (2006): *Pioniere nachhaltiger Lebensstile. Analyse einer positiven Extremgruppe mit bereichsübergreifender Kongruenz zwischen hohem nachhaltigen Problembewusstsein und ausgeprägtem nachhaltigen Handeln*. Dissertation. Universität Lüneburg
- Deutsche Bank Research (2014): *CO2-Emissionen von PKW. Regulierung über EU-Emissionshandel besser als strengere CO2-Grenzwerte*. Frankfurt: Deutsche Bank Research
- Diekmann, Andreas/Preisendörfer, Peter (2001): *Umweltsoziologie. Eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt
- Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (Hg.) (2004), *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften*. München: Oldenbourg
- DIVSI (Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet) (2015): *Beteiligung im Internet. Wer beteiligt sich wie?* Online Studie, DIVSI-Institut, Hamburg. Online unter: [https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2015/07/DIVSI-Studie-Beteiligung-im-Internet-Wer-beteiligt-sich-wie\\_web.pdf](https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2015/07/DIVSI-Studie-Beteiligung-im-Internet-Wer-beteiligt-sich-wie_web.pdf), zuletzt aufgerufen am 28.7.2015
- EANRW (Energieagentur NRW) (2014): *Windenergievorhaben und Akzeptanz: Bürgerbeteiligung am Planungsvorhaben als integratives Projektmanagement*. Düsseldorf
- Elsen, Susanne/Refer, Günther/Wild, Andreas/Oberleiter, Evelyn (Hg.) (2015): *Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation*. München: Ökom
- Empacher, Claudia (2002): *Zielgruppenspezifische Potenziale und Barrieren für nachhaltigen Konsum Ergebnisse einer sozial-ökologischen Konsumentenuntersuchung*. In: G. Scherhorn/C. Weber (Hg.): *Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. München: Ökom, S. 455-466
- Empacher, Claudia/Hayn, Doris/Schubert, Stephanie/Schultz, Ingrid (Hg.) (2001): *Analyse der Folgen des Geschlechtsrollenwandels für Umweltbewusstsein um Umweltverhalten. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen. Förderkennzeichen (UFO-PLAN) 2000 17 157*. Im Auftrag des Umweltbundesamtes. Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE. Frankfurt am Main

- Empacher, Claudia/Konrad, Götz/Schultz, Imgard/Birzle-Harder, Barbara (2002): Die Zielgruppenanalyse des Instituts für sozial-ökologische Forschung. In: Umweltbundesamt (Hg.): Nachhaltige Konsummuster: ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation; mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung. Berlin: Erich Schmidt, S. 87-181
- Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ (2013): Abschlussbericht. Berlin: Deutscher Bundestag
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Berlin: Deutscher Bundestag
- Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung (2011): Deutschlands Energiewende - Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Online unter: [http://www.bmbf.de/pubRD/2011\\_05\\_30\\_abschlussbericht\\_ethikkommission\\_property\\_publicationFile.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/2011_05_30_abschlussbericht_ethikkommission_property_publicationFile.pdf), zuletzt aufgerufen am 1.9.2015
- Eurobarometer (2007): Energy Technologies: Knowledge, Perception, Measures. Special Eurobarometer 262. Brüssel: Europäische Kommission
- Europäische Kommission (2010): Freiwilligentätigkeit in der Europäischen Union. Study on Volunteering in the European Union. Executive summary DE. London. Online unter: [http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1020\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1020_en.pdf), zuletzt aufgerufen am 16.09.2011
- Eurostat (2008): The Life of Women and Men in Europe. A Statistical Portrait. Luxembourg
- Flieger, Burkhard (2011): Energiegenossenschaften Eine klimaverträgliche bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich, in: Susanne Elsen (Hg.): Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher
- Frantz, Christiane (2005): Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Franzke, Jochen/Kleger, Heinz (2010): Bürgerhaushalte. Chancen und Grenzen. Berlin: edition sigma
- Geis, Anna (2005): Regieren mit Mediation: Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Geis, Anna (2008): Mediation. Verhandlungen im öffentlichen Raum. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 270-292
- Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements, in: Angelika Vetter (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29-48
- Giddens, Anthony (2011): The Politics of Climate Change. Hoboken, New Jersey: John Wiley & Sons

- Göll, Edgar/Henseling, Christine (2005): Umweltengagement im Aufbruch. Mit Erfahrung und neuen Impulsen in die Zukunft. In: Bundesumweltministerium (Hg.): Dokumentation einer Fachtagung. Berlin
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Groß, Matthias (2006): Natur. Bielefeld: Transcript
- Grottian, Peter (2012): König Winfried, der Zauderer. In: Kontext: Wochenzeitung, 27. 09. 2012. Online unter: <http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/09/koenig-winfried-der-zauderer/>, zuletzt aufgerufen am 9.8.2015
- Grottian, Peter (2015): Hören im Hinterzimmer. Online unter: <http://www.kontextwochenzeitung.de/politik/215/hoeren-im-hinterzimmer-2889.html>, zuletzt aufgerufen am 9.8.2015
- Haack, Silke (2003): Die Bedeutung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Umweltverbänden am Beispiel des Zivildienstes und des bürgerschaftlichen Engagements. Berlin: UNESCO-Verbindungsstelle im Umweltbundesamt
- Haan, Gerhard de/Kuckartz Udo (1994): Umweltbewußtsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Habermas, Jürgen (1990): Vorwort zur Neuauflage 1990, in: Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habich, Roland (2013): Soziale Lagen und Soziale Schichtung. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 181-188
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: Science 162, S. 1243-1248
- Hebestreit, Ray (2013): Partizipation in der Wissensgesellschaft. Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Heidelberger Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung (2012): Heidelberger Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung. Arbeitskreis zur Entwicklung von Leitlinien Heidelberg. Online unter: [http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1220454/12\\_pdf\\_buergerbeteiligungLeitlinienentwurf\\_verabschiedete\\_Fassung.pdf](http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1220454/12_pdf_buergerbeteiligungLeitlinienentwurf_verabschiedete_Fassung.pdf), zuletzt zugegriffen am 21.10.2013
- Heindl, Iris (2009): Essverhalten und Lernprozesse in der Ernährungsbildung. Medien, Materialien und die Rolle der vermittelnden Personen. In: Ernährungsumschau, S. 442-229
- Heins, Bernd/Alscher, Stefan (2013): Change Agents. Pioniere des Wandels als Akteure für Klimaschutz und Energiewende. In: Petra Schweizer-Ries/Jan Hildebrand/Irina Rau (Hg.): Klimaschutz & Energienachhaltigkeit: Die Energiewende als sozialwissenschaftliche Herausforderung. Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, S. 119-134
- Heißenberger, Judith (2006): Braucht die Umweltbildung Beteiligung? In: Aktiv mitgestalten in der Schule, um die Schule. Wien: ÖKOLOG-Schwerpunkt Partizipation

- Hermann, Dieter (2004): Bilanz der empirischen Lebensstilforschung. In: KZfSS, 56, S. 153-179
- Hines, Jodey/Hungerford, Harold/Tomera, Audrey (1986): Analysis and Synthesis of Research on Responsible Environmental Behaviour: A Meta-analysis. In: Journal of Environmental Education, 18, S. 1-8
- Holtkamp, Lars (2008): Bürgerhaushalt. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S. 222-235
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen: Leske & Budrich
- Hübner, Gundula/Pohl, Johannes (2015): Mehr Abstand, mehr Akzeptanz? Ein umweltsychologischer Vergleich. Analyse. Berlin: Fachagentur Windenergie an Land
- Hunecke, Marcel (2008): Möglichkeiten und Chancen der Veränderung von Einstellungen und Verhaltensmustern in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. In: Hellmuth Lange (Hg.): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95-122
- ICLEI (The International Council for Local Environmental Initiatives) (Hg.) (1998): Environmental Management Instruments for Local Authorities. A Guide for Local Authorities. Freiberg
- IFD Allensbach 2013: Veggie Day In der Bevölkerung halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage. Online unter: [http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reportsndocs/PD\\_2013\\_06.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/PD_2013_06.pdf), zuletzt gesichtet am 25.08.2015
- IFH (Institut für Handelsforschung) Köln (2015): Verbrauchererwartungen an lokale Marktplätze. Eine Studie des IFH Köln in Zusammenarbeit mit DER MITTELSTANDSVERBAND. Köln
- Infratest Dimap (2013): Umfrage zum Vorschlag der Grünen: Einführung eines Vegetarier-Tags. Online unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/61-prozent-der-deutschen-gegen-einfuehrung-eines-vegetarier-tages-in-kantinen/>, zuletzt gesichtet am 08.08.2015
- ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung) (2011): Attraktivität und Akzeptanz von Elektroautos. Anhang zum Schlussbericht im Rahmen der Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Jackson, Tim (2011): Prosperity Without Growth: Economics for a Finite Planet. London: Routledge
- Jonuschat, Helga/Baranek, Elke/Behrendt, Maria/Dietz, Kristina/Schlußmeier, Bianca/Walk, Heike/Zehm, Andreas (2007): Partizipation und Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung, Band 7. München: Oekom
- Kaase, Max (1982): Partizipatorische Revolution Ende der Parteien? In: Joachim Raschke (Hg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 173-189
- Kaase, Max (1992): Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch zur Politik. München: Pieper,

- Kanerva, Minna (2013): Meat Consumption in Europe: Issues, Trends and Debates. Universität Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit
- Karpenstein-Machan, Marianne/Schmuck, Peter (2010): The Bioenergy Village in Germany: A Light House Project for Sustainable Energy Production in Rural Areas. In: Mitsuru Osaki/Ademola Braimoh/Ken'ichi Nakagami (Hg.): Local Perspectives on Bioproduction, Ecosystems and Humanity. Tokyo: United Nations University Press, S. 184-194
- Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin: Dietz
- Kemfert, Claudia (2015): Energiewende. In: Gabler Wirtschaftslexikon. Online unter <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/energiewende.html>, zuletzt aufgerufen am 24.08.2015
- Kern, Kristine/Knoll, Claudia/Schophaus, Malte (2002): Die lokale Agenda 21. Ein innerdeutscher und internationaler Vergleich. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4, S. 40-48
- Kersting, Norbert (Hg.) (2008): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Klages, Helmut (2014): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Verschiedene Ansätze zur Verstetigung einer Institutionalisierung der Beteiligung. Vortrag bei der Tagung „Stadt beteiligt“ am 20. Juni 2014 bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.  
[https://gutvertreten.boell.de/sites/default/files/policy\\_paper\\_04\\_helmut\\_klages.pdf](https://gutvertreten.boell.de/sites/default/files/policy_paper_04_helmut_klages.pdf), zuletzt eingesehen am 02.09.2015
- Klandermans, Bert/Dirk Oegema (1987): Potentials, Networks, Motivations, and Barriers: Steps Towards Participation in Social Movements. In: American Sociological Review, 52, S. 519-531
- Klein, Ansgar/Löw, Martina (2006): Ausmaß und Potenzial des freiwilligen Engagements im Bereich Umwelt- und Naturschutz in Deutschland In: Bundesamt für Naturschutz (Hg.): Freiwilligenarbeit im Naturschutz. Bonn, S. 43-53
- Klein, Naomi (2014): This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate. New York: Simon & Schuster
- Klemisch, Herbert (2014): Energiegenossenschaften als regionale Antwort auf den Klimawandel: In Carolin Schröder/Heike Walk (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige solidarische Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-165
- Kost, Andreas (Hg.) (2005): Direkte Demokratie in deutschen Ländern. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Kraus, Stephen (1995): Attitudes and the Prediction of Behavior: A Meta-analysis of the Empirical Literature. Personality and Social Psychology Bulletin, 21, S. 58-75
- Kress, Michael/Landwehr, Ines (2012): Akzeptanz Erneuerbarer Energien in EE-Regionen. Ergebnisse einer telefonischen Bevölkerungsumfrage in ausgewählten Landkreisen und



Gemeinden. Diskussionspapier des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

- Kruse, Lenelis (2002): Umweltverhalten Handeln wider besseres Wissen? In: Gotthilf Hempel/Meinhard Schulz-Baldes (Hg.): Nachhaltigkeit und globaler Wandel. Frankfurt: Lang, S. 175-192
- Kuckartz, Udo (2008): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. In: Informationen zur politischen Bildung, 287, S. 4-9
- Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke (1997): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke/Rädiker, Stefan (2007): Tendenzen der Umwelt- und Risikowahrnehmung in einer Zeit des Wertpluralismus. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006. Auftragsstudie des Umweltbundesamtes (UBA)
- Landtag RLP (Landtag Rheinland-Pfalz) (2014): Dritter Zwischenbericht und Schlussbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“. Mainz
- Lange, Hellmuth (2000): Eine Zwischenbilanz der Umweltbewußtseinsforschung. In: Hellmuth Lange (Hg.): Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag. Opladen: Leske & Budrich, S. 13-34
- Langeheine, Rolf/Lehmann, Jürgen (1986): Ein neuer Blick auf die soziale Basis des Umweltbewusstseins. In: Zeitschrift für Soziologie, 15, 5, S. 378-384
- Lantermann, Ernst (1999): Zur Polytelie umweltschonenden Handelns. In: Volker Linneweer/Elisabeth Kals (Hg.): Umweltgerechtes Handeln. Barrieren und Brücken. Berlin: Springer-Verlag, S. 7-19
- Latouche, Serge (2015): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. München: Oekom
- Leggewie, H./Janßen, M. (1997): Bürgerinitiativen als Tätigkeitsfeld ehrenamtlicher Arbeit. Probleme und Beratungsansätze. In: Organisationsberatung Supervision-Clinical Management, 4, S. 151-163
- Lexikon der Nachhaltigkeit (2015): Der ökologische Fußabdruck. Online unter: [https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kologischer\\_fussabdruck\\_733.htm](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kologischer_fussabdruck_733.htm), zuletzt aufgerufen am 27.08.2015
- Linse, Ulrich/Falter, Reinhard/Kretschmer, Winfried/Rucht, Dieter (1988): Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Bonn: Dietz
- Lorenz, Tobias (2012): Social Entrepreneurs at the Base of the Pyramid. Marburg: Metropolis
- Lüdtke, Hartmut (1989): Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile. Opladen: Leske & Budrich
- Maloney, Michael/Ward, Michael (1973): Interrelationships among Measures of Environmental Activity, Emotionality, and Knowledge. In: Educational and Psychological Measurement 37, S.

- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013): „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da eine Masten hin“. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Stine Marg/Lars Geiges/Felix Butzlaff/Franz Walter (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 92-136
- Mayer-Tasch, Peter (1981): Die Bürgerinitiativbewegung. Reinbek: Rowohlt
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Randers, Jorgen/Behrens, William (1972): The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind. New York: New American Library
- Meister, Hans-Peter (2011): Mediation und Dialog bei Großprojekten: Der Ausbau des Flughafens Frankfurt. Verlauf, Erfahrungen, Folgerungen. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch
- Methfessel, Barbara (2009): Anforderungen an eine Reform der schulischen Ernährungs- und Verbraucherbildung. In: Norbert Kersting (Hg.): Kinderernährung aktuell. Schwerpunkte der Gesundheitsförderung und Prävention. Sulzbach: Umschau Zeitschriftenverlag GmbH, S. 102-116
- Meyer-Höfer, Marie/Spiller Achim (2013): Anforderungen an eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft: Die Rolle des Konsumenten. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2012) (Hg.): Bürger machen Energie. Rechtsformen und Tipps für Bürgerenergieanlagen. Online unter: [http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/53895/buergerenergieanlagen\\_2012\\_11\\_09.pdf?command=downloadContent&filename=buergerenergieanlagen\\_2012\\_11\\_09.pdf](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/53895/buergerenergieanlagen_2012_11_09.pdf?command=downloadContent&filename=buergerenergieanlagen_2012_11_09.pdf), zuletzt aufgerufen am 15.06.2015
- Moschner, Barbara (1994): Engagement und Engagementbereitschaft. Differentialpsychologische Korrelate ehrenamtlichen Engagements. Regensburg: oderer
- Münkner, Hans/Ringle, Günther (Hg.) (2010): Neue Genossenschaften und innovative Aktionsfelder – Grundlagen und Fallstudien. Marburg: Marburger Schriften zur genossenschaftlichen Kooperation
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung, Bonn: bpb. Online unter: <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>, zuletzt zugegriffen am 14.6.2015
- Naschold, Frieder (1969): Organisation und Demokratie. Untersuchungen zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen. Stuttgart: Kohlhammer
- Netzwerk Bürgerbeteiligung (2015): "Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung" im Netzwerk Bürgerbeteiligung. Online unter: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/qualitaetskriterien-buergerbeteiligung/>, zuletzt aufgerufen am 1.09.2015
- Neugebauer, Birgit (2004): Die Erfassung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. ZUMA-

Methodenbericht Nr. 2004/07. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

- Neumann, Udo/Hübinger, Werner (1999): Ehrenamt. Empirische Studien und begriffliche Abgrenzung. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 30, S. 114 -128
- Opaschowski, Horst (2001): Deutschland 2010. Wie wir morgen leben und arbeiten: Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft. Hamburg: Germa Press Verlag
- Olk, Thomas/Gensicke, Thomas (2013): Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Hg. vom Bundesministerium des Innern. Berlin
- Opp, Karl-Dieter (2009): Das individualistische Erklärungsprogramm in der Soziologie. Entwicklung, Stand und Probleme. In: Zeitschrift für Soziologie, 38, S. 26-47
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck
- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom
- Poferl, Angelika/Schilling, Karin/Brand, Karl-Werner (1997): Umweltbewusstsein und Alltagshandeln. Eine empirische Untersuchung sozial-kultureller Orientierungen. Opladen: Leske & Budrich
- Preisendörfer, Peter (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewusstsein in Deutschland 1991 -1998“. Opladen: Leske & Budrich
- Reese, Gerhard (2012): Möglichkeiten statistischer Erhebungen für politische Strategien. Eine psychologische Deutung der Naturbewusstseinsstudie 2011. BfN-Skripten, S. 34-40
- Renn, Ortwin (1996): Rolle und Stellenwert der Soziologie in der Umweltforschung. In: Andreas Dieckmann/Carlo Jaeger (Hg.): Umweltsoziologie. KZfSS Sonderheft, 36, S. 28-58
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas (1998): Der kooperative Diskurs Theoretische Grundlagen, Anforderungen, Möglichkeiten. In: Ortwin Renn (Hg.): Abfallpolitik im kooperativen Diskurs: Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau. Zürich: Vdf, Hochschul Verlag, S. 3-103
- Reusswig, Fritz (1994a): Lebensstile und Ökologie. Gesellschaftliche Pluralisierung und alltagsökologische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Energiebereichs. Frankfurt am Main: Verlag für interkulturelle Kommunikation
- Reusswig, Fritz (1994b): Lebensstile und Ökologie. Die ökologischen Folgen der modernen Lebensweise. In: Christoph Görg (Hg.): Gesellschaft im Übergang. Perspektiven kritischer

Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 218-238

- Reusswig, Fritz/Greisberger, Herbert (2008): Energie als Stilfrage? Lebensstile und ihre Bedeutung für den gesamtgesellschaftlichen Energieverbrauch. In: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 11, S. 196-203
- Rink, Dieter (2002): Lebensweise, Lebensstile und Lebensführung. In: Dieter Rink (Hg.): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Opladen: Leske & Budrich, S. 27-52
- Roose, Jochen (unter Mitarbeit von Franziska Scholl) (2015): Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland. Umfang, Formen und Einbettung in jugendliche Lebenswelten. ipb working papers Juni 2015, Online unter: [https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/07/jugendengagement\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/07/jugendengagement_ipb-working-paper_web.pdf), zuletzt aufgerufen am 1.09.2015
- Rösler, Cornelia/Hänisch, Dagmar/Trapp, Jan/Kuhn, Stefan (1999): Lokale Agenda im europäischen Vergleich, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt. Bonn
- Roth, Roland (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: Körber-Stiftung
- Roth, Roland (2013): Demokratiereformen. Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene, Skizze für die Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: Beck
- Rucht, Dieter (2001): Zu den Grenzen von Theorien rationaler Wahl dargestellt am Beispiel altruistischen Engagements. In: Jutta Allmendinger (Hg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Teil B. Opladen: Leske & Budrich, S. 962-983
- Rucht, Dieter (2003): Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen. Schriftenreihe: Band 10. Opladen: Leske & Budrich, S. 17-155
- Rucht, Dieter (Hg.) (1984): Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Rucht, Dieter/Baumgarten, Britta/Teune, Simon/Stuppert, Wolfgang (2010): Kurzbericht: Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21. Online unter: <http://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-stuttgart21/>, zuletzt aufgerufen am 26.08.2015
- RWE (2013): Akzeptanz für Großprojekte. Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland. Online unter: <http://www.rwe.com/web/cms/de/1701408/rwe/ueber-rwe/akzeptanzstudie/>, zuletzt

aufgerufen am 11.7.2015

- Sanders, Gert (2004): Qualitative und quantitative Untersuchung zum Übergang von jungen Erwachsenen aus Jugendumweltverbänden in die Erwachsenenverbände am Beispiel von BUNDjugend. BUND und Naturschutzjugend NABU. Bonn: Deutscher Naturschutzring
- Schaan, Joachim (1996): Die Erfassung und Veränderung des Umweltbewusstseins. Eine Untersuchung zu verschiedenen Aspekten des Umweltbewusstseins und zur Einführung der Wertstofftrennung beim Hausmüll in zwei süddeutschen Kommunen. Frankfurt am Main: Lang
- Scheuerle, Thomas/Glänzel, Gunnar (2013): Social Entrepreneurship in Deutschland. Potentiale und Wachstumsproblematiken. Gesamtreport. Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe Research. Frankfurt am Main
- Schmuck, Peter/Eigner-Thiel, Swantje/Lackschewitz, Halina (2003): Das „Bioenergiedorf“-Projekt: Interdisziplinäre und transdisziplinäre Erfahrungen von UmweltpsychologInnen beim Initiieren eines Projekts zur Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum. In: Umweltpsychologie, 7, 2, S. 134-146
- Schröder, Carolin/Walk, Heike (2014): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige solidarische Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schultz, Irmgard/Hummel, Diana/Hayn, Doris (2006): Geschlechterverhältnisse. In: Egon Becker/Thomas Jahn (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Campus Verlag: Frankfurt am Main, S. 224-235
- Schulz, Rosine (2010): Kompetenz-Engagement: Ein Weg zur Integration Arbeitsloser in die Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schulze-Wolf, Tilman/Köhler, Stephan (2008): Online-Beteiligung für das Raumordnungsverfahren zur Küstenautobahn A 22. In: UVP-Report, 22, 3, S. 104-110
- Schweizer-Ries, Petra (2011): Akzeptanz und Partizipationsforschung zu Energienachhaltigkeit. In: FVEE Themen, S. 137–144
- Schweizer, Pia-Johanna/Renn, Ortwin (2013): Partizipation in Technikkontroversen: Panakeia für die Energiewende? In: Technikfolgenabschätzung Theorie und Praxis 22, 2, S. 42-47
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012): Quartiersbezogene Energiekonzepte und Bilanzen. Online unter:  
[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/baukultur/iba/download/studien/IBA-Studie\\_Quartiersbezogene\\_Energiekonzepte.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/baukultur/iba/download/studien/IBA-Studie_Quartiersbezogene_Energiekonzepte.pdf), zuletzt aufgerufen am 19.08.2015
- Seubert, Sandra (2012): Politisches Handeln in der Bürgergesellschaft, in: Georg Weissenroth/Hubertus Buchstein (Hg.): Politisch Handeln: Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 105-118
- Shove, Elizabeth (2005): Changing Human Behaviour and Lifestyle: A Challenge for Sustainable Consumption? In: Inge Røpke/Lucia Reisch (Hg.): The Ecological Economics of Consumption. Cheltenham: Edward Elgar, S. 111-132

- Spellerberg, Annette (2015): Gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Forschungsprojekts "Gemeinschaftliche Wohnprojekte und Nachbarschaften". Präsentation. Online unter:  
[http://msgd.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Downloads/Pr%C3%A4sentation\\_Prof\\_Dr\\_Spellerberg\\_-\\_Gemeinschaftliche\\_Wohnprojekte\\_und\\_Nachbarschaften.pdf](http://msgd.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Downloads/Pr%C3%A4sentation_Prof_Dr_Spellerberg_-_Gemeinschaftliche_Wohnprojekte_und_Nachbarschaften.pdf), zuletzt aufgerufen am 25.08.2015, Studie erscheint im Oktober 2015
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos
- Stieß, Immanuel/Götz, Konrad (2002): Nachhaltigere Lebensstile durch zielgruppenbezogenes Marketing? In: Dieter Rink (Hg.): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale. Reihe Soziologie und Ökologie, Band 7. Opladen: Leske & Budrich, S. 247-263
- Strümpel, Charlotte (1999): Neue Formen ehrenamtlicher Tätigkeit Internationale Entwicklungen. In: Katholischer Familienverband Österreichs (Hg.): Ehrenamt zwischen Idealismus und Sozialkompetenz. Internationale Konferenz am 27. November 1998. Wien: Ehe und Familie Zeitschriftenverlags-Gesellschaft, S. 9-17
- Sustain It (2015): Selbstdarstellung der Initiative. Online unter: <http://www.fu-berlin.de/sites/sustain/>, zuletzt aufgerufen am 26.08.2015
- TÜV (2015): Gemeinsame Studie von TÜV Rheinland, FSP und BBE Automobile belegt: Carsharing wird die automobilen Welt nicht entscheidend verändern. Pressemitteilung und Kurzzusammenfassung. Online unter:  
[http://www.tuv.com/de/deutschland/ueber\\_uns/presse/meldungen/newspdfde\\_230666.js](http://www.tuv.com/de/deutschland/ueber_uns/presse/meldungen/newspdfde_230666.js), zuletzt aufgerufen am 26.08.2015
- UBU (Umweltbundesamt) (2015): Europäischer Vergleich der Treibhausgas-Emissionen. Online unter: <http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/europaeischer-vergleich-der-treibhausgas-emissionen>, zuletzt aufgerufen am 19.08.2015
- UfU (Unabhängiges Institut für Umweltfragen) (2012): Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. Studie des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“. UfU-Papier 2/2012. Berlin
- VDI-Richtlinie 7000 (2014): Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung für Industrie- und Infrastrukturprojekten; Leitfaden für Stakeholder-Management und Kommunikation, Verein Deutscher Ingenieure. Berlin: Beuth Verlag
- Vegetarierbund (2015): Anzahl der Vegetarier in Deutschland. Online unter:  
<https://vebu.de/themen/lifestyle/anzahl-der-vegetarierinnen>, zuletzt aufgerufen am 25.08.2015
- Vegetarierstudie (2007). Online unter: <http://www.vegetarierstudie.uni-jena.de/>, zuletzt aufgerufen am 25.08.2015
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und

Ausgrenzung. Berlin: Suhrkamp

- Voss, Kathrin (2014): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer VS
- Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa
- Walk, Heike (2011): Partizipative Governance. Beteiligungsformen in der Klimapolitik. In: Heike Walk/Alex Demirovic (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 136-148
- Walk, Heike (2013): Herausforderungen für eine integrative Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Klimafolgenforschung. In: Andrea Knierim/Stefanie Baasch/ Manuel Gottschick (Hg.): Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung. München: Oekom, S. 21-36
- Wanke, Andreas (2015): Nachhaltiges Campus-Managements an der Freien Universität Berlin. In: Achim Brunnengräber/Maria Di Nucci (Hg.): Im Hürdenlauf der Energiewende? Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Wiesbaden: Springer, S. 309-328
- Webler, Thomas/Tuler, Seth/Krueger, Rob (2001): What is a good public participation process? Five perspectives from the public. Environmental Management 27. S. 435-450
- Welzer, Harald/Soeffner, Hans-Georg/Giesecke, Dana (Hg.) (2010): Klimakulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel. Frankfurt am Main: Campus-Verlag
- Wendorf, Gabriele/Wemheuer, Christin (2014): Wohnungsgenossenschaften als städtische Akteure im Klimaschutz. In: Carolin Schröder/Heike Walk (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für eine zukunftsfähige, solidarische Stadt. Reihe Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Wessels, Claudia (1994): Das soziale Ehrenamt im Modernisierungsprozeß. Chancen und Risiken des Einsatzes beruflich qualifizierter Frauen. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft
- Wilk, Michael/Sahler, Bernd (2014): Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, runden Tischen und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Lich: Verlag Edition AV
- Wippermann, Carsten/Flaig, Bodo/Calmbach, Marc/Kleinhüchelkotten, Silke (2009): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der sozialen Milieus in Deutschland. Heidelberg, Berlin. Online unter: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3871.pdf>, zuletzt aufgerufen am 26.08.2015
- Wohnportal Berlin (2015): Klimasolarhaus Gbr. Online unter: <http://wohnportal-berlin.de/content/klimasolarhaus-berlin-gbr>, zuletzt aufgerufen am 19.08.2015
- Wüste, André/Schmuck, Peter/Eigner-Thiel, Swantje/Ruppert, Hans/Karpenstein-Machan, Marianne/Sauer, Benedikt (2011): Gesellschaftliche Akzeptanz von kommunalen Bioenergieprojekten im ländlichen Raum am Beispiel potenzieller Bioenergievorteile im Landkreis Göttingen. In: Umweltpsychologie 15, 2, S. 135-151

WWF (2009): Der touristische Fußabdruck. WWF-Bericht über die Umweltauswirkungen von Urlaub und Reisen. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Ziehm, Karolina (2012): Fahrradverleihsysteme als Element von Fahrradstädten. Artec-paper 182. Universität Bremen: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit